

Die Politische Meinung

BEGABUNG

—
Impulse für das Fordern und Fördern

ZUM SCHWERPUNKT Jürgen Oelkers, Kann man „begaben“?;
Christine Henry-Huthmacher, Auf der Suche nach dem besonderen Kind;
Johanna Wanka, Fortschritte und Defizite in der deutschen Bildungs- und
Wissenschaftslandschaft; Beate Neuss, Über Zeitenwechsel in der Begabtenförderung

INTERVIEW Stefan W. Hell über seinen verzweigten Weg zum Nobelpreis

KOMMENTIERT Michael Rutz, Anmerkungen zu einem Interview von
Annegret Kramp-Karrenbauer

ANALYSE Nico Lange, Eine Zwischenbilanz zu AfD und Alfa

ERINNERT Edmund Stoiber, Zum 100. Geburtstag von Franz Josef Strauß

” Jede Beschäftigung mit geistigen Dingen trägt bei zur Ausbildung der Persönlichkeit, aber vor allem gilt das von der Beschäftigung mit metaphysischen Dingen, mit metaphysischen Fragen. Unter gar keinen Umständen darf die Beschäftigung mit der metaphysischen Seite des menschlichen Seins vernachlässigt werden. Hier liegt die Wurzel der Persönlichkeitsbildung, und hier liegen in Wahrheit die unerschütterlichen Fundamente der Persönlichkeit. [...] Wir müssen in Deutschland wieder eine Schicht von Gebildeten schaffen. [...] Ich spreche absichtlich von Bildung und nicht von Wissen. Sie sind nicht identisch. Die Bildung steht höher als das Wissen.“

*Konrad Adenauer am 30. Juni 1952 in einer
Ansprache vor der Frankfurter Universität
Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamts
der Bundesregierung, Nr. 81, 2. Juli 1952*

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

„Deutschland sucht den Superstar“: Erbarmungslos legt die Castingshow bloß, dass es neben erstaunlichen Talenten auch aussichtslose Talentlosigkeit gibt. Diese schlichte Erkenntnis fällt manchen schwer – seltsamerweise besonders in der Bildung. „Jedes Kind ist hochbegabt“, formulierte ein Wissenschaftler kürzlich. Hochambitionierte Eltern fühlen sich bestätigt und richten ihre Hoffnung auf ein Bildungssystem, dem es jedoch (glücklicherweise) nie gelingen wird, jedes Kind zum Professor zu machen.

Alle sollen die gleichen Bildungschancen haben, aber die Ergebnisse werden unterschiedlich sein. Artikel 3 des Grundgesetzes garantiert optimale Bildungsförderung für jeden Einzelnen – für Schwache wie für Starke. Während die Unterstützung von Benachteiligten akzeptiert ist, fehlt es bei der Förderung von Begabten an einem gefestigten Konsens: Wieso sollen die Klügsten und Stärksten obendrein noch begünstigt werden? Die Frage ist berechtigt – schließlich kommen die außergewöhnlichen Befähigungen Einzelner nicht automatisch allen zugute. Damit besondere Chancen für Begabte keine ungerechtfertigten Privilegien sind, müssen geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden, die individuelle und gesellschaftliche Interessen verbinden.

Seit fünfzig Jahren bezieht die Konrad-Adenauer-Stiftung im Sinne des „Förderns und Forderns“ Position. 1965, als Gleichheitsideologien wieder aufkamen, begründete sie ihre Begabtenförderung. Indem sie zur Förderin besonders befähigter Persönlichkeiten wurde, setzte sie ein Zeichen für das Erkennen und Anerkennen von Begabung und Leistung. Doch erwartete sie von Anfang an von ihren Stipendiatinnen und Stipendiaten, dass sie ihre Qualitäten im sozialen Austausch und in politischer Verantwortung entwickeln.

Karl Marx soll gesagt haben: „Hochbegabung ist ein Geschenk der Natur an die Gesellschaft.“ Wo er recht hat, hat er recht. Nur darf sich die Gesellschaft dieser Naturgabe nicht bemächtigen, wie es die Spitzensportler vor Augen führen, die sozialistische Staaten einst ins Rennen schickten. Andersherum muss die Gesellschaft Einfluss darauf nehmen, dass die Arbeit ihrer Leistungsträger Teil einer ganzheitlichen Kultur der Freiheit bleibt. Das elitäre Bewusstsein von „Elfenbeintürmen“, fern von Durchschnitt und Massen, das die demokratischen Institutionen geringschätzt, hat schon früher zu politischen Katastrophen beigetragen. Deutschland braucht „Superstars“, deren Befähigung zum Außerordentlichen aus der Synthese von Begabung, Leistungswillen und Verantwortungsbewusstsein gegenüber ihren Mitbürgern erwächst. Ihnen sollte mit unserer Unterstützung der „Recall“ gelingen.

Bernd Löhmann

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Begabung – Impulse für das Fordern und Fördern

12 KANN MAN „BEGABEN“?

Jürgen Oelkers

Rückblick auf eine wirkungsmächtige Theorie der Erziehungswissenschaft

18 INTERVIEW: DAS KAPITAL DER NATIONEN

Ludger Wößmann: Wie Bildung und Wachstum zusammengehören

24 DIE CHANCEN DES BEGABTEN KINDES

Heinz-Elmar Tenorth

Individualisierung der Bildung zwischen Natur, Pädagogik und den normativen Grundlagen der modernen Gesellschaft

30 AUF DER SUCHE NACH DEM BESONDEREN KIND

Christine Henry-Huthmacher

Wie Eltern unterstützen und schaden können

36 STARKE STÄRKEN

Susanne Lin-Klitzing

Wie Schule begabte Kinder mit offenen Unterrichtsformen stärken kann

42 GUTES ENTFACHEN!

Brunhild Kurth

Die neue Förderstrategie der Kultusministerkonferenz für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler

47 INTERVIEW: WIE EIN AUSSENSEITER ZUM NOBELPREIS KAM

Stefan W. Hell über seinen verzweigten Weg zum Nobelpreis

54 INTERVIEW: BILDUNGSKETTEN KNÜPFEN

Johanna Wanka über Fortschritte und Defizite in der deutschen Bildungs- und Wissenschaftslandschaft

75 „WAR FOR TALENTS“

Alexander Schmid-Lossberg

Wie ein digitales Medienunternehmen um Talente kämpft

50 Jahre Begabtenförderung

59 „FACHMENSCHEN MIT HERZ“

Susanna Schmidt

Zum produktiven Spannungsverhältnis von Politik und Begabung

65 TEMPORA MUTANTUR, NOS ET MUTAMUR IN ILLIS

Beate Neuss

Über Zeitenwechsel in der Begabtenförderung

70 TALENT UND ENGAGEMENT

Steffen Kampeter, Ronja Schmitt

Fragen an einen Altstipendiaten und eine Stipendiatin in der Politik

74 BEGABTENFÖRDERUNG IN DEUTSCHLAND

Eine Auswahl

Hintergründe

80 **NEUE METAPOLITEFSI?**

Susanna Vogt, Jeroen Kohls
Griechenlands „Regimewechsel“

84 **TURBO-KLIENTELISMUS**

Heinz A. Richter
Zu den Ursachen der Krise in Griechenland seit 1974

100 **MIT KAPITALISMUSKRITIK INS WEISSE HAUS?**

Roland Benedikter
Welche Rolle das Thema der
Ungleichheit im US-Präsidenten-
schaftswahlkampf spielt

Kommentiert

89 **DIE OB-WAHL IN DRESDEN**

Bernhard Vogel
Ein Ärgernis für die CDU

115 **ENTSETZLICHES DEBATTENKLIMA**

Michael Rutz
Anmerkungen zu einem Interview von
Annegret Kramp-Karrenbauer

Analyse

91 **TYPISCH PARTEIMITGLIED**

Benjamin Höhne
Ergebnisse einer qualitativen Grund-
lagenstudie über bürgerschaftliches
Engagement in Parteien

96 **DOCH KEINE ALTERNATIVE**

Nico Lange
Eine Zwischenbilanz zu AfD und Alfa

Erinnert

108 **„DER VORSITZENDE DES VEREINS FÜR DEUTLICHE AUSSPRACHE“**

Edmund Stoiber zum 100. Geburtstag
von Franz Josef Strauß

118 **DER BEITRITT VOR 25 JAHREN**

Josef Isensee
Deutschlands Wiedervereinigung aus
verfassungsrechtlicher Sicht

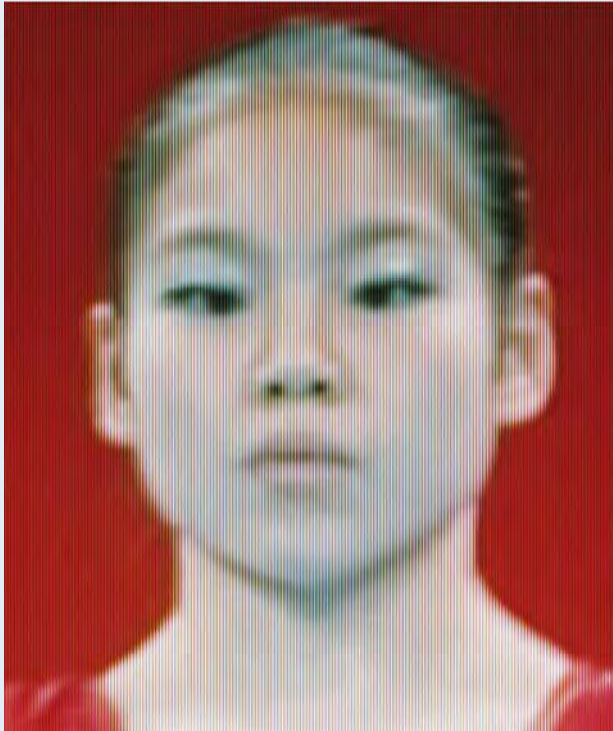
Gelesen

123 **„DER HÄRTESTE PARTNER“**

Friedrich Kronenberg
Der streitbare Bürger, Katholik und
Bildungspolitiker Hans Joachim Meyer
zieht Bilanz

128 **NACHRUF AUF PHILIPP MISSFELDER**

Volker Kauder



Die Ruhe vor dem Sprung

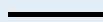
Katja Stuke porträtiert in ihrer Fotoserie „SUPERNATURALS“ Talente des Sports

Kunstturnerinnen und Turmspringer in den Sekunden vor dem Absprung, einen Schritt von Sieg oder Niederlage entfernt – es sind Momente größter Anspannung. Die Fernsehkameras zoomen noch einmal an die Gesichter der Athleten heran: Die Welt schaut ihnen ins Antlitz, während die Sportlerinnen und Sportler alles tun, um sie auszublenden.

Ausgangspunkt der Sportlerbildnisse sind Fernsehübertragungen. Unmittelbar vor dem eigentlichen Wettkampf hat die Künstlerin sie vom Fernsehschirm abfotografiert. So entstehen Porträtaufnahmen, bei denen der öffentliche Blick auf die Porträtierten Teil des Bildes ist. Eine unermessliche Distanz zum Betrachter scheint sich aufzutun: In ihrer Konzentration wirken die Sportler entrückt – wie Wesen einer anderen Wirklichkeit (SUPERNATURALS).

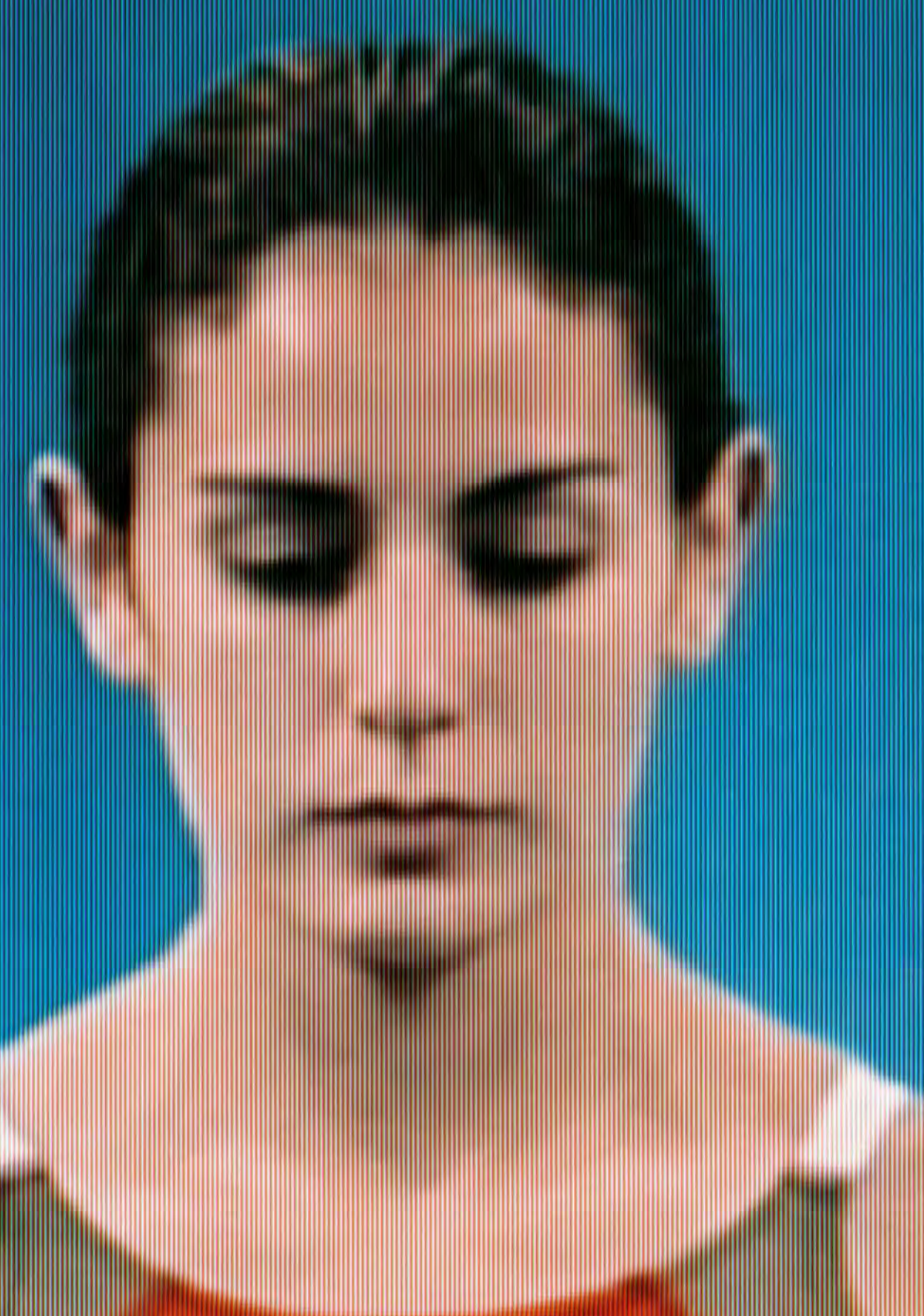
Die Fotoserie verweist auf das Spannungsfeld zwischen herausragend begabten Menschen und den Erwartungen, die die Öffentlichkeit an sie richtet. Nicht zuletzt, weil beide Seiten aufeinander angewiesen sind – Spitzenkünstler werden gebraucht, Begabung braucht gezielte Förderung –, ist es wichtig, die wechselseitigen Bedürfnisse und Ansprüche zu klären.

Begabung



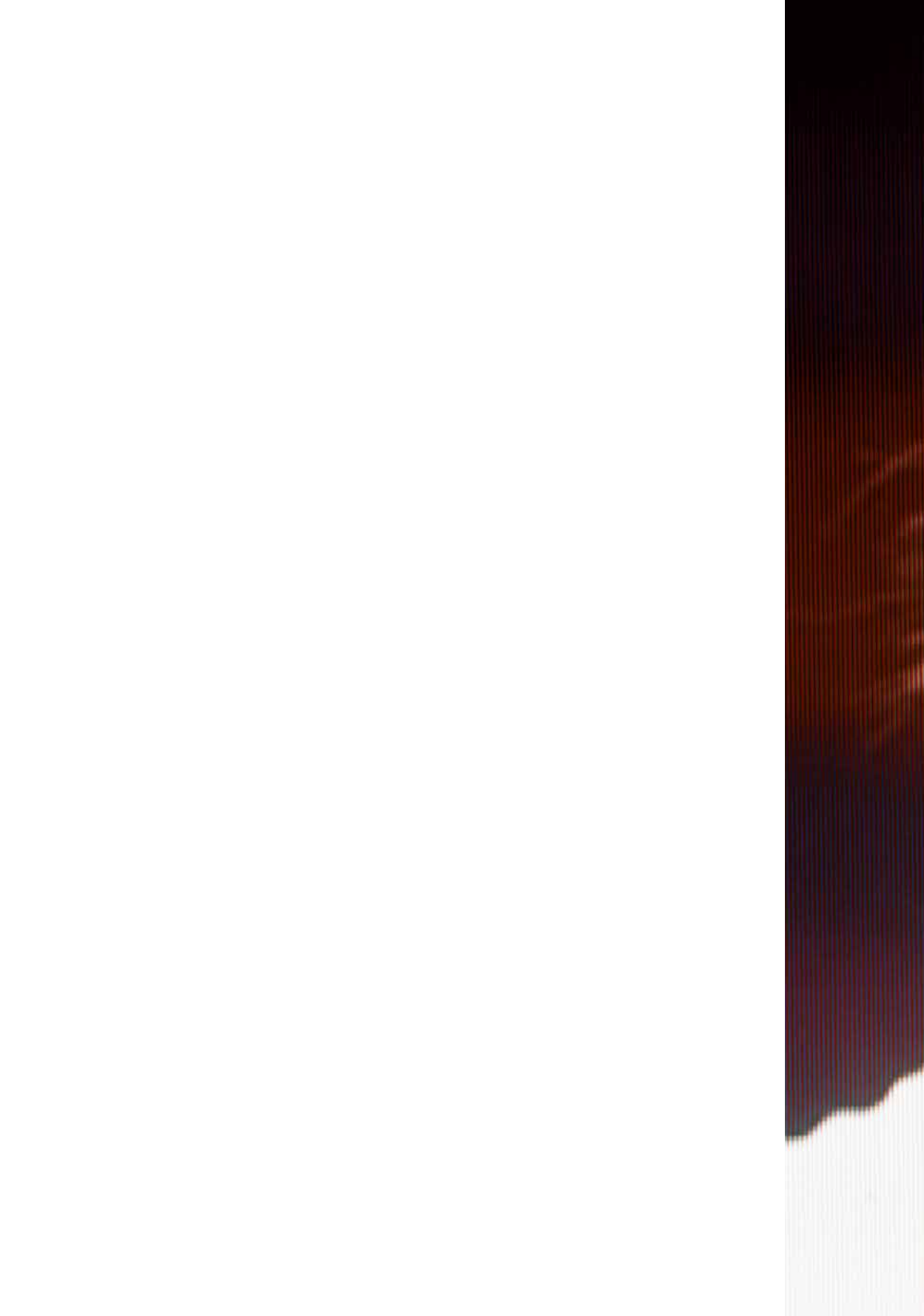
Impulse für das
Fordern und Fördern













Kann man „begaben“?

Rückblick auf eine wirkungsmächtige Theorie der Erziehungswissenschaft

JÜRGEN OELKERS

Geboren 1947 in Buxtehude, ist Erziehungswissenschaftler und emeritierter Professor an der Universität Zürich.

Die deutsche Erziehungswissenschaft hat erst nach dem Ersten Weltkrieg Positionen des gesellschaftlichen Fortschritts und der Demokratisierung vertreten, also sich politisch liberal bis links positioniert. Die daraus abgeleiteten

Konzepte hatten jeweils klare Gegenpositionen vor sich. „Fortschrittlich“ stand bis in die Lehrpläne der Schulen hinein gegen „konservativ“, und harte ideologische Gegensätze bestimmten die bildungspolitischen Auseinandersetzungen. Hier wäre etwa der Kampf um die Begabungstheorie in den 1960er- und 1970er-Jahren zu nennen, im Anschluss daran auch die Diskussionen um die notwendige Autorität in der Erziehung oder auch die bis heute umstrittene Idee einer gemeinsamen Verschulung für alle Kinder.

Die entsprechenden Positionen bildeten sich in der Erziehungswissenschaft ab; sie waren der Grund für eine entschiedene Lagermentalität. In der Bundesrepublik wurden „A“- und „B“-Länder unterschieden und mit ihnen

die dazu jeweils passende Pädagogik. Davon ist heute kaum noch eine Spur geblieben. Die konservativen Positionen, die auf die natürliche Autorität der Eltern setzten und – damit verbunden – auf den Gehorsam der Kinder oder die Strafgewalt in der Erziehung, sind weitgehend verschwunden. Die linksliberale Erziehungswissenschaft, die den Fokus auf das Kind legt, ist zum Mainstream geworden.

Das war vor fünfzig Jahren anders, wie die Auseinandersetzung um den Begabungsbegriff zeigt. Seinerzeit herrschte Kampfstimmung. Dabei spielten allgemeine Theorien eine zentrale Rolle, die mit dem Gegensatz „Anlage“ oder „Umwelt“ arbeiteten. „Begabung“ war entweder angelegt oder die Folge exogener (pädagogischer) Einwirkungen. Diese Kampflinie lässt sich an zwei markanten Beispielen zeigen.

NATURGESETZLICHE BEGABUNG?

Der Vorstand des Deutschen Philologenverbandes beschloss am 31. Mai 1957 in der sogenannten „Erklärung von Saarbrücken“ *18 Sätze zur Situation der höheren Schule*, die zur Verteidigung des dreigliedrigen Schulsystems in der noch jungen Bundesrepublik gedacht waren. Diese „Sätze“ richteten sich nicht nur nach innen, sondern auch nach außen, in Richtung DDR, die dabei war, die Gliederung des deutschen Schulwesens grundlegend zu verändern. Die Verteidigungslinie bezog sich auf eine Theorie der naturgesetzlichen Begabung. Darauf zielte gleich der erste Satz ab: „Die Dreigliedrigkeit des deutschen Schulwesens (Volksschule, Mittelschule, höhere Schule) ist ein gewachsener Organismus, der den geistigen Arbeitsgesetzen unserer Welt und den konstant bleibenden, naturgesetzlichen Gegebenheiten der Begabungsverteilung entspricht. Sie ist nicht, wie vielfach behauptet wird, das überholte Ergebnis einer aufgelösten sozialen Struktur“ (Beschlüsse 1957, S. 152).

Elf Jahre nach der Erklärung von Saarbrücken erschien der von dem Göttinger Pädagogen Heinrich Roth herausgegebene Sammelband *Begabung und Lernen* mit Gutachten und Studien, die die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates in Auftrag gegeben hatte. Roth schrieb als Leiter der Kommission die Einleitung, in der er sich gegen jede Form der „naturgesetzlichen“ Begabung wandte und damit gegen die Zuteilung von Begabungen zu Schularten. Lange war die Meinung vorherrschend gewesen, dass sich die Unterscheidung von drei grundlegenden Begabungen in der Unterscheidung von Volksschule, Realschule und Gymnasium spiegele.

In Roths Text wurde das Konzept der erblichen Begabung ersetzt durch ein dynamisches: „Begabung“ sei keine natürliche Mitgift, die mit Erbgesetzen erklärt werden könne, sondern werde gelernt. Roths Einleitung war zeitgeistaffin, und seine Kernidee, dass sich Kinder „begaben“ ließen, ohne durch „angeborene“ Talente in der Richtung ihrer Entwicklung bereits

festgelegt zu sein, setzte sich daraufhin durch. Der Slogan war: Man ist nicht begabt, sondern *wird* begabt – besonders durch Teilnahme an schulischen Lernprozessen (Roth 1968).

Das Modell der dynamischen Begabung erschien attraktiv, nicht zuletzt im Hinblick auf die Rolle der Lehrkräfte. Doch man bedachte die Folgen nicht. Denn wenn die Schule „begabt“, steigen mit ihrer Verantwortung auch Konflikte und Belastungen. Außerdem war die empirische Grundlage des Modells dürftig (Weinert 1984), ohne dass dies seinerzeit irgendwo vermerkt wurde. Es ging um einen Blick- und Richtungswechsel: Der Philologenverband hatte sich auf biologische Theorien verlassen, die nunmehr fragwürdig wurden und nach kurzer Zeit verschwanden. Die Lernpsychologie wurde das neue Paradigma, weil es nicht nur die Seite der Erziehung oder der Lernumwelt begünstigte, sondern auch die bildungspolitische Diskussion um die Chancengleichheit beförderte.

NEUE THEORIE UND ALTE PROBLEME

Erst der Angriff auf die Theorie der natürlichen Begabung ermöglichte die Kritik an der Zuteilung von Begabungen zu Schularten. Was lange als „natürlich“ oder „geerbt“ angesehen wurde, bestand nunmehr im Wesentlichen aus Vor- oder Nachteilen der sozialen Herkunft. Ohne diesen veränderten Blick hätte das Konzept der Chancengleichheit keine praktische Bedeutung erlangen können. So aber wurde Chancengleichheit zur zentralen Frage, die die bildungspolitischen Diskussionen der letzten vierzig Jahre nicht nur in Deutschland beherrscht hat. In diesem Sinne war Roths Theorie enorm erfolgreich.

Der Einfluss dieser Theorie lässt sich auch an den semantischen Folgen zeigen: Aus natürlicher „Begabung“ wurde „schulisch angeleitetes Lernen“, und mit dem Begriff verschwand auch die Anlagetheorie der Begabung. Allerdings ist es höchst zweifelhaft, jedes Kind ohne Rücksicht auf dessen eigene Interessen und Lernrichtungen schulisch „begaben“ zu können. Auf der anderen Seite lässt sich „Begabung“ kaum erbgenetisch verstehen, denn Talente entwickeln sich in der Praxis, sie zeigen sich oft früh und werden zunächst in den Familien gefördert, wie Biografien von Musikern oder Sportlern etwa zeigen.

Die Schule ist daher auf keinen Fall die einzige oder auch nur die primäre Stätte der Begabungsförderung. Auf der anderen Seite ist „Fördern“ ein zentraler Begriff in der heutigen bildungspolitischen Diskussion und die Schule dafür ein starker Adressat. Politisch geht es heute nach wie vor um Chancengleichheit, die sich offenbar immer wieder als neue Aufgabe stellt; nur die Zielgruppen wechseln. Das Ausschöpfen der „Begabungsreserven“

blieb als Slogan erhalten; diese Metapher hat eine suggestive Kraft auch ohne naturalistische Begabungstheorie.

Allerdings ist nicht zu übersehen: Nur weil die Theorie geändert wurde, verschwinden die Probleme nicht. Egal wie „Begabung“ definiert wird, jede Erziehung und jeder Unterricht muss von sozialen und individuellen Unterschieden ausgehen, die sich auf das Lernen auswirken. Wenn Kinder nicht mehr nach einem Begabungs- oder Schultyp zugeordnet werden, nehmen die Unterschiede im Klassenraum zu. „Heterogenität“ ist zu einem Schlüsselwort der Bildungspolitik geworden. Auch die Rede von der „Hochbegabung“ ist dafür symptomatisch.

Die gängige Formel der bildungspolitischen Diskussion „Fördern *und* Fordern“ ist an sich trivial: Man kann gar nicht anders unterrichten als mit „Forderungen“ an das Lernen und Maßnahmen zur „Förderung“. Sie lässt die Frage offen, was der Unterricht unter den gegebenen Umständen erreicht und erreichen kann. Und dabei spielen andere Faktoren eine Rolle als lediglich die Begabung. Dazu zählen die Ressourcen der Schülerinnen und Schüler, also nicht einfach die „Herkunft“, sondern ihre konkreten Fähigkeiten und Kenntnisse, die sich nicht automatisch aus der Schichtzugehörigkeit ableiten lassen. Es geht um unterschiedliche Lernbiografien, die von der Ressourcennutzung vor Ort bestimmt werden. Dabei spielen auch die strukturellen Rahmenbedingungen eine Rolle. In den deutschen Gymnasien versammeln sich nicht nur die „Begabteren“, sondern diejenigen, die die Auslese- und Bewertungsprozesse überstanden haben.

POTENZIALE ERKENNEN, LERNPROZESSE BEWERTEN

Was darüber bekannt ist, lässt Heinrich Roths sehr optimistische Sicht auf das schulische „Begaben“ in einem anderen Licht erscheinen. Die Schule nämlich ist nicht die Begabungsinstanz für alle Schüler, weder hat sie dafür die Mittel noch die Berechtigung. Ihre zentrale Aufgabe besteht darin, mit individuellen und sozialen Unterschieden umzugehen, Potenziale zu erkennen und Lernprozesse fair zu bewerten. Im schulischen Lernstand zeigen sich nicht nur die „Begabungen“, sondern vor allem die Unterschiede.

Eine Langzeitstudie aus der Schweiz zeigt, dass bereits bei Schuleintritt, also zu Beginn der ersten Klasse, der Lernstand der Schülerinnen und Schüler in zentralen Bereichen des Unterrichts weit auseinanderliegt und danach nicht etwa abnimmt, was nicht mit „Begabungen“ erklärt werden kann, sondern mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Zugängen zu schulischen Lernanforderungen (Moser/Stamm/Hollenweger 2005; Moser/Keller/Tresch 2008; Moser/Angelone/Keller/Hollenweger/Buff 2010; *Nach sechs Jahren Primarschule*, 2011).

Die Heterogenität bei Schulbeginn gilt nicht nur für die Kernfächer Mathematik und Lesen, sondern auch für eine Lernvoraussetzung, die in den vergangenen Jahren nur wenig didaktische Beachtung gefunden hat, nämlich den Wortschatz, also die Menge und die Qualität der zur Verfügung stehenden Wörter, die den sprachlichen Ausdruck und die Möglichkeit, Aufgaben zu verstehen, wesentlich bestimmen. Der Abstand zwischen den leistungsstarken und den leistungsschwachen Schülern muss im Verlauf der Schulzeit keinesfalls geringer werden, eher ist anzunehmen, dass er mit den fachlichen Anforderungen über die Jahrgangsstufen größer wird. Bestimmte Gruppen von Schülerinnen und Schülern verbessern ihren Lernstand nicht, sondern bleiben auf dem einmal erreichten Niveau stehen. Für die letzten Schuljahre ist eine weitere Öffnung der Leistungsschere zu erwarten. Für die leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler fehlen dann lohnende Aufgaben und Lernanlässe, die mehr sein müssen als die immer neue Bestätigung ihrer Schwächen.

TALENTE ENTWICKELN SICH DURCH SCHWIERIGKEITEN

Zusätzlich verweisen Studien darauf, dass die Entwicklung des Lernstandes zwischen verschiedenen Klassen auch in ein und derselben Schule höchst unterschiedlich sein kann. Das gilt ebenso für die Effekte der Förderung. In den einen Klassen gelingt es, die Leistungsschere zu verringern, in anderen jedoch nicht, was vor allem damit zu tun hat, dass das Geschehen im Klassenzimmer ausgesprochen disparat ist. Damit hat die Bildungspolitik ein sehr konkretes, wenngleich schwer zu bearbeitendes Problem vor sich. Wie soll man möglichst gleich fördern, wenn die Praxis unterschiedlich ist, weil die Lehrkräfte verschieden unterrichten? Eine Lösung könnte darin bestehen, dass man die Schüler in den jeweiligen Stufen, also jahrgangsübergreifend, in verschiedene Niveaus einteilt und sie dann je nach Leistung in den einzelnen Fächern fördert, ohne die Versetzung an den Klassenverband zu binden. Dass sich Leistungsniveaus unterscheiden, kann allerdings auch die beste Förderpraxis nicht verhindern. Die Frage ist, wie schonend mit den Unterschieden umgegangen wird. Manchmal ist im Schuljargon von der „Ehrenrunde“ die Rede, die nichts schade; aber das ist nur die Sprache zur Rettung der Maßnahme; ein Lernvorteil ist damit nicht verbunden. Den Schwächeren wird nur demonstriert, wie schwach sie tatsächlich sind; gefördert im Blick auf ihre Schwächen werden sie dadurch nicht.

Wenn man schwächere Schüler fördern will, braucht man ein flexibleres System jenseits einer Verschulung mit Klassen oder Jahrgängen, denen man angehört oder die man zum eigenen Nachteil verlassen muss. Heute regiert ein starres System der Zuteilung und Aussonderung, das nach dem

ersten Entscheid kaum korrigierbar ist, ohne wirklich an die Leistungsentwicklung gebunden zu sein. Flexibilisierung dürfte daher die künftige Schulentwicklung weit mehr bestimmen, als es heute den Anschein hat.

Chancengleichheit kann man nicht durch irgendwelche Maßnahmen „herstellen“, man kann nur im Blick auf schulische Standards gegebene Nachteile bearbeiten. Diese These hat kein Geringerer als der große amerikanische Soziologe James S. Coleman schon vor mehr als dreißig Jahren vertreten (Coleman 1975). Auch die heutige Theorie der „equal opportunities“ sieht nicht gleiche Resultate vor, sondern nur Fairness der Zugänge und der Folgenbearbeitung (Jacobs 2004).

Die beiden Theorien der „Begabung“ dürften da kaum weiterhelfen. Zwar gelten besonders gute Schülern/Schülerinnen immer als besonders „begabt“, aber das spiegelt zunächst nur die schulische Leistungshierarchie und die Einstellung auf die Lernanforderungen der Schule wider. Auf der anderen Seite zeigen herausragende Leistungen, dass Talente sich anhand von Herausforderungen und Schwierigkeiten entwickeln. Besonders lernintensiv sind Fehler und Niederlagen, die in Begabungstheorien gar nicht vorkommen. In diesem Sinne sagt die Zuschreibung von „Begabung“ nur etwas über die Wahrnehmung und Sichtweise des Zuschreibenden aus.

Literatur

„Beschlüsse der Vorstandssitzung des deutschen Philologen-Verbandes in Saarbrücken am 31. Mai 1957“, in: Die Höhere Schule, Bd. X, Heft 7 (1957), S. 152–156.

Bildungsdirektion Kanton Zürich (Hrsg.): Nach sechs Jahren Primarschule. Lernstand der Schulanfängerinnen und Schulanfänger von 2003 vor ihrem Übertritt in die Sekundarstufe I, Zürich 2011.

Coleman, James S.: „What is Meant by ‘an Equal Educational Opportunity’?“, in: Oxford Review of Education, Vol. 1, No I (1975), S. 27–29.

Jacobs, Lesley A.: Pursuing Equal Opportunities. The Theory and Practice of Egalitarian Justice, Cambridge University Press, Cambridge 2004.

Moser, Urs / Keller, Florian / Tresch, Sarah: Schullaufbahn und Leistung. Bildungserfolg und Lernverlauf von Zürcher Schülerinnen und Schülern am Ende der dritten Volksschulklasse, h. e. p. Verlag, Bern 2008.

Moser, Urs / Angelone, Domenico / Keller, Florian / Hollenweger, Judith / Buff, Alex: Lernstandserhebung am Ende der 6. Klasse. Schlussbericht zuhanden der Bildungsdirektion. Unveröffentlichtes Manuskript, Institut für Bildungsevaluation/Pädagogische Hochschule Zürich, Zürich 2010.

Roth, Heinrich (Hrsg.): Begabung und Lernen. Ergebnisse und Folgerungen neuer Forschungen, Klett Verlag, Stuttgart 1968 (= Gutachten und Studien der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates, Band 4).

Weinert, Franz E.: „Vom statischen zum dynamischen zum statischen Begabungsbegriff? Die Kontroverse um den Begabungsbegriff Heinrich Roths im Lichte neuerer Forschungsergebnisse“, in: Die Deutsche Schule, Jg. 76, Heft 5 (1984), S. 353–365.

Das Kapital der Nationen

—

Wie Bildung und Wachstum zusammengehören

LUDGER WÖSSMANN

Geboren 1973 in Sendenhorst, Inhaber des Lehrstuhls für Bildungsökonomie an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Leiter des ifo Zentrums für Bildungsökonomik am ifo Institut München.

Herr Professor Wößmann, in Ihrem kürzlich erschienenen Buch „The Knowledge Capital of Nations – Education and Economics of Growth“ geht es um Bildung und wirtschaftliches Wachstum. Wie hängt das eine mit dem anderen zusammen?

Ludger Wößmann: Vermutlich ist die Bildung der Bevölkerung langfristig gesehen der wichtigste Bestimmungsfaktor von wirtschaftlichem Wachstum – und damit des Wohlstands der Nationen. Allerdings kommt es stark darauf an, wie man die Bildung der Bevölkerung misst. Die Forschung hat den Bildungsstand für lange Zeit nur anhand der durchschnittlichen Bildungsjahre der Bevölkerung bestimmt. Daraus geht nicht eindeutig hervor, wie wichtig Bildung für das wirtschaftliche Wachstum ist. Denn Bildung bedeutet zum Beispiel in Honduras etwas



© picture alliance / picturedesk.com, Foto: Lukas Ilgner

anderes als in Deutschland oder in Korea. Es wird also der Sache nicht gerecht, Bildung nur durch die Bildungsjahre zu bestimmen. Qualitative Unterschiede in der Bildung lassen sich durch internationale Vergleichstests in Grundkompetenzen berücksichtigen: so wie in den PISA-Vorgängerstudien, die seit Mitte der 1960er-Jahre erhoben wurden. Bringt man dann die Schülerleistungen in Mathematik und Naturwissenschaften in internationalen Vergleichstests auf einen gemeinsamen Nenner, erhält man ein Maß für die tatsächlich erworbenen Kompetenzen der Bevölkerung – wir konnten so einen Großteil der Unterschiede im langfristigen Wachstum über die letzten fünfzig Jahre erklären.

Was ist der Unterschied zwischen *Knowledge Capital* – also Wissenskapital – und Humankapital?

Ludger Wößmann: Beim Wissenskapital geht es nicht darum, wie lange man zur Schule geht, sondern was an Ergebnissen dabei herauskommt – Wissen ist der Überbegriff für die Bildungsergebnisse, was heißt: für die Fähigkeiten, das Wissen und das Können der Menschen. All das, für ein Land zusammengetragen, ergibt das entsprechende Wissenskapital. Humankapital ist eher ein akademischer Begriff. Er kommt in der öffentlichen Diskussion nicht so gut an: Er klingt danach, als würden Menschen zu Maschinen werden. Allerdings war das nie seine Bedeutung, sondern genau das Gegenteil: dass Menschen nicht einfach durch den anderen ersetzbar sind, sondern durch Bildung in ihre eigene Produktivität investieren und damit produktiver werden und sich noch stärker am Wirtschaftsprozess beteiligen können. Die Idee des Wissenskapitals baut auf der Idee des

Humankapitals auf. Aber sie betont: Es kommt auf die erworbenen Fähigkeiten, Kompetenzen und das Wissen der Menschen an.

Bildungspolitiker und Erziehungswissenschaftler fragen, warum wir eine ökonomische Perspektive auf die Schule brauchen.

Ludger Wößmann: Natürlich darf man Bildung und Schule nicht nur aus ökonomischer Sicht betrachten. Aber es wäre genauso unverantwortlich, die ökonomische Bedeutung von Bildung zu ignorieren. Die heutige Arbeitslosenquote ist in Deutschland zwar niedriger als noch vor ein paar Jahren. Aber obwohl man regelmäßig von Akademikerarbeitslosigkeit spricht, liegt die Arbeitslosenquote bei Menschen mit einem Hochschulabschluss nur etwa bei zwei Prozent, während sie bei Menschen, die über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen, schon deutlich höher bei fünf Prozent liegt.

Aber selbst das ist relativ niedrig im Vergleich zur Arbeitslosenquote unter den Personen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Die liegt derzeit bei neunzehn Prozent und lag in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten zum Teil bei nahe dreißig Prozent. Betrachtet man die ökonomische Perspektive von Bildung nicht, ist es egal, wie viel Bildung die Menschen genießen – dann macht man sich im Zweifelsfall mitverantwortlich dafür, dass in der nächsten Generation viele von ihnen in die Arbeitslosigkeit laufen.

In unserem Buch betonen wir noch wesentlich stärker die gesamtwirtschaftliche Perspektive von Bildung, etwa bei langfristigen Wohlstandsunterschieden: In Lateinamerika hat sich diesbezüglich

in den vergangenen fünfzig Jahren kaum etwas verändert. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist dort um 1,2 Prozentpunkte pro Jahr langsamer gewachsen als beim Rest der Welt. Anders in den ostasiatischen Ländern: Dort wuchs das Bruttoinlandsprodukt pro Jahr um 2,5 Prozentpunkte schneller als beim Rest der Welt. Die Menschen in Ostasien sind heute siebenmal reicher als ihre Großeltern vor fünfzig Jahren – die Menschen in Lateinamerika hingegen nur 2,5-mal reicher.

Diese gewaltigen Unterschiede an Wohlstand lassen sich durch Bildung erklären: Die erworbenen Basiskompetenzen der Menschen sind in Ostasien viel besser als die in Lateinamerika. Umgerechnet auf Schuljahre hieße das: Die Kompetenzen von Schülern in Ostasien sind im Durchschnitt um mehr als drei Schuljahre besser als die ihrer Altersgenossen in Lateinamerika.

Wie steht es um das deutsche Wissenskapital, gehören unsere Stärksten zu den Stärksten weltweit?

Ludger Wößmann: Zu den Stärksten weltweit sicherlich nicht. Anfang der 2000er-Jahre erlebten wir den großen PISA-Schock: Im internationalen Vergleich lagen wir im unteren Mittelfeld, sowohl bei den Spitzenleistungen als auch bei denen der unteren Ränge. Beides war im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich. Seitdem hat sich schon vieles getan. Aber es kommt nicht darauf an, wie lange Kinder zur Schule gehen oder wieviel Geld in die Bildung gesteckt wurde, sondern darauf, was sich in den Ergebnissen des Bildungsprozesses niederschlägt, wieviel also tatsächlich gelernt wurde. In Deutschland etwa haben sich

die PISA-Leistungen in den vergangenen zwölf Jahren verbessert: Sie sind stetig um 25 Punkte gestiegen. Damit stehen wir zwar nicht allein, aber fast allein mit Blick darauf, dass wir uns stetig verbessert haben. Wir sind zwar immer noch nicht an der Spitze, aber deutlich über dem Durchschnitt. Trotzdem gibt es viele Länder, die sowohl in der Spitze als auch in der Breite deutlich besser sind als wir.

Welche Maßnahmen würden Sie in der Begabtenförderung vorschlagen, um zur Spitze aufzuschließen?

Ludger Wößmann: Man braucht eine breite Palette von Maßnahmen und muss im frühkindlichen Bereich ansetzen. Die Bildungsleistung unter den 15-Jährigen hängt stark von ihrem familiären Hintergrund ab. Im Umkehrschluss heißt das: Es gibt bei uns viele Kinder mit hohem Potenzial in bildungsfernen Schichten, die aber keine Chance haben, es auch auszuschöpfen. Es wäre daher wichtig, gerade Kindern aus bildungsfernen Schichten sehr früh eine hochqualitative frühkindliche Bildung zukommen zu lassen, damit sie ihr Potenzial voll entwickeln können. Nur so haben die Kinder letztendlich eine Chance, auf das Gymnasium oder die Hochschule zu gehen. Man muss also versuchen, gerade in bildungsfernen Schichten früh die Begabung zu heben.

Bei der Begabtenförderung ist es später wichtig, dass die Besten eines Jahrgangs die Chance haben, auch an die besten Universitäten zu kommen. Was heißt: Spitzenfakultäten sollten noch stärker als bisher die Möglichkeit haben, ihre Studierenden auszuwählen. Wenn wir die Begabten noch stärker in den internationalen Spitzenuniversitäten und For-

schungszentren versammeln, haben sie die Möglichkeit, ihr volles Potenzial in Höchstleistungen umzusetzen. Also – Spitzenleute an Spitzenuniversitäten bei gleichzeitig breiterem Zugang zum Hochschulsystem.

Doch das muss heißen, dass sich die verschiedenen Universitäten und Hochschulen in unterschiedlichen Bereichen spezialisieren. Wenn wir dies zulassen und das System der Universitäten hierarchischer gestalten, sodass nicht alle Unis identisch sind; wenn wir zu einem System von Leuchttürmen gelangen, wo Spitzenforschung betrieben wird, ist das die beste Chance, die Begabten zu fördern. Natürlich brauchen diese auch deutliche finanzielle Unterstützung. Da entwickelt sich in Deutschland viel, aber es hat auch schon vorher entsprechende Unterstützungssysteme gegeben. So können die Begabten ihr volles Potenzial ausschöpfen.

Wie kommen wir denn zu diesen Leuchttürmen: Brauchen wir in Deutschland höhere Bildungsausgaben?

Ludger Wößmann: In der Schule, wo die Kompetenzen aufgebaut werden, führen zusätzliche Bildungsausgaben leider kaum zu besseren Bildungsergebnissen. So haben einige Länder in diesem Bereich seit der ersten PISA-Studie ihre Bildungsausgaben besonders stark erhöht, andere hingegen kaum. Dennoch schlägt sich das nicht in den PISA-Leistungen nieder.

Aber es kommt ja gerade auf die frühen Bildungsergebnisse an.

In den entwickelten Ländern scheint es daher nicht in erster Linie auf zusätzliche Bildungsausgaben anzukommen, sondern darauf, wie die Ressourcen sinnvoll eingesetzt werden – also, wie bessere

Bildungsergebnisse dabei erzielt werden können.

Es deutet vieles darauf hin, dass die institutionellen Rahmenbedingungen letztendlich bestimmen, welche Anreize etwa Lehrer haben, sich für bessere Bildungsergebnisse einzusetzen. Was heißt: Wir sollten Anreize schaffen für diejenigen, die sich für bessere Bildungsergebnisse einsetzen. Wenn diejenigen, die das tun, am Ende des Tages genauso dastehen wie die, die das nicht tun, muss man sich nicht wundern, wenn am Ende keine besseren Ergebnisse erreicht werden.

So brauchen wir in ganz Deutschland dringend vergleichbare Abiturprüfungen. Hier ist die spezielle Länderregelung nicht mehr zeitgemäß. Es gibt gute Vorschläge, wie man zu einem gemeinsamen Kernabitur kommen kann. Es muss nicht ein deutschlandeinheitliches Abitur sein. Aber wenn die Kernbestandteile – Deutsch, Mathe, Englisch – in vergleichbaren Prüfungen deutschlandweit geprüft würden, könnte das einen Qualitätsschub insgesamt bewirken. Bei einem gemeinsamen Kernabitur käme es darauf an, dass die Schulen mehr Autonomie haben; dass sie selbstständiger entscheiden, wie sie die klaren Standards erreichen könnten, die auch extern überprüft werden. Es käme darauf an, dass die Schulen selbst stärker entscheiden können, wie sie ihre Ressourcen einsetzen.

Nicht zuletzt geht aus Forschungsergebnissen hervor, dass die Schulsysteme besser sind, in denen es mehr Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Schulen gibt – für die Eltern und die unterschiedlichen Anbieter. Was heißt: Wir bräuchten mehr Schulen in freier Trägerschaft, die die Dinge anders machen. Das würde zu einem Wettbewerb zwischen den Schulen

führen. Am Ende würde es die Qualität an allen Schulen erhöhen.

In den Fragebögen zu den PISA-Studien werden vor allem mathematische, naturwissenschaftliche Kenntnisse abgefragt sowie das Leseverständnis. Inwiefern bilden diese Fähigkeiten Problemlösekompetenzen ab, die in der Praxis wichtig sind?

Ludger Wößmann: Die PISA-Studien bilden nur einen Ausschnitt von dem ab, was wir an Wissens- und Bildungsergebnissen erwarten. Das ist eine Einschränkung. Problemlösekompetenzen und Kreativität, aber auch andere nicht kognitive Kernkompetenzen, wie soziales Verhalten und Teamfähigkeit, sind am modernen Arbeitsmarkt wichtig. Das will ich nicht einschränken. Wenn es jedoch auf die langfristige wirtschaftliche Bedeutung ankommt, haben diese Basiskompetenzen, wie sie bei den PISA-Studien und ähnlichen Tests gemessen werden, einen unheimlich starken Erklärungswert. Das scheint darauf hinzudeuten, dass eben dieses Basiswissen – was ja keine höhere Mathematik darstellt – ein Fundament ist für alles Weitere.

Wenn man sehr kreativ ist, aber gleichzeitig keine Grundlagen hat, zu verstehen, wie die Welt funktioniert, kann man sich nicht weiterentwickeln und auch keine Lösungen für die Probleme von morgen anbieten. Kreativität ohne ein gutes Grundlagenwissen hilft nicht weiter. Letztendlich ist das Leseverständnis die Basis für alles weitere Lernen.

In Deutschland haben wir viel zu lange die mathematisch-naturwissenschaftlichen Kompetenzen vernachlässigt. Ich halte es für sehr richtig, dass wir hier

einen Schwerpunkt setzen. Das soll natürlich nicht heißen, dass es sich in der Schule jetzt nur noch darum drehen sollte; auch die anderen Kompetenzen sind wichtig. Allerdings zeigen Forschungsergebnisse, dass kognitive Kompetenzen und andere Kompetenzen positiv miteinander korrelieren, dass sie also Hand in Hand gehen und nicht die einen auf Kosten der anderen gehen. Das heißt, Schulen, die es schaffen, in den einen Bereichen bessere Ergebnisse zu erzielen, erreichen sie in der Regel auch in den anderen.

Eine aktuelle Studie besagt, dass in Deutschland die Schulangst zunimmt. Nähern wir uns jetzt den asiatischen Systemen an, die in PISA sehr erfolgreich sind?

Ludger Wößmann: Das sehe ich überhaupt nicht. Natürlich gibt es bestimmte Tendenzen, die Eltern verunsichern, die

Schüler verunsichern; das hat sicherlich mit der Diskussion um acht oder neun Schuljahre auf dem Gymnasium und ähnlichen Punkten zu tun.

Das ändert jedoch nichts daran, dass wir eine stärkere Ergebnisorientierung im Bildungssystem brauchen. Es ist eher eine Frage der Kommunikation, wenn wir heute darüber reden, was Schule machen soll, welche Probleme es gibt und wie man damit umgehen kann. Es gibt heute sehr viele Lehrer, die trotz des gewachsenen Leistungsdrucks versuchen, Freude am Lernen zu vermitteln. Sie zeigen, dass es Spaß macht, wenn man die Welt besser versteht.

Das Gespräch führte Felise Maennig-Fortmann, Koordinatorin für bildungspolitische Grundsatzfragen und Hochschulpolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung, am 16. Juni 2015.

Die Chancen des begabten Kindes

Individualisierung der Bildung zwischen Natur, Pädagogik
und den normativen Grundlagen der modernen Gesellschaft

HEINZ-ELMAR TENORTH

Geboren 1944 in Essen, ist emeritierter Professor für Historische Erziehungswissenschaft und unter anderem Mitglied des Kuratoriums des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) der Länder der Bundesrepublik Deutschland an der Humboldt-Universität zu Berlin.

In der Debatte über „Bildung“ wird kaum ein Thema so intensiv und kontinuierlich behandelt wie das der „Begabung“. Das gilt seit dem frühen 20. Jahrhundert, als der Begriff in die öffentliche Debatte eintritt und den älteren des „Talents“ beerbt (ohne ihn zu ersetzen). Begabung gehört seither zu den Schlüsselbegriffen der Bildungsdiskussion, und wie für alle Schlüsselbegriffe – „Bildung“ eingeschlossen – gibt es kein einheitliches und eindeutiges Verständnis des Begriffs. Auch „Begabung“ steht in einem mehrdimensionalen Verweiskontext: Bis heute wird die Abgrenzung zu „Intelligenz“ immer neu diskutiert und damit die Frage, ob mit Begabung nur die kognitive Dimension gemeint ist oder die gesamte Breite des individuell gegebenen Entwicklungspotenzials – also eine

Vielfalt von Fähigkeiten, die je für sich eigenes Recht haben. Strittig sind auch Annahmen über die Wurzeln der Begabung: ob sie sich eher der „Anlage“ verdankt, wie es in der Tradition, bei manchen Psychologen und wohl auch im Alltag meist unterstellt wird, oder der „Umwelt“, wie in der Begabungsforschung früh betont wurde. Sie habe „die durch Umgebung und Einwirkung erzeugte Entfaltung der Disposition“ zum Thema gemacht, also die jeweils „individuelle Ausprägung intellektueller Befähigung“, die biografisch im Zusammenwirken von Anlage und Umwelt in bestimmten Lernkontexten konstruiert werde.¹ „Begaben“ als Prozess, pädagogisch nahezu beliebig gestaltbar, wurde noch in den Bildungsreformdebatten der 1960er-Jahre zur Losung der Reformen.²

Konstant hält sich auch offen oder verdeckt die Annahme, dass nicht Begabung insgesamt, sondern nur die „höhere“ oder „Hochbegabung“ das wirklich interessante Thema sei – nicht selten wird dies an den „Wunderkindern“ von Mozart bis zu diversen Mathegenies exemplifiziert, die dann vermeintlich schlagend auch das „Anlage“-Argument zu bekräftigen scheinen. Dieser Blick auf die Hochbegabten hat neben der individuellen auch eine gesellschaftliche Seite, sei es doch ökonomisch, aber auch politisch geboten, alle Begabungen „auszuschöpfen“, „Begabungsreserven“ nicht brachliegen zu lassen und den „Aufstieg der Begabten“ zu organisieren. Als Gebot der Gerechtigkeit soll „jede intellektuelle Individualität ... ihr Recht und ihren Platz [finden], keiner brauchte seine Bestimmung früher als in seiner allmähigen Entwicklung selbst zu suchen“³ – sagt Wilhelm von Humboldt 1809, wenn er die Prinzipien der Schulorganisation diskutiert. Doch bis heute überlagert der Streit über die Praxis in der Schule, über „Auslese“ und „Förderung“, über Individualisierung und Standardisierung die Debatte – und die Kontroversen sind wieder da.

Auch Begabungsförderung ist also bestimmt von den kontroversen Positionen – zwischen Anlage und Umwelt, zwischen der Förderung aller und der Konzentration auf die Hochbegabten oder auf die jeweils gesuchten Begabungen etwa im MINT-Bereich oder beim Sport – so wie die Zeitlage es gerade vorgibt.

Die Rede von Begabung wird immer wieder politisiert, und es wundert nicht, dass die beteiligten Forscher ihre eigenen Begrifflichkeiten jenseits des Begabungsbegriffs zwischen Dispositionen und Fähigkeiten, Potenzialen und Leistungen suchen und der Interaktion einer Vielzahl von Faktoren unterstellen, statt simplen Dualen zu folgen.

WEDER ALLEIN DIE NATUR NOCH ALLEIN DIE UMWELT

Man kann die Debatte über Begabung nicht allein den Spezialisten überlassen. Sie erzeugen selbst politisch relevante Entwicklungen, wie die Ge-

schichte der Intelligenzmessung belegt. Das Thema verdient öffentliche Resonanz, sodass es vielleicht nützlich sein kann, die Dimensionen sorgfältiger zu unterscheiden, in denen die Argumente gebraucht werden – schon weil sie in der Rede von der „Begabung“ zwar vernetzt, aber nicht wechselseitig zu ersetzen sind. Zumindest drei Dimensionen sollte man unterscheiden: Die Annahme einer bestimmten „Natur“ des Menschen und die Möglichkeiten der individuellen Bildungsprozesse bezeichnen die erste Dimension; politisch ist die zweite, in der die Fragen der Bildungsgerechtigkeit und die legitimen individuellen und gesellschaftlichen Erwartungen erörtert werden; eine operative, pädagogische Dimension tritt als dritte hinzu, in der zu klären ist, wie erreicht werden kann, was als wünschenswert gilt.

In der ersten Dimension kann man inzwischen aus zwei Jahrhunderten der Forschung über die „Natur“ des Menschen alle Vereinfachungen der öffentlichen Diskussion zur Seite legen. Das gilt vor allem für die vermeintlich immer noch diskussionswürdige Alternative von „Anlage“ versus „Umwelt“ (oder „nature“ versus „nurture“), die die je individuellen Begabungen konstituieren und entwickeln würden.

Allein die Interaktion zählt, selbst wenn man nur im Dual denkt. Besser sind noch triadische Figuren wie in der klassischen Bildungstheorie, nach der der Mensch als Produkt „seiner Natur, seines Geschlechts [das heißt seiner gesellschaftlichen Umwelt] und seiner Selbst“ gedacht ist (Pestalozzi), also nach der man den Menschen auch als Akteur seiner eigenen Geschichte denken kann und nicht allein als von Genen oder Umwelten abhängig. Akzeptabel ist insofern allein eine sparsame Naturprämisse, die im Grunde nur mit der „Bildsamkeit“ des Menschen rechnet – also seiner Fähigkeit, Fähigkeiten auszubilden. Schon wenn man über „Bildungspotenziale“ oder „Dispositionen“ spricht, geht es um eine individuelle Leistungsfähigkeit, die sich aus Lernprozessen, Umweltbedingungen und den je subjektiven Erwartungen und Anstrengungen, Motivationen und Herausforderungen angesichts konkreter Aufgaben speist. „Natur“, über die uns die Biologen und Genetiker belehren, erklärt dann so gut wie nichts mehr. „Begabung“ ist vor diesem Hintergrund individuell und spezifisch, nicht allein in einer Dimension sichtbar oder gleich in allen Dimensionen – kognitiv oder emotional oder ästhetisch – entfaltet; sondern sie ist nur biografisch erklärbar und in der Entwicklung abhängig von weiteren Lernprozessen und -gelegenheiten.

Nicht Natur ist also die wesentliche Referenz, sondern die historisch gegebenen Möglichkeiten, unter denen sich individuelle Dispositionen und Potenziale entfalten können. Politik und Gesellschaft oder die Wissenschaft können sich deshalb auch nicht mit dem Rekurs auf Natur, die „Anlage“, herausreden und nur für die Identifizierung der naturgegebenen Möglichkeiten und für „Auslese“ plädieren. Die Bildungswelten und -prozesse gestalten die Entwicklung. Die „Ausbildung der Fähigkeiten“, das ist politischer Konsens, darf daher nicht von Faktoren sozialer Herkunft oder des Ge-

schlechts oder der Ethnizität bestimmt sein, sondern allein von den individuell zugänglichen und genutzten Lernmöglichkeiten und Lernanstrengungen. Die Notwendigkeit der Individualisierung von Bildungsprozessen in individuell verfügbaren Lerngelegenheiten ist daher auch das erste und wesentliche Kriterium, an dem sich die Frage der Bildungsgerechtigkeit bewähren muss.

Diese Erwartung steht keineswegs im Widerspruch zu der universalistischen Erwartung, dass Bildungskarrieren meritokratischen Prinzipien und Bildungssysteme dem Prinzip der Leistung in der Zuteilung von Belohnung (oder im Konstatieren des Misserfolges) unterworfen seien. Bildungsgleichheit ist nicht identisch mit Bildungsgerechtigkeit, die Gleichheit der Chancen erfüllt sich nicht im Versprechen der Zielgleichheit oder der unterschiedslosen Zielerreichung aller, sondern in der Möglichkeit der gleichen Teilhabe an Prozessen, deren logisches Ergebnis die Erzeugung von Differenz ist – Individualisierung durch Lernen eben, auch wenn man gelegentlich diese Seite der Individualisierung ungern eingesteht. Aber mehr als das kann man nicht erwarten: Einheit in der Differenz.

Entscheidend für den Prozess ist deshalb auch nicht die Prinzipien-dimension, sondern die dritte, die operative Dimension, also die Frage, wie Individualisierung, d. i. Begabungsförderung, als einzulösendes Postulat der Bildungsgerechtigkeit möglich ist. Gesellschaften wie unsere haben dafür ein zweistufiges System entwickelt: Die Normalform sind die Angebote von familiären, öffentlichen und staatlichen Bildungseinrichtungen, die das Individuum von der Vorschule bis ins Erwachsenenalter begleiten. Sie umfasst ebenso Spezialeinrichtungen ganz unterschiedlicher Art, in denen die Förderung von Begabungen in großer Breite und in vielfältigen Formen zur Geltung kommt. Hier, in dieser operativen Dimension, entscheidet sich die Begabungsproblematik als Entfaltung von Fähigkeiten in ihren Unterschieden; hier liegen auch die wesentlichen Optionen bei der Gestaltung.

WENN ALLE HOCHBEGABT SIND

Zunächst ist eindeutig: Der erste Ort der Begabungsförderung für alle ist nach der Familie das öffentliche Bildungssystem – zunehmend obligatorisch von der Vorschule bis zum 18. Lebensjahr. Die Schule erfüllt dabei eine dreifache Aufgabe: Sie *universalisiert* erstens im Modus schulischer Allgemeinbildung – Kenntnisse, Verhaltensweisen und Einstellungen, die für die kompetente Teilhabe aller an der Gesellschaft und zur selbstbestimmten und selbstverantwortlichen Lebensführung notwendig und unentbehrlich sind; Schule *individualisiert* zweitens, indem sie einen Ort bietet, der den Lernenden die Erfahrung ermöglicht, ihre je subjektiven Erwartungen, Leistungspotenziale und Handlungsperspektiven soweit zu erproben, dass sie nicht nur schulische, sondern individuelle Bildungsbiografien aufbauen können.

Schule ist zudem drittens mit der Aufgabe betraut, diese Gleichzeitigkeit von Individualisierung und Universalisierung in einem *kompensatorischen* Sinne zu erbringen, also Nachteile der sozialen Herkunft auszugleichen, sodass Leistung und nicht Herkunft den Bildungsgang entscheidet.

Heute weiß jeder, dass das mehr oder weniger gut gelingt – zumal die kompensatorische Leistung intensiv als ungelöste Aufgabe diskutiert wird. Im Kontext der Debatte über „Hochbegabte“ tritt jedoch eine andere Defizitzuschreibung an das Bildungssystem hinzu, die in der Literatur als „Drama des begabten Kindes“ eine eigene Tradition seit dem 20. Jahrhundert hat.⁴ In der Schule, so die These, finde sich das begabte Kind „Unterm Rad“ wieder, weil – so Hermann Hesse – „ein Schulmeister lieber zehn notorische Esel als ein Genie in seiner Klasse“⁵ habe und der Selbstmord von Schülern deshalb quasi systemisch erwartbar sei (gelegentlich gilt schon als hochbegabt, wer Probleme mit der Schule hat). Aktuell äußert sich eine vergleichbare Kritik an der Schule bei Neurologen, zugespitzt in der so werbewirksamen wie sinnfreien These „Jedes Kind ist hochbegabt“.⁶ Das ist Nonsense, denn wenn alle hochbegabt sind, sogar mit Blick auf die „angeborenen Talente unserer Kinder“ (ebenda), dann gibt es auch nicht mehr die Möglichkeit der Unterscheidung von „hoch“ und „niedrig“ – dann ist alles „Hochbegabung“ und letztlich alles „Natur“, dann ist alles „angeboren“. Aber was soll das?

Man sollte deshalb den Neurologen weder in den längst überholten genetischen Annahmen noch in den unbegründeten schulkritischen Behauptungen folgen und allenfalls ihre These aufnehmen, dass Pädagogik „eine Art Potentialentfaltungskunst“⁷ sei und Begabung und ihre Förderung – als Programm der Individualisierung – viele Dimensionen hätten. Aber das weiß man auch ohne Neurologie! Die Kultusministerkonferenz zum Beispiel hat jüngst und unter bemerkenswert sparsamer Verwendung des Begabungsbegriffs eine gut begründete und breit entfaltete, schulisch wie außerschulisch bedeutsame „Förderstrategie für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler“⁸ beschlossen – verstanden als „begabungsgerechte Förderung“, umschifft sie klug die Hochbegabten-Debatte. In der Debatte über Inklusion und den Umgang mit Heterogenität steht ebenfalls die operative Dimension im Zentrum. Die Reflexion von Strategien der Individualisierung gewinnt dabei – in einem universalisierenden Kontext – an Präzision und Erfahrung. Man muss also nicht pessimistisch sein, wenn man schulische Individualisierungsprogramme verfolgt, denn auch Profilbildung von Schulen in Spezialbereichen – musisch oder mathematisch, naturwissenschaftlich oder sozial, sportlich oder technisch – ist ganz alltäglich geworden (und kann natürlich immer besser werden).

Relativ gelassen darf man auch die zweite Ebene der Förderung, die der Spezialveranstaltungen, betrachten. Früh in der „Studienstiftung“ für die besonders leistungsstarken Schüler mit Blick auf ein Hochschulstudium entwickelt, später von den Stiftungen der Parteien, Gewerkschaften und Kirchen

erweitert, gibt es heute eine Vielzahl an Programmen, die biografisch und thematisch offen orientiert sind. Die Helmholtz-Gemeinschaft zum Beispiel fördert die Arbeit in der Kita-Phase, es gibt nicht nur Förderung bei „Jugend forscht“, sondern auch, wenn Jugend musiziert, argumentiert, schreibt und liest oder politische und sportliche Fähigkeiten entfaltet. Und es gibt natürlich „MINT-Programme“. Die Förderung der Vielfalt von Begabungen erweist sich zu Recht als ein zivilgesellschaftliches Thema. Hier haben die Stiftungen eine ihrer Aufgaben gefunden, und man muss nicht nach dem Staat rufen. Eher ist darauf zu achten, dass Bildung den freien Raum findet, der Individualisierung und damit die Entfaltung von Begabungen möglich macht.

¹ So argumentiert die empirisch orientierte Begabungsforschung um 1900; zur Übersicht: Ernst Meumann: Vorlesungen zur Einführung in die experimentelle Pädagogik und ihre psychologischen Grundlagen, 2. Bd., 2. Aufl. 1913.

² Dafür steht natürlich Heinrich Roth (Hrsg.): Begabung und Lernen, Stuttgart 1969 – und die Kritik z. B. bei Franz E. Weinert: Begabung und Lernen. Zur Entwicklung geistiger Leistungsunterschiede, in: Max Planck Forschung 1999, S. 60–67, dort: „Was für eine pädagogische Utopie; aber auch welch ein psychologisches Fehlurteil.“

³ Wilhelm von Humboldt: „Königsberger Schulplan“, in: Humboldt, Werke, Ed. Flitner/Giel, Bd. IV, S. 168–195, zit. S. 175.

⁴ So, publikumswirksam, Alice Miller: Das Drama des begabten Kindes. Frankfurt a.M. 1979 – und man kannte dabei noch nicht die familiäre Leidensgeschichte ihres Sohnes.

⁵ Hermann Hesse: Unterm Rad (1905/06), Frankfurt a.M. 1970 (u. ö.).

⁶ Gerald Hüther / Uli Häuser: Jedes Kind ist hochbegabt. Die angeborenen Talente unserer Kinder und was wir aus ihnen machen, München 2012.

⁷ So Hüther in einem Interview, in: Der Spiegel, vgl. www.spiegel.de › SchulSPIEGEL › Wissen › Arbeitsplatz Schule, 21.08.2012: Schulkritiker Gerald Hüther: „In jedem Kind steckt ein Genie“.

⁸ Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 11.06.2015.

Auf der Suche nach dem besonderen Kind

Wie Eltern unterstützen und schaden können

CHRISTINE HENRY-HUTHMACHER

Geboren 1955 in Saarbrücken, ist Sozialpsychologin und Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie ist Mitglied der Familienkommission der CDU und der Bundesfachausschüsse Frauen und Familie.

Wie wichtig ein erfolgreicher Schulabschluss ist, wissen mittlerweile alle Eltern. Eltern aus der Mittelschicht ziehen daraus Konsequenzen und organisieren Hausaufgabenhilfe, Nachhilfe oder andere Unterstützungsmaßnahmen. Eltern aus den unteren sozialen Schichten fehlen hingegen dazu oftmals die Ressourcen. Der zu-

nehmende Wunsch der Eltern, ihre Kinder zu fördern, hängt zusammen mit der veränderten Stellung und Bedeutung der Kinder in den Familien, mit der geringen Kinderzahl in den Familien sowie mit der zunehmenden Bedeutung von Bildung.

Hinter dem Fördergedanken steht die Vorstellung, dass die Potenziale der Kinder durch (spielerische) Förderangebote besser zur Entfaltung kommen, wobei diese Potenzialentfaltung zum allgemeinen Leitwert wird. Die richtige Frühförderung, die Suche nach der optimalen Schule und die Nutzung der Zeitfenster für die Sprachentwicklung schlagen sich in dieser allgemeinen Tendenz nieder. Das fleißige, angepasste Kind ist aus der Mode gekommen. Das kreative, nicht angepasste, begabte Kind ist dagegen angesagt. Kreativität, flexibles Denken, Aufgeschlossenheit für Neues sind nicht nur die von der Wirtschaft erwarteten Schlüsselkompetenzen des 21. Jahrhunderts. Sie sind auch Merkmale eines hohen Intelligenzquotienten (IQ). Dabei ist ein hoher IQ außerhalb der Norm. Das begabte Kind ist somit Ausdruck einer Sehnsucht vieler Eltern nach dem besonderen Kind.

Unterstützt wird diese Sehnsucht durch die Erkenntnis populärer Hirnforscher, die erklären, dass jedes Kind hochbegabt sei und dass eine Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung (ADHS) keine Störung darstelle. Dabei wird der Begabungsbegriff sehr weit interpretiert. „Manche haben eine analytische Begabung, andere für Sensibilität oder die Gestaltung zwischenmenschlicher Beziehungen, für Kirschkernspucken oder Bäumeklettern“, sagt etwa der Neurologe Gerald Hüther. „Lernprozesse sind am effektivsten, wenn man sie entlang der Begabung aufbaut.“

NUR ZWEI PROZENT DER DEUTSCHEN SIND HOCHBEGABT

Als intellektuell hochbegabt gelten Menschen mit einem IQ von mindestens 130. Statistisch betrifft das zwei Prozent der Deutschen. Den Wunsch vieler Eltern, ein kognitiv besonders begabtes Kind zu haben und es intensiv zu fördern, sehen Fachleute mit großer Sorge. Das betrifft auch die Angebote und Maßnahmen einer ganzen Förderindustrie, die Eltern zunehmend verunsichern.

Pädagogen schätzen das Streben vieler Eltern vor allem aus der Mittelschicht nach dem hochbegabten Nachwuchs ebenfalls als problematisch ein. Durch überhöhte Erwartungen können Kinder unter Leistungsdruck geraten und schlimmstenfalls sogar depressiv werden. Nach Schätzungen des Berufsverbands für Kinder- und Jugendärzte leidet mittlerweile jedes fünfte Kind unter einer ausgeprägten Form von Schulangst. Die zunehmenden Schul- und Versagensängste haben jedoch noch tiefer liegende Ursachen. Die zunehmende Bedeutung eines erfolgreichen Schulabschlusses und ein verstärkter Leistungsdruck, der mittlerweile viele Familien erreicht, führen dazu, dass Eltern sich mitverantwortlich fühlen für den Schulerfolg ihrer Kinder. Die Folge ist die Entpflichtung der Kinder von Alltagsaufgaben in der Familie und die Konzentration auf das Lernen, etwa für ein erfolgreiches Abitur.

Dass Eltern sich mit den Aufgaben ihrer Kinder „überidentifizieren“, dass sie ihre Kinder über Gebühr belohnen, wenn sie ihre Aufgaben erfolgreich bewältigt haben, und dass sie sie deshalb ständig „überkontrollieren“, zeichnet sogenannte „Helikoptereltern“ aus. Aber – sie erschweren damit eine eigenständige Entwicklung ihrer Kinder. „Helikoptereltern“ kreisen ständig über ihren Kindern, um sie im Notfall retten zu können, sie sind in Kindergärten und Schulen längst keine Randerscheinung mehr. Selbst wenn sie weiterhin eine Minderheit bilden, setzen sie durch ihre Erwartungshaltung und ihr Anspruchsdenken doch neue Maßstäbe unter den Eltern.

VERSTÄNDNIS VON KIND UND KINDHEIT HEUTE

Die Sehnsucht nach dem besonderen Kind ist nicht nur dem Umstand geschuldet, dass es in den Familien weniger Kinder gibt, sie ist auch Ausdruck eines veränderten Verständnisses von Kindsein und Kindheit überhaupt.

Kinder haben heute ein Recht auf ihre Kindheit und auf eine autonome Entwicklung. Kinder werden als Subjekte anerkannt. Sie genießen Rechte; Pflichten werden ihnen immer weniger zugemutet. Die Beziehungen zu ihnen werden vor allem partnerschaftlich gestaltet. Die mit der Erziehung zur Selbstständigkeit des Kindes einhergehende Lockerung von Disziplinierungszumutungen hat jedoch neben dem befreienden auch möglicherweise einen labilisierenden Effekt. Wie die Familiensoziologin Yvonne Schütze vermutet, bewirkt das vermehrte Engagement der Eltern für die Selbstständigkeit der Kinder tendenziell das Gegenteil: Kinder können sich demnach kaum noch allein beschäftigen, da sie seit Säuglingszeiten daran gewöhnt sind, dass ständig jemand zur Verfügung steht, der sich ihnen widmet.

Was Kindern und Jugendlichen heute zunehmend fehlt, ist die Freiheit von Ansprüchen. Autonomie stellt für Kinder heute eine große Aufgabe dar, weil Eltern in nahezu allen Lebensbereichen ihrer Kinder dabei sein wollen. Auch deshalb ziehen sich Kinder und Jugendliche in die sozialen Netzwerke zurück. Dort wännen sie sich endlich ungestört.

Hinzu kommt ein zweites Paradox: Das Kind nimmt eine zentrale Stellung in der Familie ein, es vermittelt Eltern Lebenssinn und Freude. Nicht selten wächst den Kindern eine unangemessene, der Selbstständigkeitsentwicklung eher zuwiderlaufende Verantwortung für ihre Eltern zu. Von Kindern wird heute nicht nur erwartet, dass sie glücklich sind, sondern auch, dass sie ihre Eltern glücklich machen. Zum Glück der Eltern gehört heute auch eine erfolgreiche Schullaufbahn und ein nicht angepasstes, besonderes mit Begabung versehenes Kind.

BEGABUNG UND HERKUNFT

Soziale Herkunft prägt den Bildungsverlauf der Kinder. Das war ein zentrales Ergebnis der PISA-Studien der vergangenen Jahre. Bisher wird in der bildungspolitischen Diskussion vor allem die Schule dafür verantwortlich gemacht. Mit dem Ausbau des Förderunterrichts und der Ganztagschulen sowie der Fokussierung auf ein längeres gemeinsames Lernen erhoffen sich viele Schulpolitiker eine größere Chancengerechtigkeit und damit eine größere Chance für Kinder aus sozial schwachen Familien, ihr Potenzial zu entfalten.

Dabei findet der familiäre Aspekt wenig Beachtung. Die Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung *Eltern – Lehrer – Schulerfolg* (2013) zeigt sehr deutlich die Unterschiede zwischen Kindern, die von ihren Eltern gefördert (und zum Teil überfordert) werden, und Kindern, die weitgehend sich selbst überlassen sind. Ob Kinder von Anfang an die Anerkennung ihrer Eltern finden und Zuwendung erfahren oder ob ihnen diese verweigert wird und Kinder sich selbst überlassen sind, ist für ihre kognitive Entwicklung von wesentlicher Bedeutung. Je unsensibler Mütter mit ihren Kindern umgehen, je weniger Aufmerksamkeit sie ihrem Säugling schenken, desto weniger entwickelt sich später der IQ des Kindes, desto schwieriger ist es für diese Kinder, sich auf eine Sache zu konzentrieren. Das ist entscheidend für das spätere Lernverhalten in der Schule.

Bereits mit drei Jahren verfügen Kinder aus bessergestellten Familien im Schnitt über einen doppelt so hohen Wortschatz wie ihre Altersgenossen aus einfachen Familien. Auch können sie komplexere Satzgefüge verstehen und haben ein ausgeprägteres Verständnis für Zahlen, Größen und Formen.

Diese Kompetenzunterschiede, die in dem Forschungsprojekt BiKS (Bildungsprozesse, Kompetenzentwicklung und Selektionsentscheidungen im Vorschul- und Schulalter) festgestellt wurden, können nach Meinung der Forscher auch durch den Besuch einer Kita nicht überwunden werden. Das kulturelle Kapital der Familie ist eine grundlegende Basis, die die Entwicklung und die kognitiven Fähigkeiten des Kindes wesentlich prägt. Die Schule ist nur bedingt in der Lage, die frühen unterlassenen Lernprozesse der ersten Jahre in der Familie mithilfe eines formellen Lernprogramms auszugleichen. Angesichts der großen Bedeutung des familiären Umfeldes für die Entfaltung der kindlichen Potenziale ist das hohe Engagement der Mittelschichteltern nicht überraschend.

IST DAS BEGABTE KIND „MACHBAR“?

Der Wunsch der Eltern, ihrem Kind die bestmögliche Entwicklung seiner Fähigkeiten zu ermöglichen, wird darüber hinaus sowohl durch die Multi-

optionsgesellschaft als auch durch die Wissenschaft forciert. Mit ihrem Versprechen „Alles ist möglich!“ bietet die Multioptionsgesellschaft nicht nur eine unüberschaubare Palette von Fördermöglichkeiten, sondern suggeriert den Eltern gleichzeitig die Idee der Machbarkeit. Anders als vor dreißig Jahren lösen schlechte Schulnoten heute bei Eltern die Inanspruchnahme einer Reihe von Förderinstrumenten aus. Schlechte Noten oder ein schlechter Schulabschluss werden nicht länger als schicksalhaft hingenommen. Die Verantwortung für den Lern- und Schulerfolg des Kindes sehen Mittelschichteltern auch bei sich selbst. Eine ganze Palette von Förderangeboten verspricht, die Potenziale der Kinder im kreativen, motorischen, kognitiven Bereich besser zur Entfaltung zu bringen – nicht zuletzt, um im Wettbewerb besser zu bestehen. Genauso bestärkt die Wissenschaft Eltern darin, ihre Kinder so früh wie möglich zu fördern, damit diese ihre Potenziale entwickeln können: „Das Erlernen von Zweitsprachen [sollte] so früh wie möglich beginnen, um das Erreichen einer weit entwickelten Kompetenz zu ermöglichen.“ „Verfahren zur Feststellung des Sprachstands müssen früh, eventuell bei den bereits erfolgenden nachgeburtlichen Untersuchungen beim Kinderarzt beginnen.“

Wie stark der Erwartungsdruck gegenüber den Eltern ist, zeigen die Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit nach Ansicht von Neurobiologen das Kind seine Begabung entfalten kann: „In der Kindheit müssen zwingend bestimmte Umwelterfahrungen gemacht werden. Nur dann können sich wichtige Strukturen des Nervensystems und die daran gekoppelten Verhaltensweisen in voller Ausprägung entwickeln. Werden diese kritischen Phasen nicht mit den erforderlichen Umwelteinflüssen ‚bedient‘, so bleibt die neuronale Entwicklung unvollständig und bestimmte Verhaltensweisen können gar nicht oder nur eingeschränkt erworben werden. Diese Defizite sind irreversibel. Sie können später kaum ausgeglichen werden“ (Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina, Acatec u. a.: *Frühkindliche Sozialisation*, Juli 2014). Insofern kommen Eltern in die Verantwortungsrolle, die Bedingungen für die Potenzialentfaltung ihrer Kinder gewährleisten zu müssen. Wer möchte sich sagen lassen, Begabungen des Kindes nicht (rechtzeitig) erkannt zu haben?

DAS BILD VOM HOCHBEGABTEN KIND

Das medial vermittelte Bild vom hochbegabten Kind erscheint indes wenig attraktiv. Es stellt vorwiegend männliche Kinder und Jugendliche mit schlecht sitzender Frisur und Brille dar, sogenannte „Nerds“ und gesellschaftlicher Außenseiter. Ein Mädchen erscheint im Bild des hochbegabten Kindes hingegen kaum. Das ist insofern interessant, als Mädchen bessere Schulabschlüsse als Jungen haben. Doch auch in der speziellen Begabtenförderung sind Mädchen unterrepräsentiert. Während Jungen im Spitzen-

segment als begabt gelten, erreichen Mädchen nach allgemeiner Vorstellung ihre Leistungen durch Fleiß. Anerkennung für Begabungen und Talente beinhaltet keine Anerkennung für Fleiß. Begabte Kinder mit Migrationshintergrund sind im medialen Bild auch nicht sichtbar. Talente der Kinder mit Migrationshintergrund werden eher im Sport oder in der Musik akzeptiert. Castingshows wie „Deutschland sucht den Superstar“ sind öffentliche Formate der Talentsuche.

Das Bild vom hochbegabten Kind ist wenig positiv. Hochbegabte stehen heraus aus dem „normalen“ Umfeld. Weltabgewandtheit, Zerstreuung und Praxisuntauglichkeit wird ihnen unterstellt. Nur der Tüftler, der originale Bastler, ist in Deutschland akzeptiert.

JENSEITS DES AGGRESSIVEN FÖRDERWAHNS

Heute fördern fünfzehn Prozent aller Mütter und Väter in Deutschland ihre Kinder überhöht als „Helikoptereltern“. Im Umkehrschluss fühlten sich 85 Prozent aller deutschen Eltern ihrer Erziehungsaufgabe gewachsen – so der Erziehungswissenschaftler Jürgen Oelkers. Fast neunzig Prozent aller Kinder und Jugendlichen fühlen sich in ihren Familien wohl. Sie sind heute besser ausgebildet als jede andere Generation vor ihnen. Sie können auf die Unterstützungssysteme zurückgreifen, die es vor zwanzig Jahren noch nicht gegeben hat. Ein normal anregendes Elternhaus reicht nach Meinung von Pädagoginnen und Pädagogen für die Potenzialentfaltung des Kindes völlig aus. Spielerischer Umgang im Lernen von Neuem ist vielfach für das Kind hilfreicher als spezielle Kurse zur Erlangung spezieller Fähigkeiten.

Was sollen Eltern zur Entfaltung ihres Kindes tun? Eine einfache Antwort liefert der US-Neurowissenschaftler Steve Petersen, der die unumstrittenen Ergebnisse der pädagogisch relevanten Neuroforschung zusammenfasst: „Sperren Sie Ihr Kind nicht in den Schrank, lassen Sie es nicht verhungern und schlagen Sie ihm nicht mit der Bratpfanne auf den Kopf!“

Starke stärken



Wie Schule begabte Kinder mit offenen Unterrichtsformen fördern kann

SUSANNE LIN-KLITZING

Geboren 1963 in Bremerhaven,
Dekanin des Fachbereichs
Erziehungswissenschaften,
Philipps-Universität Marburg.

An vielen Schulen, insbesondere an Grundschulen und Gymnasien, gibt es mittlerweile gute Angebote für die Förderung begabter Schüler/-innen. Wie die Integration von Formen „Offenen Unterrichts“ in den „Normalunterricht“ für Begabte gelingen kann, hat das Deutschhausgymnasium (DHG) in Würzburg vorgemacht. Am DHG wird ein besonderes Förderkonzept für hochbegabte Schüler/-innen in ein staatliches Regelgymnasium gegossen, in dessen Mittelpunkt der einzelne Schüler/die einzelne Schülerin und seine/ihre Persönlichkeitsbildung stehen. Praktiziert wird ein „multipler Unterricht“, in dem sowohl gemeinsamer Unterricht als auch „offener“, projektorientierter Unterricht und institutionalisiertes Selbstlernen stattfinden. Damit kann in arbeitsteiliger Gruppenarbeit, in freier Materialarbeit/Freiarbeit, im Stationenlernen, in der Wochenplanarbeit, in individueller

Recherche- und Dokumentationstätigkeit im Rahmen einer „Gesamtchoreografie des Unterrichts“ lernen individualisiert und differenziert werden. Das Wissen wird durch herkömmliche Methoden, aber auch durch Präsentationen, Dokumentationen, Anwendungsprodukte, Portfolien oder Kolloquien und spezifische Lernverträge geprüft. Über die Sicherung von Basiswissen hinaus sollen begabte Schüler/-innen so lernen, interessengesteuert eigene Ziele zu formulieren, eigenverantwortliches Lernen einzuüben und eine dementsprechende Selbstkontrolle zu entwickeln (vgl. Hackl 2008). In diesen multiplen Unterricht sind „klassische“ Formen „offenen Unterrichts“ integriert, die Selbststeuerung und Selbsttätigkeit der Schülern/-innen stärken.

OFFENER UNTERRICHT BEREICHERT

Die „Bewegung Offener Unterricht“, historisch unter anderem durch reformpädagogische Schulen zwischen 1890 und 1930 begründet, hat Unterricht „immer schon“ am Kind ausgerichtet und hat über verschiedene Phasen hinweg bis heute unterrichtsmethodische Impulse hervorgebracht, die sich stärker am einzelnen Kind und seinen individuellen Fähigkeiten als an der Organisation des „Ganzklassenunterrichts“ orientieren. Durch „offene Unterrichtsformen“ soll im Unterricht schüleraktives, selbst reguliertes und ein zunehmendes Maß an selbst gesteuertem Lernen für die Schüler/Schülerinnen ermöglicht werden. „Offener Unterricht“ lässt sich seit den 1990er-Jahren als zeitlich, methodisch und inhaltlich „geöffneter“ Unterricht beschreiben. Wahlmöglichkeiten sollen den Schülern/Schülerinnen differenziertes, individualisiertes sowie kooperatives Lernen ermöglichen. „Offener Unterricht“ ist sowohl fachübergreifend organisiert als auch fachspezifisch und/oder exemplarisch orientiert (vgl. Lin-Klitzing 2011). Dies kann zum Beispiel im Planspiel, im Projekt, in der Freiarbeit gut umgesetzt werden, da hier die Fähigkeiten der Schüler/-innen, ihre eigenen Aktivitäten zu planen, auszuwählen, diese allein oder mit Partnern durchzuführen und abzuschließen, besonders gut entwickelt werden können (vgl. Reiß/Reiß 1992: 16).

Diese Ziele wurden beispielsweise auch in einem Schulentwicklungsprojekt in der deutschsprachigen Schweiz, im Konzept der „Erweiterten Lehr- und Lernformen“ (ELF), angestrebt. Hier ging es darum, „den Selbststeuerungsgrad der Lernenden im Vergleich zum traditionellen Unterricht durch vermehrte Wahlmöglichkeiten zu erhöhen“, die „Adaptivität des Unterrichts“ zu verbessern, „Lernkompetenzen durch Maßnahmen zur Unterstützung der Reflexion des eigenen Lern-, Arbeits- und Kommunikationsverhaltens“ bewusst und aktiv zu fördern und „die Eigenaktivität der Lernenden zu erhöhen“ (Pauli/Reusser/Waldis/Grob 2003: 294). Wichtige Qualitätsmerkmale von gutem Unterricht wie Klarheit, Strukturiertheit und gute Klassenfüh-

rung können und sollen auch in einem schülerzentrierten, offenen Unterricht realisiert werden.

Es geht beim „Offenen Unterricht“ um eine Offenheit gegenüber den Inhalten beziehungsweise Lerngegenständen, gegenüber den Unterrichts- und Sozialformen sowie um eine Offenheit, in welchen Zeiten und Räumen gearbeitet wird. In allen diesen Dimensionen haben die Schüler/-innen die für den „Offenen Unterricht“ charakteristischen Wahlmöglichkeiten, die ihnen beispielsweise in der Freiarbeit eröffnet werden.

„Offener Unterricht“ wird heute überwiegend als „Teil eines unterrichtlichen Gesamtarrangements“ gesehen, der „nur einen Stellenwert im Rahmen einer ‚Gesamtchoreografie‘ des Unterrichts“ habe (Gudjons 2004: 8). Dies entspricht schon den Empfehlungen von F. E. Weinert (2000), der als Anforderungen an Lehrerinnen und Lehrer formuliert hatte, sowohl traditionelle „direkte Unterweisung“ als auch „Offenen Unterricht“, Projekt- und Teamarbeit sowie individualisiertes, selbstständiges Lernen zu realisieren, um jeweils unterschiedliche Kompetenzen der Schüler/-innen zu fördern.

LEISTUNGSSTARKE PROFITIEREN

Bisher kann für die Wirksamkeit „Offenen Unterrichts“ beziehungsweise „offener Unterrichtsformen“ gesagt werden, dass nach Uhl (1996), Gruehn (2000) und Bohl (2000) leistungstärkere Schüler in kognitiver Hinsicht stärker von „Offenem Unterricht“ profitieren als leistungsschwächere Schüler/-innen. Hartinger (2002) untersuchte die Wirkung verschiedener Formen der Öffnung von Unterricht auf das Selbstbestimmungsempfinden von Grundschulkindern und kommt unter anderem zum Ergebnis, dass sich die Schüler/-innen durch die Mitbestimmung verschiedener Elemente des Unterrichts tatsächlich als selbstbestimmter empfinden. Aus Sicht von befragten Lehrenden kommt Jürgens in seiner Studie schriftlich befragter Lehrkräfte an Grundschulen und der Sekundarstufe I zur Praxis der Freiarbeit zu dem Ergebnis, dass diese die klassische offene Unterrichtsform der Freiarbeit „als die effektivere Unterrichtsform im Vergleich zum traditionellen direktiven Unterricht“ beurteilen, die „gute Ansatzpunkte zur Leistungsdifferenzierung“ und „sowohl für die LehrerInnen als auch für die SchülerInnen eine angenehme und anregende Arbeitsatmosphäre“ biete (Jürgens 1998: 331).

Die Wirksamkeit kooperativen Lernens als einer unterrichtsmethodischen Variante gruppenunterrichtlichen Arbeitens ist insbesondere im US-amerikanischen Raum gut untersucht, und entsprechende Studien (Slavin 1993 ff.) „belegen eine signifikante Überlegenheit kooperativer Lernformen gegenüber traditionellen bzw. kompetitiv angelegten Unterrichtsmethoden“ (Gruehn 2000: 49). Im Rahmen einer Meta-Analyse hatte Slavin (1996) die Leistungsmaße von Schülern/Schülerinnen, die in verschiedenen Formen

kooperativen Lernens und „herkömmlich“ unterrichtet wurden, verglichen und stellte höhere Leistungsmaße für die Schüler/-innen fest, die in den kooperativen Formen Gruppenrallye, Gruppenturnier und Gruppenpuzzle unterrichtet wurden.

BILDUNG DER PERSÖNLICHKEIT DIENT DEM GEMEINWOHL

Den Weg in die Schulgesetze haben die individuelle Förderung und die Begabtenförderung erfreulicherweise bereits gefunden, wenngleich bildungspolitisch und unterrichtspraktisch nach den ersten PISA-Ergebnissen insbesondere die Förderung benachteiligter Schüler/-innen im Vordergrund stand. Die Schule als gesellschaftliche Institution übernimmt Aufgaben für den Staat beziehungsweise für das Individuum. Für die Gesellschaft übernimmt die Schule dabei die Funktion der „Reproduktion“: Mit der Erziehung und Bildung der Schüler/-innen in der Schule soll die Gesellschaft mindestens auf dem jeweils aktuellen Stand ihrer Entwicklung reproduziert, im besten Falle weiterentwickelt werden. Im Rahmen der individuellen Funktionen für das Individuum soll die Schule gleichzeitig zu einer umfassenden Persönlichkeitsbildung beitragen.

In den Schulgesetzen der Länder finden sich daher auch für die individuelle Förderung begabter Schüler/-innen entsprechende Grundlagen – im Rahmen der staatlichen Verantwortung für das Schulwesen, die grundgesetzlich in den Artikeln 7, 20 und 30 niedergelegt ist. Hier soll nur exemplarisch auf die schulgesetzliche Regelung des Landes Niedersachsen hingewiesen werden, ähnliche Festlegungen finden sich in den Schulgesetzen anderer Bundesländer. Dort heißt es in Paragraf 54 (1): „Das Land ist verpflichtet, im Rahmen seiner Möglichkeiten das Schulwesen so zu fördern, daß alle in Niedersachsen wohnenden Schülerinnen und Schüler ihr Recht auf Bildung verwirklichen können. Das Schulwesen soll eine begabungsgerechte individuelle Förderung ermöglichen und eine gesicherte Unterrichtsversorgung bieten. Unterschiede in den Bildungschancen sind nach Möglichkeit durch besondere Förderung der benachteiligten Schülerinnen und Schüler auszugleichen. Auch hochbegabte Schülerinnen und Schüler sollen besonders gefördert werden.“ Das Schulgesetz von Nordrhein-Westfalen weist zudem in Artikel 2 (4) darauf hin, dass „die Schule [...] die zur Erfüllung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Werthaltungen“ vermittele und „dabei die individuellen Voraussetzungen der Schüler/Schülerinnen“ berücksichtige. „Sie fördert die Entfaltung der Person, die Selbstständigkeit ihrer Entscheidungen und Handlungen und das Verantwortungsbewusstsein für das Gemeinwohl [...].“

Die in die Schulgesetze aufgenommene individuelle Förderung umfaßt sowohl Individualisierungs- und Differenzierungsangebote *im* Unter-

richt für die Schüler/-innen durch Lehrende *als auch* zusätzliche Förderangebote durch die Schule außerhalb des Unterrichts. Individuelle Förderung bedeutet in diesem umfassenden Sinne die konsequente Anpassung an die Lern- und Förderbedürfnisse der jungen Menschen. Alle Schüler/-innen haben gemäß schulgesetzlichen Aussagen einen Anspruch auf individuelle Förderung, in manche Schulgesetze sind explizit die „individuelle Förderung“ und die „Begabtenförderung“ aufgenommen worden. Als Bedingungen des Gelingens einer solchen Förderung nannte Andreas Helmke (2009): die Notwendigkeit eines Einstellungswandels von Lehrkräften vom imaginierten Durchschnittsschüler hin zu einer vielfältigen, individuellen Förderung, materielle Ressourcen und Zeit, geeignetes Lernmaterial und angemessene Diagnoseinstrumente sowie die diagnostische Expertise der Lehrkräfte in Kombination mit deren fachlicher und fachdidaktischer Expertise.

LEHRERBELASTUNG REDUZIEREN

Gleichzeitig wies er auf eine mögliche Restriktion dieser Ziele durch die Bildungsstandards hin, die sich beim kritischen Blick auf die PISA-Ergebnisse für begabte Schüler/-innen beziehungsweise Spitzenleister/-innen zu bestätigen scheint: Begabte Schüler/-innen müssen aufgrund der Stagnation in ihrem hohen Leistungssegment bildungspolitisch und unterrichtspraktisch neu in den Blick genommen und besonders gefördert werden. Dazu können schülerzentrierte, offene Unterrichtsformen im Rahmen einer „Gesamtchochografie des Unterrichts“ (vgl. Gudjons 2004) dienen. Gleichwohl müssen in diesem Zusammenhang auch weitere Gelingensbedingungen berücksichtigt werden: Sowohl für individualisierte, offene Förder- und Enrichment-Angebote im Unterricht als auch für den Bereich zusätzlicher, an Schülerinteressen orientierter Arbeitsgruppen in der Schule ist aus Sicht der Lehrerbelastungsforschung eine Arbeitszeitreduktion für die Lehrkräfte und eine höhere Lehrerstundenzuweisung an die Schulen nötig.

Literatur

Bohl, Thorsten: Unterrichtsmethoden in der Realschule. Eine empirische Untersuchung zum Gebrauch ausgewählter Unterrichtsmethoden an staatlichen Realschulen in Baden-Württemberg. [...], Bad Heilbrunn 2000.

Gudjons, Herbert: „Was ist eigentlich ‚offen‘ am Offenen Unterricht?“, in: Pädagogik, Jg. 56, 2004, Nr. 12, S. 6–9.

Gruehn, Sabine: Unterricht und schulisches Lernen. Schüler als Quellen der Unterrichtsbeschreibung, Münster 2000.

Hackl, Armin: Individuelle Förderung von Begabungen. Vortrag auf der Tagung „Individuelle Förderung“ des Deutschen Philologenverbandes, 10.11.2008, Berlin 2008.

Harterter, Andreas: „Selbstbestimmungsempfinden in offenen Lernsituationen [...]“, in: Spreckelsen, Kay / Möller, Kornelia / Harterter, Andreas (Hrsg.): Ansätze und Methoden empirischer Forschung zum Sachunterricht, Bad Heilbrunn 2002, S. 174–184.

Helmke, Andreas: „Diagnosekompetenz von Lehrern“, in: Profil, Zeitschrift des Deutschen Philologenverbandes, 3/2009, Düsseldorf 2009, S. 32–37.

Jürgens, Eiko: „Wege zu selbständigem Lernen. Erfahrungen von Lehrerinnen und Lehrern mit Freiarbeit“, in: Die Deutsche Schule, Jg. 90, Nr. 3, 1998, S. 321–332.

Lin-Klitzing, Susanne: Lehrerfortbildung zum Offenen Unterricht. Ein empirischer Vergleich verschiedener Durchführungsformen, Hohengehren 2011.

Pauli, Christine / Reusser, Kurt / Waldis, Monika / Grob, Urs: „Erweiterte Lehr- und Lernformen im Mathematikunterricht der Deutschschweiz“, in: Unterrichtswissenschaft, Jg. 31, Nr. 4, 2003, S. 291–320.

Reiß, Elke / Reiß, Günter: „Einführung und Weiterentwicklung von Freier Arbeit in der Schule für Lernbehinderte (Förderschule) [...]“, in: Reiß, Günter / Eberle, Gerhard (Hrsg.): Offener Unterricht. Freie Arbeit mit lernschwachen Schülerinnen und Schülern, Weinheim 1992, S. 16 f.

Slavin, Robert E.: „Kooperatives Lernen und Leistung: Eine empirisch fundierte Theorie“, in: Huber, Günter L. (Hrsg.): Neue Perspektiven der Kooperation, Baltmannsweiler 1993, S. 151–170.

Slavin, Robert E.: „Research on cooperative learning and achievement: What we know, what we need to know“, in: Contemporary Educational Psychology, Nr. 21, 1996, S. 43–69.

Uhl, Siegfried: „Zur Wirksamkeit neuerer Lehr- und Lernverfahren“, in: Lehren und Lernen, Jg. 22, Nr. 12, 1996, S. 14–27.

Weinert, Franz E.: „Lehr- und Lernforschung an einer kalendarischen Zeitenwende [...]“, in: Unterrichtswissenschaft, Jg. 28, Nr. 1, 2000, S. 44–48.

Gutes entfachen!

Die neue KMK-Förderstrategie für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler

BRUNHILD KURTH

Geboren 1954 in Burgstädt, Sächsische
Staatsministerin für Kultus, seit
dem 1. Januar 2015 Präsidentin der
Kultusministerkonferenz (KMK).

Schüler, die ihr Abitur mit der Traumnote 1,0 ablegen, gibt es einige. Abiturienten, die die Hochschulreife absolvieren und gleichzeitig eine Bachelor-Arbeit an der Universität einreichen, sind dagegen selten. Benjamin W.

war so ein Schüler. Für den Gymnasiasten kam der reguläre Unterricht im Fach Physik einer Magerkost gleich, mit der er seinen Wissenshunger nicht stillen konnte. Die Lehrer erkannten Benjamins außergewöhnliche Begabung frühzeitig. So machte ihn die Begabtenförderungsbeauftragte an seiner Schule auf das Frühstudium einer nahe gelegenen Universität aufmerksam. Fortan tanzte Benjamin auf zwei Hochzeiten. An zwei Tagen in der Woche besuchte er Vorlesungen in Experimentalphysik. Die restlichen Tage drückte er die Schulbank an einem Gymnasium in der Nähe von Dresden. Benjamins Bildungswege – der schulische und universitäre – wurden in diesem Jahr mit Erfolg gekrönt.

Nicht auszudenken, was passiert wäre, wenn Benjamins besondere Fähigkeiten unerkannt und ihm zusätzliche Chancen für den Wissenserwerb verwehrt geblieben wären. Die Verkümmernung seines besonderen Talents wäre allein schon schlimm genug gewesen. Dauerhafte geistige Unterforderung führt bei besonders begabten Schülern häufig zu Langeweile, die früher oder später in Verhaltensauffälligkeiten und Störverhalten umschlagen kann. Schulverweigerung kann die Folge davon sein. Sicherlich wäre es vermessen, jede Form von Schulversagen für ein Anzeichen herausragender Intelligenz zu halten. Doch für leistungsstarke wie für leistungsschwache Schüler gilt gleichermaßen: Werden Stärken und Schwächen nicht erkannt, bleibt die Chancen- und Bildungsgerechtigkeit auf der Strecke!

TALENTSUCHE - INDIVIDUELL ZUGESCHNITTEN

Umso erstaunlicher ist es, dass die Kultusministerkonferenz (KMK) erst in diesem Jahr – noch dazu zum ersten Mal – eine Förderstrategie für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler beschlossen hat. Bislang wurde der Blick auf die leistungsschwächeren Schüler gerichtet und das nicht ohne Erfolg, wie die neueren Bildungsstudien zeigen. Es war jedoch höchste Zeit, auch zu fragen, wie gute Schüler besser unterstützt werden können. Es wäre unfair, wenn das Bildungssystem die Potenziale der Talente nicht voll entwickeln würde, wenn Schule ungleiche Schüler gleich behandeln würde.

PISA-Studien haben gezeigt, dass es nur einen vergleichsweise geringen Anteil von Schülerinnen und Schülern auf den beiden oberen Kompetenzstufen gibt – sowohl im Bereich der Naturwissenschaften/Mathematik als auch in Deutsch und Englisch. Die Anzahl der Schüler, die es in die obersten Leistungsstufen schaffen, hat sich zudem nicht wesentlich verändert. Das unterstreicht die Notwendigkeit des Blicks auf begabte Schüler. Es ist nicht nur ein Gebot der Chancengerechtigkeit, sondern auch der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Notwendigkeit für den Standort Deutschland.

Doch wie sollte die Talentpflege aussehen? Die Antwort lautet: So individuell Schüler sind und so mannigfaltig die örtlichen Rahmenbedingungen für die Schulen ausfallen, so vielfältig muss der Förderkatalog für leistungsstarke Schüler aufgebaut sein. Individualisierung von Lernprozessen bedeutet, für alle Schülerinnen und Schüler Lernbedingungen zu schaffen, die ihnen eine optimale Entfaltung ihrer Potenziale ermöglichen und ihnen die bestmögliche Bildung vermitteln, die ihrer individuellen Leistungsfähigkeit entspricht. Deshalb empfiehlt die KMK den Ländern mit ihrer Förderstrategie für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler ein umfangreiches Maßnahmenpaket.

Die Zielgruppe der Förderstrategie umfasst Schülerinnen und Schüler, die bereits sehr gute Leistungen erbringen, ebenso wie Kinder, deren Potenziale es zu erkennen und durch gezielte Anregung und Förderung zu entfalten gilt. Entsprechend der Mehrdimensionalität des Leistungsbegriffes geht es neben der vorrangigen Förderung der allgemeinen intellektuellen Begabung auch darum, die musischen, sportlichen oder emotionalen Fähigkeiten besser zu entwickeln. Die begabungsgerechte Förderung muss die gesamte Lernbiografie eines Kindes umfassen. Die KMK-Förderstrategie bezieht sich auf den Primarbereich und die Sekundarbereiche und lenkt den Blick auch auf die schulischen Übergänge. Was beinhaltet die Förderstrategie konkret?

ELEMENTE DER FÖRDERSTRATEGIE

Diagnostik

Wer leistungsfähige und leistungsstarke Schülerinnen und Schüler fördern möchte, muss in der Lage sein, ihre Potenziale zu erkennen. Dazu bedarf es in allen Phasen der Lehrerbildung erhöhter Anstrengungen, um Kenntnisse und Kompetenzen von Lehrkräften im Bereich der schulischen und außerschulischen Förderung von leistungsstarken und potenziell leistungsfähigen Schülerinnen und Schülern auszubauen. Wie bei Benjamin W. erweisen sich besonders geschulte Beratungslehrkräfte als hilfreich. Der lernbegleitende Diagnoseprozess kann bei Bedarf durch eine schulexterne Diagnostik ergänzt werden. So hat zum Beispiel der Freistaat Sachsen eine Beratungsstelle zur Begabtenförderung eingerichtet. Diese betreut neben Schulen vor allem Eltern, die bei einer vermuteten Hochbegabung ihrer Kinder Beratung und Unterstützung wünschen. Um Diagnoseverfahren für die schulische Entwicklung der Schüler wirksam werden zu lassen, ist die Dokumentation aller Ergebnisse in einem durchgängigen Entwicklungs- und Förderplan erforderlich. Dieses Instrument gewinnt insbesondere an den Schnittstellen der Schullaufbahn zunehmend an Bedeutung.

Enrichment

In Schulen bestehen zahlreiche Möglichkeiten, das Lernangebot für leistungsstarke Schüler zu erweitern (*Enrichment*). Dazu zählen Angebote wie Projektarbeit, spezielle Aufgabenformate oder Lernstoffweiterung. Ebenso bewähren sich Freiräume für selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Lernen. Gerade das selbstständige und eigenverantwortliche Lernen erweist sich bei begabten Kindern und Jugendlichen als Erfolg versprechend. Herausragende Leistungen entstehen durch schöpferische Arbeit, für die es Raum, Zeit und Toleranz gegenüber Fehlern geben muss. Temporär gebildete Lerngruppen in klassen- oder jahrgangsübergreifender Form helfen begabten Schülern, ihre

Lernpotenziale zu entfalten. Durch die Teilnahme an Schülerwettbewerben, Schüleraustauschprogrammen oder gar am Frühstudium, wie bei Benjamin W., können Kinder und Jugendliche ihre Kenntnisse vertiefen, zusätzliche Kompetenzen erwerben und wissenschaftliche Methoden anwenden.

Akzeleration

Schnelleres Bearbeiten des Lehrplans oder ein schnelleres Durchlaufen der Schullaufbahn, sprich die Akzeleration, gilt als eine der am besten wissenschaftlich erforschten Fördermaßnahmen für besonders begabte und motivierte Schüler. Auch hier sind verschiedene Fördermaßnahmen, wie das Überspringen einer Klassenstufe, flexible Schuleingangsstufen oder altersgemischte Klassen, denkbar. Als erfolgreich erweist sich auch die zeitweilige Teilnahme am Unterricht höherer Klassenstufen, das sogenannte Drehtür-Modell.

Gruppierung (äußere Differenzierung)

Eine besondere Form der äußeren Differenzierung ist die Bildung von Spezialklassen oder der Besuch von Spezialschulen. Ziel solcher Klassen oder Schulen ist es, die kognitive und emotionale Entwicklung besonders begabter Schüler ganzheitlich zu fördern, sodass sich ihre Kreativität entfaltet, ihr besonderes Leistungsprofil herausbildet und sie zu sozialer Verantwortung erzogen werden.

Integrierte Fördermaßnahmen (innere Differenzierung)

Die meisten leistungsstarken Kinder und Jugendlichen besuchen reguläre Schulen und ihrem Alter entsprechende Klassen. Das Prinzip der inneren Differenzierung setzt darauf, diesen Schülern besondere Lernangebote und ein besonderes Lernumfeld zu schaffen. All das kann neben besonderen Aufgabenformen auch offene Unterrichtsformen wie Freiarbeit, Wochenplanarbeit oder Werkstatt- und Stationenlernen umfassen.

Stärkung von Bildungspartnerschaften

Die für eine optimale Förderung notwendige Professionalität kann eine Schule oftmals nicht allein realisieren. So spielt die Familie für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern eine zentrale Rolle. Kinder benötigen vor allem im Elternhaus schon frühzeitig Anregungen und Gelegenheiten, sich Fähigkeiten anzueignen und diese zu zeigen. Darüber hinaus ist Begabtenförderung besonders erfolgreich, wenn verschiedene Personen und Einrichtungen mit unterschiedlichen Kompetenzen an der Förderung mitwirken. Dabei kommt dem Aufbau von Schulnetzwerken und regionalen Bildungsnetzwerken besondere Bedeutung zu. In Sachsen haben wir zum Beispiel ein Netzwerk mit 32 Grundschulen und ein Netzwerk mit 21 Gymnasien. Sie entwickeln Möglichkeiten der integrativen Begabtenförderung und erproben sie.

Qualitative Weiterentwicklung der Lehrerbildung

Begabte Schülerinnen und Schüler zu fördern, setzt seitens der Unterrichtenden entsprechende Kompetenzen voraus. Die Lehrerbildung muss sich an den spezifischen Bedürfnissen der unterschiedlichen Schülergruppen orientieren. Bereits im Studium müssen angehende Lehrkräfte auf den Umgang mit einer zunehmend heterogenen Schülerschaft vorbereitet werden.

Ungeachtet der vielfältigen Strategien, leistungsstarke Schülerinnen und Schüler zu fordern und zu fördern, steht und fällt der Erfolg mit den Lehrerinnen und Lehrern. Ohne ihre planerische, pädagogische und methodische Professionalität sowie ihre Bereitschaft, sich über den normalen Schulalltag hinaus ihren Schülern/Schülerinnen zu widmen, werden die empfohlenen Instrumente keinen Erfolg haben. Pädagogen, die für ihre Schüler brennen, können auch viel Gutes entfachen. Bei Benjamin W. ist viel entfacht worden. Gesellschaft und Wirtschaft können dankbar dafür sein, dass es solche Lehrerinnen und Lehrer gibt.

Wie ein Außenseiter zum Nobelpreis kam

Stefan W. Hell über den Forschungsstandort Deutschland und seinen verzweigten Weg zum Nobelpreis

STEFAN W. HELL

Geboren 1962 in Arad (Rumänien), von 1984 bis 1987 Stipendiat der Studienstipendierung und von 1989 bis 1990 der Promotionsförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Direktor am Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie in Göttingen, 2014 Nobelpreisträger für Chemie.

Herr Professor Hell, Sie sind als Schüler im rumänischen Banat in eine deutschsprachige Schule gegangen,

die zeitweise auch Herta Müller besucht hat. Zwei Nobelpreisträger aus einem ähnlichen Umfeld – gab es dort Impulse dafür, dass sich außergewöhnliche Begabungen entwickeln konnten?

Stefan W. Hell: Das Umfeld und die Zeitumstände, insbesondere die Situation der deutschen Minderheit, haben eine Rolle gespielt. Zumindest glaube ich das. Einerseits hat diese Minderheit ums Überleben



© picture alliance / dpa, Foto: Jochen Lübke

gekämpft, andererseits war das kommunistische System so repressiv, sodass absehbar war, dass Rumänien für junge Erwachsene keine faire Chance mehr bot; erst recht nicht für Angehörige von Minderheiten. Es gab zumindest unter der deutschen und der jüdischen Minderheit einen unausgesprochenen Konsens: Wer immer die Gelegenheit hat, das Land zu verlassen, sollte das auch tun.

Ein anderer Faktor war: Man gehörte zu einer Minderheit, und die meisten Eltern sowie Lehrer wollten ihre Kinder gut ausbilden. Man wusste auch, dass wir, wenn es geht, in den Westen gehen würden, und dass das Einzige, was zählt, im Kopf ist. Sie müssen wissen: 1945 hatte es eine ethnisch motivierte Enteignung gegeben, bei der die Deutschen ihr Eigen-

tum verloren. Anschließend kam es zu ethnisch selektierten Deportationen in die Sowjetunion. Die Generation meiner Großeltern war davon betroffen.

Der rumänische Staat hat aber Minderheiten – vor allem gab es eine ungarische und eine deutsche – muttersprachlichen Unterricht zugestanden. Da ging ich in Sanktanna, einer Ortschaft mit rund 10.000 Einwohnern, in die Grundschule – von der ersten bis zur achten Klasse, mit Lehrern, die man kannte, und mit einem wirklich guten Unterricht. In der neunten Klasse wechselte ich nach Temeswar auf das Nikolaus-Lenau-Lyzeum, das ein paar Jahre vor mir Herta Müller besucht hatte. Eine ganz hervorragende Schule, das Top-Gymnasium für den Einzugsbereich für etwa 150.000 Banater Schwaben. Ambiti-

onierte Eltern haben versucht, ihre Kinder da reinzubekommen, und entsprechend gut war der Unterricht. Ich war zwar nur neun Monate dort, aber ich wurde sehr motiviert: Ich habe an der „Physik-Olympiade“ teilgenommen, die sehr gut für mich gelaufen ist. Und es war der Appetit auf Physik, der mich damals „überkommen“ hat.

Die deutschsprachigen Schulen, nicht allein das Nikolaus-Lenau-Lyzeum, waren sehr gut – nicht zuletzt auch in Deutsch. Als ich am Ende der neunten Klasse nach Deutschland kam, ging meine Mutter – sie war selbst Lehrerin – mit mir zu einem Gymnasium in Ludwigshafen, um vorzufühlen, ob ich dort einen Platz bekommen könnte oder nicht. Der Direktor der Schule hat mich einer Klasse zugewiesen, in der der Klassenlehrer Deutsch unterrichtete. Er fragte zweifelnd, ob ich Deutsch spreche. Als er bemerkte, dass ich es tat, blieb er skeptisch: „Ja, aber wir schreiben Aufsätze, und da kommt er sicher nicht mit.“ Bereits an meinem ersten Schultag wurde eine Deutscharbeit geschrieben und der Lehrer meinte: „Du musst nicht mitschreiben, wenn Du nicht willst.“ Aber ich habe mitgeschrieben, und es wurde der beste Aufsatz – dabei waren das schon ein gutes Ludwigshafener Gymnasium und ein anspruchsvoller Deutschlehrer.

Dass man in Bildung investiert, wenn man zu einer Minderheit gehört, finde ich bemerkenswert.

Stefan W. Hell: Sie müssen bedenken, die meisten Minderheitendeutschen waren ursprünglich nicht reich, aber sie hatten ein gutes Auskommen, hatten nie gehungert. Dann kamen die Deportationen

1945 und die Enteignung. Die Lebenseinstellung, die diese Menschen hatten, war, dass man dennoch etwas machen will, dass man sich nicht abfindet. Das war bei den deutschen Minderheiten stärker ausgeprägt als in der Durchschnittsbevölkerung. Und das fand seinen Niederschlag auch in der Ausbildung der Kinder. Es lag im Interesse der Eltern, dass ihre Kinder in der Schule erfolgreich waren. Man hat sich zum Teil miteinander verglichen in der kleinen Ortschaft, man wollte nicht absteigen, sondern erfolgreich sein.

Später, Ende der 1980er-Jahre, schon in Deutschland, entwarfen Sie eine Theorie, die ein Wissenschaftspostulat umwarf: nämlich dass die Auflösung von Lichtmikroskopen nicht so begrenzt ist, wie bisher gedacht. Wie kam diese Idee über Sie, zementierte Lehrmeinungen infrage zu stellen?

Stefan W. Hell: Man hat gedacht, es sei aus elementaren Gründen nicht möglich, die Grenze im Lichtmikroskop zu erweitern. Da gebe es keinen physikalischen Effekt, der das zuließe. Ich hatte die Ahnung, die Grenze knacken zu können, wobei es aber nicht so war, dass ich das an einem Tag X entdeckt hätte. Sondern es war eine Intuition, dass da etwas drin sein könnte, dass vielleicht etwas vergessen oder übersehen worden sein könnte.

Diese Intuition kam aufgrund meiner relativ guten Ausbildung in Physik – beim Studium in Heidelberg, wo es möglich war, sich in das Fach zu versenken. Man hatte die Muße, das Gedankengebäude der Physik in sich aufzusaugen und sich sein eigenes Gedankengebäude zu errichten. Das heißt: Ich bekam ein gutes Gespür dafür, was in der Natur läuft.

Aufgrund dieses Wissens hatte ich die Intuition, ohne einen konkreten Hinweis zu haben. Ich gebe Ihnen mal einen Vergleich: In Australien gab es Ende des 19. Jahrhunderts einen Goldrausch. Darüber habe ich mal gelesen, dass diese Goldvorkommen von einer Person entdeckt worden seien, die vorher in Kalifornien Gold geschürft hatte. In Australien sagte sie sich: „Diese Landschaft erinnert mich sehr an Kalifornien, die Hügel und so weiter, da könnte eigentlich auch Gold sein.“ Da fing der Mann an zu graben und hat tatsächlich Gold gefunden. Das heißt, er wusste es nicht, aber sein Vorwissen hat ihm gesagt, da musst du suchen.

So ähnlich war es auch bei mir. Die anderen haben gar nicht daran gedacht, dieses Problem anzugehen. Das war für sie abgeschlossen. Für mich war es ein intuitiver, fast künstlerischer Akt zu denken: Da könnte etwas drin sein. Ich war nicht krankhaft überzeugt davon und habe auch das Scheitern als eine mögliche Option angesehen. Aber die Gründe, die dafür sprachen, haben mich dazu bewogen, es zu versuchen. Und natürlich war ich noch relativ jung: Mitte 20. Da ist man naturgemäß optimistisch.

Auf sehr viel Gegenliebe sind Sie mit Ihrer Theorie zunächst nicht gestoßen. Sie seien damals ein „Außenseiter“ gewesen, haben Sie gesagt. Warum war das so?

Stefan W. Hell: Lichtmikroskopie galt nicht mehr als Forschungsgebiet. Sie war kein kanonisches Feld mehr, wie zum Beispiel die Elementarteilchenphysik oder die Supraleitung in der Festkörperphysik.

Da war die Skepsis verständlich: Ich habe in kein Raster gepasst und wollte ein

altes Feld wieder aufmachen. Außerdem war mein Projekt schon ziemlich ungehörig, denn es hatte immer wieder Leute gegeben, die kamen und sagten: „So und so könnte es gehen!“ Aber dann hat man festgestellt, es ging so nicht. Immer war ein Haken dabei. Das heißt: Auf dem Papier gab es Versuche, doch sie sind in der Praxis alle gescheitert. Und deswegen hat man bei mir relativ leichtfertig gesagt: „Warum soll jetzt plötzlich ein Nobody dieses Problem lösen?“ Ich kam von keiner berühmten amerikanischen oder englischen Universität, ich hatte keinen Mentor. Dass da jemand kam und sagte: Diese Grenze knacke ich, blase sie weg, und später wird man zehnmals besser auflösen können – das klang schon ziemlich verwegen.

Hat das Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung in dieser Situation geholfen?

Stefan W. Hell: Von 1984 bis 1987 war ich bereits als Student in der Studienförderung. Im August oder September 1987 habe ich mit meiner Doktorarbeit angefangen, hatte eine halbe Stelle als Doktorand. Da habe ich überlegt, ob ich mich für ein Promotionsstipendium bewerben soll – denn die Situation der Finanzierung war ziemlich schwierig: Ich habe meine Doktorarbeit in den Räumlichkeiten einer Ausgründung meines Doktorvaters gemacht. Da war ich zwar bei der Uni angestellt, bekam aber das Geld indirekt von dieser Firma. Ein Stipendium brachte mehr Sicherheit, und mit einem Diplom mit 1,0 sollte das wohl möglich sein. Auch mein Doktorvater sagte: „Stipendium! Hört sich immer gut an.“

Das Stipendium habe ich dann auch bekommen. Aber jetzt kommt der Knackpunkt: Ich war dann nicht mehr bei der Uni oder der Firma angestellt, hatte also weit mehr innere Freiheit als andere Doktoranden. Meine eigentliche Doktorarbeit hatte ja nicht die Auflösung in der Mikroskopie zum Thema, sondern ich musste schauen, ob Mikroskope geeignet sind, um Computerchips zu checken. Das fand ich langweilig und fing an, darüber hinaus nachzudenken: Kann man denn nicht etwas Cooleres im Themengebiet der Mikroskopie machen, als Computerchips zu checken? So kam ich auf die Auflösung.

Natürlich können Stipendien auch Nachteile haben – ich hatte beispielsweise keine Sozialversicherung. Aber für meinen späteren Lebensweg war es wegen der größeren Freiheiten positiv. Ich konnte stärker meinen Gedanken nachhängen, etwas Fundamentaleres in den Blick nehmen. Wenn ich seinerzeit stärker eingebunden gewesen wäre, technisch oder juristisch, wenn ich direkte Vorgesetzte gehabt hätte, die mich bezahlen, wäre es wahrscheinlich schwieriger gewesen.

Heute bin ich Direktor am Max-Planck-Institut und stehe oft vor der Situation, Stipendien an Doktoranden zu vergeben. Dann frage ich die Leute: Wollt ihr ein Stipendium oder wollt ihr eine halbe Stelle? Das Stipendium hat den Vorteil, dass es kein arbeitsrechtliches Verhältnis ist. Das heißt: Er oder sie kann kommen und gehen, wann er oder sie es will, und kann auch viel freier eigenen Dingen nachgehen. Das ist ein wichtiger Aspekt.

Nicht in Deutschland, sondern in Finnland konnten Sie Ihre Theorie weiter ausfeilen und schafften dort den

Beweis, dass Sie richtiglagen. Sollte uns das mit Blick auf die deutsche Wissenschaftsförderung zu denken geben?

Stefan W. Hell: Jein – das kann man so nicht sagen. Zwar hatte ich in Deutschland keine Möglichkeit, meiner Grundidee nach der Promotion weiter nachzugehen. Über Laborbekanntschaften bin ich dann nach Finnland gegangen, habe mein Bauchgefühl mitgenommen und tatsächlich dort die fundamentale Idee gehabt, die mir letztendlich den Nobelpreis eingebracht hat. Doch beweisen konnte ich sie noch nicht, weil mir auch dort die Mittel fehlten.

Es wäre Unfug zu sagen: In Finnland ist alles generell besser als in Deutschland. Aber damals herrschte in Finnland eine sehr positive Grundstimmung gegenüber der Forschung. Nokia kam langsam auf, und in Finnland hat man einfach ein Handy in die Hand gedrückt bekommen, das war damals in Deutschland noch selten. Als ich zum ersten Mal auf Besuch zurückkam und mit einem Handy telefonierte, haben die Leute mich komisch angeguckt.

Trotz aller Schwierigkeiten haben Sie, wie es scheint, inzwischen Ihren Frieden mit dem Wissenschaftsstandort Deutschland gemacht. Sogar einen Ruf nach Harvard haben Sie abgelehnt. Hat man Sie damals unter Ihren Wissenschaftlerkollegen für verrückt erklärt?

Stefan W. Hell: Ich habe auch Positives erlebt. Die Wissenschafts-Community sagt zum Beispiel gerne: „Lasst nicht die Politiker, sondern die Wissenschaft ent-

scheiden, was wir machen!“ Das ist im Großen und Ganzen richtig. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft DFG, die aus guten Gründen unter Selbstverwaltung durch Wissenschaftler steht, hat dadurch aber auch Schwächen. Und eine Schwäche ist die Gefahr, dass eher der Mainstream unterstützt wird. Forschungsprojekte werden von der Community genehmigt, und die Community unterstützt eher das, was sie gut findet, und eher weniger einen Außenseiter. Zwar gibt es Leute, die darauf achten, dass das nicht passiert. Aber tendenziell ist es so.

Das war einer der Gründe, weshalb ich zunächst nicht Fuß fassen konnte. Als ich dann nach Deutschland zurückkam, ging ich nach Göttingen, weil es dort ein paar Leute gab, die gemerkt haben, dass das, was ich mache, interessant ist. Damals, 1998, habe ich über den Verband Deutscher Ingenieure (VDI) Mittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) beantragt, weil ich nicht genügend Grundausstattung hatte. Die Gutachter haben das Projekt aber abgelehnt, weil sie meinten, es werde nicht funktionieren. Im BMBF hat der Verantwortliche aber den Antrag durchgelesen und gesagt: „Das ist die einzig wirklich interessante Idee. Wenn der Hell Gründe angibt, weshalb die Ablehner Unrecht haben, kriegt er das Geld dennoch!“

So ist das vor sich gegangen. Deshalb kann man das System nicht verurteilen. Wichtig ist, dass es immer Leute gibt, die nachdenken und sagen: Da ist etwas Originelles und dem müssen wir eine Chance geben.

Harvard ist sicher eine tolle Institution, ich habe großen Respekt vor ihr, auch vor den Leuten dort, aber – es wird oft nicht wahrgenommen: Wir in

Deutschland haben in den Max-Planck-Instituten auch eine Qualität, wie es sie in Harvard gibt. Nach Harvard zu gehen, ist insofern nicht immer zwingend notwendig.

Als Ihnen 2014 der Nobelpreis verliehen wurde, hat sich ganz Deutschland mit Ihnen gefreut. Dennoch bleiben die Deutschen wissenschafts- und technikskeptisch. Fehlt Deutschland die Innovationsbereitschaft und die Lust am Neuen?

Stefan W. Hell: Auch das kann man nicht pauschal sagen. Die Grundstimmung gegenüber Forschung und Technik erscheint mir relativ positiv. Dennoch wünschte ich mir, die Leute würden mehr wahrnehmen, wie wichtig Forschung und Technik für ihr tägliches Leben sind. Das wird oft unterschätzt. Wenn man zum Arzt geht und eine Krankheit hat, hofft man, dass er etwas dagegen machen kann. Aber das ist höchst abhängig vom wissenschaftlichen Fortschritt.

Der Exzellenzgedanke, die Förderung von Spitzenforschung, wird politisch immer wieder infrage gestellt. Das Gegenmodell lautet „Exzellenz in der Breite“. An was denken Sie, wenn es 2016 darum geht, die Exzellenzinitiative fortzuführen?

Stefan W. Hell: Meine Message ist: Man soll auch in der Breite fördern, aber nicht verkennen, wie wichtig die Exzellenz dabei ist. Wenn man die Spitze fördert, hat das enorme Auswirkungen auf die Breite. Die Spitze zieht die Breite mit hoch. Man kennt es aus anderen Zusammenhängen: Es braucht immer ein paar Topleute, die hoch motiviert und talentiert sind, um et-

was voranzubringen und die die anderen mitziehen.

Als ich im Arbeitsausschuss Bildung und Forschung befragt wurde, habe ich auf die Frage eines SPD-Abgeordneten hin gesagt: „Verkennt nicht, was die Spitze macht! Es ist nicht so, dass das alles isoliert arbeitende Leute sind, die sich am Ende alleine feiern lassen. Nein, im Erfolg

ziehen sie die anderen mit. Fußball ist ein sehr gutes Beispiel: Zwei, drei Spieler vom FC Bayern – Robben, Müller, Neuer – sind Stars in der Mannschaft, und es siegt doch das ganze Team.“

Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 16. Juli 2015.

Neue Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema Bildung und Begabung:

50 Jahre – 50 Köpfe, 50 Jahre Begabtenförderung. Herausgegeben von der Hauptabteilung Begabtenförderung und Kultur der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin 2015.

Zierer, Klaus: Gerechte Ungleichheit? Wie Bildungsgerechtigkeit gelingen kann. Analysen & Argumente, Nr. 178, Sankt Augustin 2015, online abrufbar unter www.kas.de/wf/de/33.41924.

Echt stark. Stipendiaten-Porträtmagazin der Journalistischen Nachwuchsförderung, Sankt Augustin 2015, online abrufbar unter www.kas.de/wf/de/33.41800.

Dohmen, Dieter / Krempkow, René: Hochschulautonomie im Ländervergleich. Bestandsaufnahme und künftige Entwicklung, Kurz- und Langfassung, siehe unter www.kas.de/hochschulautonomie.

Das vollständige Publikationsangebot der Konrad-Adenauer-Stiftung ist im Internet unter www.kas.de/publikationen abrufbar.

Bildungsketten knüpfen

Johanna Wanka über Fortschritte und Defizite in der deutschen Bildungs- und Wissenschaftslandschaft

JOHANNA WANKA

Geboren 1951 in Rosenfeld (Landkreis Torgau), von 2000 bis 2009 Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Brandenburg, von 2010 bis 2013 niedersächsische Ministerin für Wissenschaft und Kultur, seit 2013 Bundesministerin für Bildung und Forschung.

Warum müssen die Stärksten und Klügsten gefördert werden – schließlich gehören sie ja per se zu den Begünstigten? Müsste man nicht alles daran setzen, die Benachteiligten und Schwachen zu fördern?

Johanna Wanka: Da geht es nicht um ein Entweder-oder, sondern um Bildungsgerechtigkeit. Jeder in Deutschland soll die bestmöglichen Bildungschancen erhalten, unabhängig von seiner Herkunft oder seinen finanziellen Möglichkeiten. Und für den Weg dahin brauchen wir ein breites Instrumentarium.

Ein paar Beispiele: Wir brauchen BAföG, um jenen eine Ausbildung zu ermöglichen, denen sonst das Geld dazu

fehlt. Mit dem Programm „Kultur macht stark“ helfen wir dabei, Kinder aus eher bildungsfernen Familien mit Kunst, Musik, Theater oder Tanz in Berührung zu bringen. Mit unseren „Bildungsketten“ unterstützen wir Jugendliche beim Übergang von der Schule in den Beruf. Und mit Stipendien oder Wettbewerben wie „Jugend forscht“ fördern wir besondere junge Talente – auch das ist eine Investition in die Zukunft unseres Landes.

PISA-Studien deuten an, dass die Zahl der leistungsstarken Schüler in Deutschland stagniert. Gleichzeitig können unsere Besten nicht mit den Stärksten der Welt mithalten. Was ist nötig, damit unsere Besten zu dieser Spitzengruppe aufschließen können?

Johanna Wanka: Nach dem PISA-Schock 2000 hält sich leider hartnäckig der Eindruck, Deutschlands Schüler seien viel schlechter als ihre Altersgenossen in anderen Ländern. Dabei ist Deutschland hier weit besser als sein Ruf! An der PISA-Studie 2012 ist das abzulesen: Wir liegen in



Quelle: BMBF/Rickel

den Naturwissenschaften, in Mathematik und im Lesen jetzt über dem OECD-Durchschnitt und sind in den Naturwissenschaften in der Spitzengruppe angekommen. In Mathematik sind nur noch vier OECD-Staaten vor uns: Korea, Japan, die Schweiz und die Niederlande. Das ist nicht Mittelmaß, sondern ein richtig gutes Ergebnis. Auch beim Lesen liegen wir jetzt deutlich über dem OECD-Durchschnitt.

Deutschland gehört zu den wenigen Staaten, die sich seit den ersten PISA-Erhebungen kontinuierlich verbessert haben. Der Anteil der leistungsschwachen Schülerinnen und Schüler in Deutschland ist gesunken und liegt unter dem OECD-Durchschnitt. Wir sind also auf dem richtigen Weg, die vielfältigen Anstrengungen von Bund und Ländern lohnen sich. Bildung hat Priorität: Inzwischen wird jeder fünfte öffentliche Euro in Deutschland für Bildung ausgegeben.

Was die Besten betrifft: Die Kultusministerkonferenz hat endlich eine Förderstrategie für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler beschlossen, die ihnen eine bessere Entfaltungsmöglichkeiten geben soll. Der Bund bietet seine Hilfe an, denn wir müssen die schwächeren und die sehr guten Schüler gleichermaßen fördern, um für jedes Kind maximale Bildungschancen zu schaffen.

Deutsche Spitzenuniversitäten haben sich im internationalen Vergleich deutlich verbessert, immerhin sechs deutsche Unis gehören laut dem *Times Higher Education Ranking* zu den Top 100. Aber von den Spitzenplätzen sind sie weiterhin weit entfernt. Was fehlt noch?

Johanna Wanka: Der Bund hat die Hochschullandschaft in den letzten Jahren stark beeinflusst und verändert, indem er die Initiative für so große Projekte wie den

Hochschulpakt oder die Exzellenzinitiative ergriffen hat. Seit 2005 hat der Bund seine Ausgaben für die Hochschulen um 118 Prozent erhöht. Nur zum Vergleich: Die Länder haben seither 26 Prozent draufgelegt.

Gerade die Exzellenzinitiative hat eine große Dynamik in unserem Wissenschaftssystem ausgelöst, hat Wettbewerb entfacht, neue Forschungspotenziale erschlossen, internationale Spitzenforscher an deutsche Hochschulen geholt und dazu beigetragen, die Ausbildung von hervorragenden jungen Wissenschaftlern voranzutreiben. Diese Dynamik wollen wir erhalten und weiterentwickeln: Bund und Länder haben sich jetzt darauf verständigt, die bisher gemeinsam für die Exzellenzinitiative bereitgestellten Mittel mindestens im gleichen Umfang nach 2017 zur Verfügung zu stellen.

Die deutsche Hochschullandschaft verfügt aber nicht nur über einige wirkliche Leuchttürme, sondern ist auch in der Breite sehr stark. Deshalb sehe ich internationale Rankings als interessante Indikatoren, aber keinesfalls als Maßstab für die Qualität unserer Hochschulen.

In kaum einem anderen Land dauert es so lange, bis man zum Professor ernannt wird. Wie will man so die Besten in der Wissenschaft halten?

Johanna Wanka: In den letzten Jahren sind sehr viele Stellen im Wissenschaftsbetrieb entstanden, aber es läuft etwas falsch, wenn mehr als die Hälfte der Wissenschaftler bei ihrem ersten Vertrag kürzer als ein Jahr angestellt werden. Dafür gibt es keinen sachlichen Grund. Es kann auch nicht sein, dass Menschen, die häufig gerade dann in der Phase ihrer

Familienplanung sind, in einem dauernden Zustand der Unsicherheit leben müssen. Das werden wir jetzt in einer Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes ändern und die Dauer des Vertrages an der Dauer der Qualifizierung oder der Drittmittelbewilligung orientieren.

Zweitens möchte ich langfristig einen Strukturwandel erreichen, damit junge Wissenschaftler früher als vielleicht erst mit Anfang vierzig Klarheit darüber haben, wohin ihre Karriere in der Wissenschaft führen kann. Ich habe den Ländern eine Offensive Wissenschaftlicher Nachwuchs angeboten, über die wir jetzt verhandeln. Dabei geht es um ein Tenure-Track-Programm, also um eine frühzeitige Perspektive auf eine feste Professur bei entsprechender Bewährung.

Drei Viertel der Frauen im akademischen Mittelbau und zwei Drittel der Professorinnen haben keine Kinder. Gehört es zur Wissenschaft dazu, dass man sich ihr ganz verschreibt? Verlieren herausragende Frauen, weil sie auch Kinder haben wollen? Sehen Sie darin ein Problem?

Johanna Wanka: Ja. Im Wissenschaftsbetrieb gibt es noch immer eine weit geöffnete Schere zwischen Männern und Frauen auf der Karriereleiter. Von Stufe zu Stufe nimmt der Frauenanteil ab, beim Studienabschluss ist es noch etwa ausgeglichen, bei den Promotionen steigt der Männeranteil bereits an, an den Habilitationen haben Frauen nur noch einen Viertelanteil, bei den Professuren machen sie ein Fünftel aus. Auch wenn sich in den vergangenen Jahren die Lage schon etwas verbessert hat, müssen wir weiter die Gleichstellung im Wissenschaftsbetrieb fördern.

Einfache Rezepte gibt es nicht, aber wir wollen einen Kulturwandel erreichen. Wir verfolgen dieses Ziel seit einigen Jahren schon erfolgreich mit dem Professorinnenprogramm, das nicht nur die Besetzung von Professuren durch Frauen honoriert, sondern die Hochschulen bei der Umsetzung ihrer Gleichstellungskonzepte unterstützt – darin sind viele Maßnahmen für mehr Familienfreundlichkeit enthalten, die ja auch den Männern an den Hochschulen nutzen. Und in der angesprochenen Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes haben wir jetzt auch berücksichtigt, dass sich die Dauer einer Elternzeit nicht negativ auf die Laufzeit eines Promotionsvertrags auswirkt, sondern angehängt werden kann.

Die Zahl der internationalen Studierenden in Deutschland steigt stetig. Aber bekommen wir auch die besten Studierenden an unsere Universitäten? Oder kommt man vor allem nach Deutschland, weil das Studieren hier nichts kostet?

Johanna Wanka: Die große Mobilität an Deutschlands Hochschulen zeigt, wie international unser Wissenschaftssystem geworden ist. Es gehört heute vielfach wie selbstverständlich dazu, einen Forschungsaufenthalt im Ausland oder ein Auslandssemester zu machen. Ebenso ist es für Studierende an deutschen Hochschulen ganz normal, mit ausländischen Kommilitonen und Lehrenden zusammenzuarbeiten – und das ist sehr gut so.

Mehr als 300.000 ausländische Studierende sind inzwischen an deutschen Hochschulen immatrikuliert, so viele wie nie zuvor. Deutschland ist laut OECD im internationalen Vergleich nach den

USA und Großbritannien das wichtigste Gastland für Studierende – und damit das wichtigste nicht-englischsprachige Gastland überhaupt. Man muss also feststellen: Die deutschen Hochschulen genießen weltweit einen exzellenten Ruf.

Was ist nötig, auch seitens der Universitäten, damit die internationalen Studierenden nach erfolgreichem Studienabschluss in Deutschland bleiben?

Johanna Wanka: Gute Beschäftigungschancen nach dem Studium sind für Ausländer ein wichtiges Motiv bei der Wahl eines deutschen Studienortes. Viele ausländische Studierende können sich einen Verbleib in Deutschland auch nach dem Studium gut vorstellen.

Wieviele von ihnen tatsächlich bleiben, ist schwer zu erfassen. Jedoch legen verschiedene Studien nahe, dass am Ende gut die Hälfte der ausländischen Absolventen zunächst in Deutschland bleibt. Die Aussicht auf Beschäftigung könnte besser nicht sein, gut ausgebildete Fachkräfte sind in Deutschland begehrt. Deshalb ist vor allem die Wirtschaft bei dieser Aufgabe gefragt. Gute Beratungsangebote und eine gelebte Willkommenskultur nicht nur an den Hochschulen sind aber natürlich unerlässlich, um gute Leute bei uns zu halten.

Die Abbrecherquoten sind erschreckend hoch – fast dreißig Prozent bei den Bachelor-Studierenden. Bei ausländischen Studierenden ist die Zahl sogar noch höher. Versagen die Universitäten bei der Betreuung oder sind viele Studierende für ein Studium ungeeignet?

Johanna Wanka: Die Studienabbrecherquote ist auch bei den Bildungsausländern im Masterstudium deutlich geringer als bei Bachelorstudiengängen und bewegt sich mit neun Prozent auf dem gleichen Niveau wie bei deutschen Masterstudierenden. Im Bachelorstudium liegt die Zahl der Abbrüche noch über dem Schnitt bei deutschen Bachelorstudenten. Diese Zahlen zeigen, dass die Investitionen in den Hochschulpakt und den Qualitätspakt Lehre richtig sind, damit die Hochschulen mehr junge Leute zu einem erfolgreichen Studienabschluss führen. Die Hochschulen selbst sind aber weiterhin in der Pflicht, gegenzusteuern. Wir unterstützen sie dabei: Der Hochschulpakt von Bund und Ländern finanziert künftig auch Maßnahmen, die die Abbrecherquoten an den Hochschulen senken sollen. Zehn Prozent der Mittel in der neuen Phase des Pakts, die 2016 beginnt, stehen dafür bereit.

Wir haben jetzt sehr viel über die Verwertung von Wissen gesprochen. Sollte man auch wieder mehr die „Gesamtheit der Wissenschaften“, die „universitas litterarum“ Humboldts, in den Blick nehmen? Kann die Universität diesen Anspruch überhaupt heute noch einlösen?

Johanna Wanka: Die Hochschulen sind das Herz unseres Wissenschaftssystems. Ein guter Ruf, ein wissenschaftliches Profil gehören ebenso zum Wesenskern einer Hochschule wie ein ausgewogenes Lehrangebot und ein umfassendes Bildungsideal. Diesen Anspruch muss eine Hochschule verwirklichen.

Mit der neuen Grundgesetzänderung, die wir durchsetzen konnten, stellen wir

die Förderung von Wissenschaft auf eine langfristige und institutionelle Basis. Dazu gehört auch, zu überlegen, welche kleinen Fächer für Deutschland insgesamt einen hohen Stellenwert haben und daher einer gemeinsamen Unterstützung bedürfen. Durch die Grundgesetzänderung gibt es neue Gestaltungsspielräume, was sicher auch für die Gesamtheit der Wissenschaften in Deutschland förderlich ist.

Berauben wir uns nicht möglicher Optionen für die Zukunft, wenn wir vom Humboldt'schen Bildungsideal abrücken und das schnell verwertbare Wissen favorisieren? Denn wer weiß schon, welches Wissen künftig wichtig werden kann? Die Islamwissenschaften sind ein Beispiel: Früher waren sie ein Orchideenfach, heute haben sie eine zentrale gesellschaftliche Bedeutung.

Johanna Wanka: Ich kann nicht erkennen, dass schnell verwertbares Wissen dominiert. Es wäre auch fatal, einen Widerspruch zwischen Anwendungsorientierung und Grundlagenforschung oder allgemeiner Bildung zu konstruieren. Beides brauchen wir, und Deutschland wird gerade auch für seine breit und gut aufgestellte Grundlagenforschung international geachtet. Das wäre sicher sehr im Sinne Wilhelm von Humboldts. Gleichzeitig müssen wir uns aber anstrengen, dass aus guten Ideen auch erfolgreiche Innovationen erwachsen.

Die Fragen stellten Felise Maennig-Fortmann, Koordinatorin für bildungspolitische Grundsatzfragen und Hochschulpolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung, und Bernd Löhmann am 10. Juli 2015.

„Fachmenschen mit Herz“

—

Zum produktiven Spannungsverhältnis von Politik und Begabung

SUSANNA SCHMIDT

Geboren 1963 in Bamberg, seit 2014
Leiterin der Hauptabteilung
Begabtenförderung und Kultur der
Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Greif nach den Sternen, aber mit beiden Füßen
auf der Erde“, so hat Stefan W. Hell, Träger
des Nobelpreisträgers für Chemie im Jahr
2014, sein Lebensmotto bezeichnet.¹ Stefan
W. Hell wurde in Rumänien geboren und kam

als Heranwachsender nach Deutschland, er studierte und promovierte in
Physik, unter anderem mithilfe eines Stipendiums der Konrad-Adenauer-
Stiftung. Wer seinen wissenschaftlichen Weg kennt, der weiß, dass Stefan
W. Hell an den Grundlagen für die Entwicklung der supraauflösenden Fluo-
reszenzmikroskopie schon lange arbeitete und sich vom Mainstream der Wis-
senschaft in Deutschland nicht aufhalten ließ.

Sein Lebensmotto könnte über jeder Biografie stehen, die sich dem
Ziel immer neuer Erkenntnis durch die Wissenschaft verschrieben hat. Eine
vergleichbare Haltung erwartet die Konrad-Adenauer-Stiftung von ihren
Stipendiatinnen und Stipendiaten in Studium und Promotion, wenn sie für

die Auswahl der Bewerber die fachliche Leistungsfähigkeit als ein entscheidendes Kriterium anlegt. Doch auch ein vitales politisches Interesse und gesellschaftliches Engagement sind für eine politische Stiftung ebenso wichtige Auswahlkriterien, die helfen, das Bild der gesamten Persönlichkeit einzuschätzen. Da fragen nicht wenige: Wie geht das zusammen – wissenschaftliches Erkenntnisinteresse und politische Ziele? In Wissenschaftskreisen wird die Frage gestellt: Verbirgt sich hinter der Begabtenförderung einer politischen Stiftung nicht doch eine Kaderschmiede? Aus politischen Kreisen ist umgekehrt zu hören: Kümmert sich die Stiftung ausreichend um die politische Seite ihrer Stipendiaten?

Die Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung versteht sich jedoch weder als Kaderschmiede noch als reine Studien- und Wissenschaftsförderung, sie setzt vielmehr auf die produktive Spannung von individueller Förderung, die keinem politischen Zweck untergeordnet werden darf, und politischem Verantwortungsrahmen, der auch das Zurückstellen der individuellen Interessen in dem Sinne verlangen kann, wie es Konrad Adenauer formuliert hat: „Wir wollen Erziehung, aber nicht zu der Bereitwilligkeit, sich kontrollieren und führen zu lassen, sondern zu dem Willen und der Fähigkeit, sich als freier Mensch verantwortungsbewusst in das Ganze einzuordnen.“²

Doch wie steht es um die innere Verbindung zwischen dem Geist der Wissenschaft und den Anforderungen der Politik? Handelt es sich um zwei getrennte Welten? Oder kann die Verbindung beider Sphären für junge Menschen fruchtbar werden?

FORSCHERDRANG UND GESTALTUNGSWILLE

Fast hundert Jahre ist es her, dass Max Weber kurz nach dem Ende des Ersten Weltkrieges zwei bemerkenswerte Vorträge hielt: „Wissenschaft als Beruf“ und „Politik als Beruf“. Den inneren Beruf zur Wissenschaft zeichnet nach Max Weber aus, dass der Wissenschaftler von Leidenschaft beseelt und zugleich von der richtigen „Eingebung“ abhängig ist. „Etwas wirklich ganz Vollkommenes“³ kann er heute nur in einem engen Spezialgebiet leisten. Der Erfolg der Wissenschaft führt, so Weber, jedoch zu ihrem Sinnproblem, denn „jede wissenschaftliche ‚Erfüllung‘ bedeutet neue ‚Fragen‘ und *will* ‚überboten‘ werden und veralten. [...] Wir können nicht arbeiten, ohne zu hoffen, dass andere weiter kommen werden als wir. Prinzipiell geht dieser Fortschritt in das Unendliche.“⁴ Noch so viele praktisch anwendbare Erkenntnisse, noch so viel Methodenwissen entbinden nicht von der Einsicht, dass Wissenschaft selbst keine letzten Antworten geben – und im Übrigen auch keine konkrete Politik definieren – kann. Vielmehr kann sie lediglich

„den Einzelnen nötigen, oder wenigstens ihm helfen, sich selbst *Rechenschaft zu geben über den letzten Sinn seines eigenen Tuns*“. Fragt man also nach der für den Beruf der Wissenschaft richtigen Haltung, so antwortet Max Weber: „schlichte intellektuelle Rechtschaffenheit“.

Auf die Frage, was den Politiker ausmacht, hat Max Weber eine Antwort gegeben, die berühmt wurde: „Die Politik bedeutet ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich.“⁴⁵ Dabei ist mit Leidenschaft hier die „Hingabe an eine ‚Sache‘“ gemeint. „Denn mit der bloßen, als noch so echt empfundenen Leidenschaft ist es freilich nicht getan. Sie macht nicht zum Politiker, wenn sie nicht, als Dienst an einer ‚Sache‘, auch die *Verantwortlichkeit* gegenüber eben dieser Sache zum entscheidenden Leitstern des Handelns macht. Und dazu bedarf es [...] des *Augenmaßes*, der Fähigkeit, die Realitäten mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen: also der *Distanz* zu den Dingen und Menschen.“ Der Politiker muss seinen Grundsätzen treu bleiben und dennoch die möglichen Folgen seines Handelns vor jeder Entscheidung bedenken, er muss sich an der Gesinnungs- wie an der Verantwortungsethik orientieren.

Die Charakterisierungen des Politikers und des Wissenschaftlers durch Max Weber machen Unterschiede und Gemeinsamkeiten deutlich: Während der Wissenschaftler die schöpferische Überwindung seiner eigenen Erkenntnisse im Geist der unaufhörlich weiter fragenden Wissenschaft bejahen muss, bezieht sich der Politiker auf konkrete Ziele, die er mit Ausdauer und Macht erreichen will. Beide verbindet aber eine Haltung der Leidenschaft und der Sachlichkeit. Der Politiker darf nicht der Grundversuchung, eigenes Machtstreben mit der Sache zu verwechseln, erliegen. Der Wissenschaftler darf nicht die Darstellung der Sache seiner Gesinnung unterordnen. Beide müssen von ihrer Aufgabe ganz und gar getrieben sein und sich in den Dienst der Sache stellen.

ZWEI SPHÄREN, EINE VERANTWORTUNG

Was also passiert, wenn junge Menschen gefördert werden, die nach wissenschaftlicher Erkenntnis streben und Gesellschaft gestalten wollen?

Ihnen wird *erstens* verdeutlicht, dass Wissenschaft und Politik zwei Sphären sind und ihre jeweils eigene Logik besitzen. Auch wenn es heute Gott sei Dank keine Wissenschaft mehr gibt, die sich wie im Marxismus-Leninismus mit einem politischen Programm verbindet, muss dies festgehalten werden. *Zweitens* aber bedürfen beide Sphären einander: Politik braucht Wissenschaft, da die komplexen gesellschaftlichen und ethischen Entscheidungen ohne wissenschaftliche Expertise nicht zu fällen wären. Wissenschaft braucht

aber auch Politik für die richtigen Rahmenbedingungen in der Bildungs-, Forschungs- und Wirtschaftspolitik, ohne die wissenschaftliche Erkenntnisse wirkungslos blieben. Sie kämen weder zur Anwendung, noch könnte man sie an den Nachwuchs weitergeben. *Drittens* muss Politik Ergebnisse der Wissenschaft immer wieder auf ihre Übertragbarkeit auf die Gesellschaft und auf ihre Konsequenzen hin prüfen. Und *viertens* muss die Wissenschaft, müssen insbesondere die Sozialwissenschaften, die Politik unterstützen, sich auch strukturell weiterzuentwickeln. Wissenschaft und Politik als getrennte Sphären stehen also in einem produktiven Spannungsverhältnis, das nicht nur Systeme, sondern auch den Einzelnen weiterbringen kann. Konkret führen die handelnden Menschen die Logik beider Sphären zusammen, denn auch jeder Wissenschaftler, jeder Fachexperte ist Staatsbürger und verantwortlich für sein Tun. Deshalb ist zwar die Politik nicht sein Beruf, aber er muss für seinen Bereich Verantwortung übernehmen; das bedeutet zugleich, die Rahmenbedingungen mit in den Blick zu nehmen und damit politische Gestaltung zu seinem eigenen Anliegen zu machen.

GRUNDSÄTZE UND IHRE FOLGEN

In der heutigen Generation der Studierenden ist es nötiger denn je, das politische Bewusstsein zu festigen. Nach den Ergebnissen des 12. Studierenden-surveys⁶ ist das allgemeine politische Interesse bei den Studierenden von 46 Prozent 2001 auf 32 Prozent 2013 zurückgegangen. Waren 1993 noch zwei Drittel der Studierenden als entschiedene oder gefestigte Demokraten zu bezeichnen, so gilt dies heute nur noch für die Hälfte. Entsprechend ist die Gruppe der labilen oder distanzierten Demokraten von 31 auf 46 Prozent gestiegen. Während Gewaltverzicht und Demonstrationsrecht als demokratische Prinzipien immerhin noch über achtzig Prozent Zustimmung finden, stimmen nur noch fünfzig Prozent dem Prinzip der pluralistischen Interessenvertretung zu, und weniger als fünfzig Prozent billigen der Opposition eine kritische Kontrollfunktion zu. Entsprechend mager fällt die politische Mitwirkung an den Hochschulen aus: Immerhin vierzehn Prozent engagieren sich für die Fachschaftsarbeit, an politischen Studierendenvereinigungen nehmen nur knapp fünf Prozent teil. Diese Entwicklung ist besorgniserregend, und vielfältige Fragen ließen sich hier anschließen, nicht zuletzt die nach der politischen Bildung in der Schule.

Zweifellos können diese Zahlen – insbesondere nach einem Blick in die Geschichte – niemanden kalt lassen: Es war 1933 die Professorenschaft selbst, die die Gleichschaltung der Universitäten noch vor den spezifischen Anweisungen der Nationalsozialisten vollzogen hat. Die junge Bundesrepu-

blik zog daraus die Konsequenz, die Elitenförderung durch die Begabtenförderwerke auf dem Boden des Grundgesetzes an die gesellschaftlichen Großgruppen – Kirchen, Parteien, Tarifpartner – anzuschließen. Ziel war und ist es, junge Menschen, die besondere Leistungen in ihren Studienfächern hervorbringen, auch in ihrer weltanschaulichen, politischen oder religiösen Überzeugung in einem demokratischen Rahmen zu stärken und sie zur Übernahme von Verantwortung zu befähigen, damit an der Spitze der Wissenschaft, aber auch von Unternehmen, Parteien oder kulturellen Einrichtungen Menschen stehen, die Verantwortung für das Ganze wahrnehmen. Von daher erschließt sich auch das Kriterium des gesellschaftlichen, politischen, sozialen oder religiösen Engagements, das für die Konrad-Adenauer-Stiftung eine unabdingbare Voraussetzung für die Aufnahme von Bewerberinnen und Bewerbern darstellt. Denn die Haltung, auf andere zu achten, Ausgleich herzustellen, Zusammenhalt zu festigen, wird nur dem gelingen, der diese Haltung auch jenseits eigener Interessen eingeübt hat. Es ist unwahrscheinlich, dass jemand erst im Alter wahrnimmt, welche Menschen in der eigenen Umgebung hilfsbedürftig sind und welche Anliegen aktive Unterstützung benötigen. Die Frage, ob sich ein junger Mensch tatkräftig für andere einsetzt, ist so gesehen kein Anhängsel, sondern ein Kennzeichen der Persönlichkeit.

„Grundsätze sind dazu da, dass sie Folgen haben.“ So lautet ein Satz von Erwin Teufel, dem ehemaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg. In der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung wollen wir Grundsätze vermitteln, die Prinzipien von Personalität, Solidarität und Subsidiarität etwa, ein geschichtliches Bewusstsein für unsere Demokratie, Europa und die internationalen Zusammenhänge ebenso wie für die Soziale Marktwirtschaft und das christliche Menschenbild. Aber diese Grundsätze müssen an den aktuellen Herausforderungen, sei es angesichts der Flüchtlinge und Migranten, sei es angesichts des globalen Wettbewerbs, der Digitalisierung oder des demografischen Wandels neu buchstabiert, auf ihre Gültigkeit und auf notwendige Kompromisse hin abgeklopft werden, damit Positionen sowohl mit Leidenschaft als auch mit Sachlichkeit vertreten und umgesetzt werden können. Deshalb ist es wichtig, dass die Stipendiaten ihre personalen Kompetenzen so weiter entwickeln können, dass sie ihre Positionen wirksam vertreten können. Deshalb ist es aber auch wichtig, dass demokratische Grundregeln schon während der Förderung eingeübt werden, indem die Stipendiaten ihre Sprecher und diese den Stipendiatenbeirat wählen, der die Anliegen aller gegenüber der Stiftung vertritt. Und es ist schließlich wichtig, dass die jungen Menschen ihre Themen mit Politikern diskutieren und damit ihre Positionen einbringen.

INTERESSE UND ERKENNTNIS

In diesem Jahr feiert die Konrad-Adenauer-Stiftung fünfzig Jahre Begabtenförderung. Der Blick zurück lässt vielfältige Biografien, große Leistungen und außergewöhnliches Engagement sichtbar werden. Der Blick zurück provoziert aber zugleich den Blick in die Zukunft: Was werden die Jahrgänge der nächsten fünfzig Jahre entdecken, reformieren, an Grundlagen legen? Gerade diese Frage ist es, die antreibt, nach dem zu suchen, was heute gebraucht wird, um für morgen gerüstet zu sein: Welche Fragen stehen auf der Agenda, die nachhaltig gelöst werden müssen? Welche Wertvorstellungen und geistigen Grundlagen müssen befestigt und weiterentwickelt werden? Welche Haltung, welche Fertigkeiten werden benötigt, um künftig bestehen zu können zum Wohl des Landes, der Menschen, des Gemeinwohls, des Friedens?

Damit diese Fragen richtig gestellt, vor allem aber zukunftstauglich beantwortet werden, muss sich Begabtenförderung als „Biografieförderung“ (Annette Schavan) aufstellen. Deshalb begleiten wir unsere Stipendiaten auf ihrem persönlichen Weg, in ihren beruflichen Ambitionen, ihren politischen Anliegen und ihrem gesellschaftlichen Engagement. Deshalb ist es aber auch notwendig, dass wir – Stipendiaten und Stiftung – das Seminarprogramm gemeinsam verantworten und Rechenschaft darüber geben, welche Fragestellungen Relevanz haben. Und es ist drittens wichtig, dass wir auf der Basis eines gemeinsamen Selbstverständnisses Verbindlichkeit leben.

Der Weg in die Zukunft ist offen, sicher ist aber: Wir werden weiterhin größten Wert auf die Verbindung von Leistung und Verantwortung, von vitalem politischen Interesse und wissenschaftlicher Erkenntnis legen, auf die Persönlichkeit, die sich zu entwickeln beginnt. Max Weber hat davor gewarnt, dass die entzauberte arbeitsteilige Gesellschaft „Fachmenschen ohne Geist“ und „Genussmenschen ohne Herz“⁷ hervorbringt. Unsere Demokratie braucht aber „Fachmenschen mit Herz“.

¹ Vgl. das demnächst erscheinende Buch: 50 Jahre – 50 Köpfe. Hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn 2015.

² In Köln auf einer Veranstaltung der CDU der britischen Besatzungszone am 24.03.1946, Druck: Schriftenreihe der CDU des Rheinlandes, H. 8, Köln o. J., S. 6.

³ Max Weber: „Wissenschaft als Beruf“, in: Max Weber: Schriften 1894–1922. Ausgewählt von Dirk Kaesler, Stuttgart 2002, S. 481.

⁴ Ebenda, S. 487, die folgenden Zitate S. 505 und 511.

⁵ Max Weber: „Politik als Beruf“, in: ebenda, S. 555, das folgende Zitat S. 537.

⁶ Vgl. Michael Ramm, Frank Multrus, Tino Bargel, Monika Schmidt: Studiensituation und studentische Orientierungen. 12. Studierendensurvey an Universitäten und Fachhochschulen. Hrsg. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung 2014.

⁷ Max Weber: „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“, in: Max Weber: Religion und Gesellschaft. Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Frankfurt am Main 2010, S. 179.

Tempora mutantur, nos et mutamur in illis

Über Zeitenwechsel in der Begabtenförderung

BEATE NEUSS

Geboren 1953 in Essen, Professorin für Internationale Politik an der Technischen Universität Chemnitz, Altstipendiatin, Vertrauensdozentin und stellvertretende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Stets hatten wir herausragende und engagierte Stipendiatinnen und Stipendiaten in unseren Reihen – Stefan W. Hell, Nobelpreisträger für Chemie, zählen wir stolz dazu. Heute sind die jungen Menschen in der Förderung nicht weniger beeindruckend, aber die Zeiten ändern sich und wir uns mit ihnen: Das heißt,

die Arbeit der Stiftung passt sich – ohne ihre Wertebasis preiszugeben – den veränderten Bedürfnissen der Geförderten an.

Fähig zu besten akademischen Leistungen, zu Konversation und Korrespondenz in mehreren Fremdsprachen auf hohem Niveau, bereits welt-erfahren mit Reisen und Aufenthalten auf entfernten Kontinenten, bereit zu

ehrenamtlichem Engagement, unterwegs in sozialen Netzwerken und vertraut mit den Instrumenten des digitalen Zeitalters – so treten sie uns heute entgegen.

Ein halbes Jahrhundert Begabtenförderung – das bedeutet auch ein halbes Jahrhundert tief greifenden Wandels: Deutsche Einheit, Globalisierung, digitale Revolution, die jeden Lebensbereich erfasst, all das schlägt sich in veränderten Studienbedingungen, einem gewandelten Arbeitsmarkt, anderen gesellschaftlichen Bedingungen mit veränderten Wertauffassungen nieder. Dieser Wandel wird von jungen, begabten Menschen in Gang gesetzt, erfasst und gelebt.

Mit diesen Zeitenwenden veränderte die Begabtenförderung ihr Gesicht, wie mein Blick zurück als Altstipendiatin und heutige Vertrauensdozentin zeigen mag.

KAUM KINDER VON GASTARBEITERN IN DER BEGABTENFÖRDERUNG

Bunt waren die Stipendiatengruppen in den 1970er- und 1980er-Jahren, was die Fächerwahl anbelangt, wenn auch die staats- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen dominierten. Nicht-deutschstämmige Studierende gab es in sehr überschaubarer Zahl. Sie waren zum Studium nach Deutschland gekommen. Selbst in meiner großen Münchener Gruppe waren es lediglich zwei türkische Studenten, die betriebswissenschaftliche Kenntnisse in Deutschland erwerben wollten. Die Kinder der Gastarbeiter hatten erst in seltenen Fällen den Weg an die deutschen Universitäten gefunden und in noch selteneren Fällen eine Bewerbung bei einer Begabtenförderung eingereicht – der Begriff Begabtenförderung allein erheischte ja auch bei Deutschen beachtlichen Respekt. Wie die Statistiken ausweisen, war die Studentenschaft in Deutschland damals sozial und ethnisch weit homogener, und die Stipendiatengruppen waren ein Spiegel davon: Die Begriffe „Menschen mit Migrationshintergrund“ und „Patchwork-Familien“ waren noch nicht erfunden. Zumindest bei den Geförderten in Bayern war es selbstverständlich, kirchlich gebunden zu sein oder wenigstens auf Sozialisation in einer der christlichen Kirchen zurückblicken zu können. Unausgesprochen gab es bei Gesprächen und Diskussionen ein Gemeinsames: Über Werte tauschten wir uns auf der Basis christlichen Verständnisses aus. Mit einer päpstlichen Enzyklika konnten eigentlich alle etwas anfangen, über das Zölibat ließ sich trefflich streiten, nicht nur zwischen Protestanten und Katholiken, sondern auch unter Letzteren; mit dem Tod, so glaubten alle, sei ziemlich sicher nicht alles

zu Ende, und selbstverständlich würde man kirchlich heiraten und seine Kinder taufen lassen.

Seit den 1970er-Jahren hat die Zahl der Abiturienten aus Familien mit nicht-akademischem und nicht-deutschstämmigem Hintergrund zugenommen. Zu unseren hervorragenden Absolventen gehören inzwischen selbstverständlich Menschen, deren Eltern nicht in Deutschland geboren wurden. Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren noch sehr viel deutlicher in der Stipendiatenschaft widerspiegeln.

GROSSES POTENZIAL DER VERUNSICHERUNG

Mein Wechsel nach Sachsen machte mir bewusst, dass sich spätestens mit der deutschen Einheit das Profil der Geförderten geändert hatte. Zwar liegt der Anteil an Christen in meiner Stipendiatengruppe deutlich über dem Schnitt der Chemnitzer Studentenschaft. Ein Vierteljahrhundert nach der Einheit ist das Wissen über die christliche Religion inzwischen wohl bei den Chemnitzer Studenten größer und das „Fremdeln“ geringer als noch in den Jahren unmittelbar nach der Friedlichen Revolution. Die Atheisten, die nach 1989 in die Studienförderungen aufgenommen wurden, wunderten sich nachhaltig, dass sie es in eine der Christlich Demokratischen Union nahestehende Stiftung „geschafft“ hatten; sie fragten sich, ob sie sich dort wohlfühlen könnten. In Informationsgesprächen vor einer Bewerbung war dies häufig die dominierende Frage. Deutschland ist „bekenntnisfreier“ geworden – und so auch die Stipendiatenschaft – das bedeutet nicht, dass ihr ein Wertegerüst fehlt.

Noch etwas war in Sachsen anders als in Bayern: Die Studierenden waren deutlich jünger – das Abitur in den neuen Bundesländern nach acht Jahren machte sich bemerkbar. Heute ist das frühe Abitur ein gesamtdeutsches Phänomen, das durch die ausgesetzte Wehrpflicht noch stärker in Erscheinung tritt: Die Stipendiatinnen und Stipendiaten sind erheblich jünger, oft gerade erst achtzehn Jahre alt; sie suchen noch mehr als früher ihren Platz im Leben, sind innerlich zum Teil weniger gefestigt. Wie auch nicht? Gerade in dieser Lebensperiode machen wenige Jahre einen großen Unterschied aus; hinzu kommt, dass sie alle nach ihren Lebens- und Berufszielen in einer unübersichtlichen Universitäts- und Arbeitswelt suchen, die einem rasanten Wandel unterworfen ist; feste Rollenbilder gibt es schon lange nicht mehr, und es gilt, unter einer unübersichtlichen Vielzahl an Studiengängen die richtige Entscheidung zu treffen. Welch ein Potenzial zur Verunsicherung!

Zudem hat die „Bologna-Reform“ das Leben der Studierenden verändert, mit Folgen für die Hochschulgruppen und für das ehrenamtliche

Engagement: Die Zeiten sind vorbei, in denen Vertrauensdozenten Stipendiaten vom ersten Semester bis zur Promotion begleiten und in ihrer Entwicklung beobachten durften, in der sich gut eingewurzelte und neue Gruppenmitglieder gegenseitig inspirieren und auch längerfristige Projekte wie gemeinsame Reisen planen konnten. Wenn die Entscheidung für ein Auslands- oder Praktikumssemester gefallen ist oder für ein Masterstudium an einer anderen Universität, sind einige Geförderte vielleicht nicht einmal zwei Semester dabei. Das wirkt sich aus auf die Chancen, Freundschaften zu schließen, Netzwerke und engere Beziehungen mit dem Vertrauensdozenten aufzubauen.

ÖRTLICHE KONTINUITÄT UND POLITISCHE ELITE

Das Studentenleben unter dem Bologna-Regime hat weitere Folgen: Das Studium läuft unter geringerer zeitlicher Flexibilität ab, mit eng getakteten Leistungsnachweisen und Prüfungen. Gerade begabte Studierende sind bestrebt, Praktika im In- und Ausland in den Semesterferien und oft auch im Semester abzuleisten. Dies und Studienortswechsel erschweren das politische, gesellschaftliche und soziale Engagement, denn dieses setzt eine gewisse örtliche Kontinuität voraus. Wahlämter zu übernehmen bedeutet meist, schon Basisarbeit geleistet zu haben. Andererseits kommt es auch vor, dass auf dem Weg zu einem Mandat ein Auslandsaufenthalt nicht „in den Kram passt“ – ein Dilemma, denn die politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen, die heute die Globalisierung an Deutschland stellt, setzen politische und wirtschaftliche Eliten voraus, die über Auslandserfahrungen verfügen und andere Kulturen, andere gesellschaftliche Systeme, andere Traditionen tatsächlich erlebt haben.

Engagement bedeutet heute zudem seltener parteipolitisches Engagement. Die polarisierenden „grundsätzlichen“ Themen – „Freiheit statt Sozialismus“ – gibt es nicht mehr. Umweltschutz – nicht wenige sind hier in verschiedenen Kontexten aktiv – ist längst ein Unionsthema. Soziales Engagement für Kinder, Jugendliche und Alte ist verbreitet, wohl auch die Vorstellung, nicht dauerhaft bei einer Sache oder einer Partei mitzumachen – wer weiß, wo man morgen ist.

Studentinnen und Studenten mit Kindern? Früher doch nicht! Heute schon! Damals hieß es: erst einmal das Studium beenden, denn wohin mit dem Kind? Dann muss der Berufseinstieg geschafft werden, denn wer nimmt schon eine junge Mutter? Fest im Sattel, kann man nachher über Kinder nachdenken, so mit Anfang, Mitte dreißig, falls nicht noch der passende Vater gesucht werden muss. Heute wissen die Studentinnen und Doktorandinnen

und ihre Partner, dass es für Frauen den „richtigen Zeitpunkt“ für eine Familiengründung eigentlich nicht gibt – und nicht wenige beschließen, mit dem Kind oder den Kindern „aus dem Größten heraus zu sein“, wenn das heute noch stärker fordernde Berufsleben beginnt. Manche bleiben in ihren Berufszielen aber karriereorientiert – Beispiele aus der Politik oder der Arbeitswelt vor Augen.

Andere, und zwar explizit auch junge Männer, wollen ein Berufsleben, dessen E-Mails und Internetarbeit bis in die Wochenenden und Ferien dringen, nicht auf Kosten des Familienlebens führen. In all den Jahrzehnten seit meinem Studium habe ich nie so deutlich wie in den vergangenen Jahren erfahren, dass eine berufliche Karriere nicht mehr als das höchste Ziel empfunden wird, sondern partnerschafts- und familienkompatibel sein muss. Das heißt nicht, dass diejenigen, für die Karriere nicht an erster Stelle steht, mit den anderen nicht den Wunsch nach Optimierung ihrer „Performance“, ihres Auftretens teilen: Seminare, die Bildungsdefizite ausgleichen und Auftreten, Rhetorik und Präsentation verbessern, erfreuen sich auch bei ihnen großer Beliebtheit.

Die Begabtenförderung hat sich nicht weniger gewandelt als diejenigen, die sie betreut. Die Aufnahmeverfahren wurden angepasst: Heute bietet die Konrad-Adenauer-Stiftung Unterstützung für ein Teil- oder gar Vollstudium im Ausland, gründet Hochschulgruppen an dortigen Universitäten, bietet mehr Seminarprogramme, die auf Berufswege in einer internationalisierten Welt vorbereiten, sowie Praktikumsplätze im In- und Ausland und Unterstützung für sogenannte Erstakademiker – also Studierende, deren Eltern keine Akademiker sind. Nicht zuletzt sind die Vertrauensdozenten gefordert: Hochschullehrer, die selbst Studenten in den hochpolitisierten 1968er-Jahren waren, müssen sich in eine andere akademische Welt und in andere Formen des Engagements hineindenken. Neben dem Rat zum Fortkommen im Studium sind Gespräche und Begleitung in Lebenskrisen viel gefragt – all das gehört zur notwendigen Ausrüstung der akademischen Elite, wenn Deutschlands Zukunft gelingen soll.

Talent und ...

Fragen an einen Altstipendiaten und ...

STEFFEN KAMPETER

Geboren 1963 in Minden, Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, Parlamentarischer Staatssekretär a. D., Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Herr Kampeter, Sie waren Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung. Was heißt das für Sie?

Steffen Kampeter: Für mich bedeutet die Begabtenförderung vor allen Dingen, dem Ideal des Studium generale ein Stück näher zu kommen – sich vom reinen Spezialistentum zum „gebildeten“ Spezialistentum fortzuentwickeln. Denn den Stipendiaten wird die enorme Möglichkeit gegeben, Einblicke in andere Fachbereiche zu erhalten, andere Sichtweisen kennenzulernen und langjährige Freundschaften zu schließen.

Für mich kommt hinzu, dass ich die damals seltene Gelegenheit bekam, während des Studiums die Vereinigten Staaten und Israel zu besuchen. Als Abgeordneter habe ich von diesen Erfahrungen

sehr gezehrt. Meine außenpolitischen Grundüberzeugungen sind durch diese Reisen geprägt worden.

Reicht es, intelligent zu sein?

Steffen Kampeter: Voraussetzung sind überdurchschnittliche Leistungen. Aber der Leistungsbegriff – gerade in einer politischen Stiftung – geht über eine gute Benotung hinaus. Es geht um das soziale Engagement, in der Jugendarbeit, in der Kirchengemeinde oder in der Kommunalpolitik. Der Leistungsbegriff umfasst also auch: Fürsorge, Caritas und Empathie für die Schwächeren in unserer Gesellschaft zu zeigen.

Intelligenz und Talent sind Gott sei Dank unterschiedlich ausgeprägt. Das ist ein Vorzug, der dazu führt, dass Unterschiedlichkeit und Vielfalt eine Stärke der Stipendiatenschaft ist. Auch diejenigen, die Fächer studieren, die nicht so sehr im Fokus der gesellschaftspolitischen Debatte stehen, sind wertvoll für das Bild der Stiftung – nach innen wie nach außen.

... Engagement

... eine Stipendiatin in der Politik

RONJA SCHMITT

Geboren 1989 in Esslingen, Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung, Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Frau Schmitt, Sie sind Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung. Was bedeutet das für Sie?

Ronja Schmitt: Ich war bereits im dritten Semester, als ich mich beworben habe – hatte kein 1,0-Abitur. Freunde erzählten mir, dass es bei der Bewerbung auch auf andere Dinge ankäme. Ich bin ehrlich gesagt sehr, sehr stolz gewesen, als ich dann als Stipendiatin aufgenommen wurde.

Dass soziales Engagement ein großes Thema für die Begabtenförderung ist, hat aus meiner Sicht auch gesamtgesellschaftliche Relevanz. Es gibt in Deutschland eine Vielzahl von ehrenamtlich Engagierten, auf deren Einsatz und Arbeit eigentlich alle zivilgesellschaftlichen Projekte und Initiativen gründen. Deshalb ist es so wichtig, ein solches Engagement zu würdigen – vor allem auch dadurch, dass man engagierten jungen Menschen Stipendien gibt.

Ein Vorwurf lautet, dass die Begabtenförderungswerke diejenigen unterstützen, die im Leben ohnehin begünstigt sind.

Ronja Schmitt: Das würde ich nicht so sehen. Die schulische und akademische Leistung ist von jedem individuell zu erbringen. Auch das gesellschaftliche Engagement, das von jedem verlangt wird, ist keine Gabe, die einem in die Wiege gelegt wird. Ohnehin ist es so, dass die finanzielle Förderung nur die- oder derjenige erhält, deren beziehungsweise dessen Eltern das Studium nicht aus eigener Tasche finanzieren können.

Richtig ist aber, dass man vermehrt darauf achtet, Stipendiatinnen und Stipendiaten zu gewinnen, die nicht aus privilegierten Elternhäusern stammen. Zum Beispiel gibt es das Studienpatenschaftsprogramm „Senkrechtstarter“, bei dem aktuelle Stipendiaten und Altstipendiaten beispielsweise jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zur Seite stehen, damit sie im Studium und beim Berufseinstieg erfolgreich sind.

Haben unsere Stipendiaten größere Aussicht auf einen Platz im Bundestag?

Steffen Kampeter: Das Talent, ein Bundestagsmandat auszufüllen, mag nicht jedem – gewiss dann anders talentierten Stipendiaten – gegeben sein. Doch diejenigen, die sich schwerpunktmäßig politisch engagieren, erhalten durch die Begabtenförderung eine weitere Möglichkeit, ihr ehrenamtliches Engagement in ein berufliches zu übertragen.

Wer aber ins Parlament kommt, entscheiden die Wählerinnen und Wähler. Und das ist natürlich auch richtig so. Denn wir wollen kein Begabten-Parlament, sondern wir wollen ein Parlament, dessen Talente und soziale Struktur die Bevölkerung widerspiegeln.

Wie haben Sie sich als Stipendiat engagiert?

Steffen Kampeter: Ich gehöre zu denjenigen, die sich fast zeit ihres Lebens gesellschaftspolitisch engagiert haben; im Grunde habe ich mein Hobby zum Beruf gemacht und bin überaus dankbar dafür. Mit seinen Talenten der Gesellschaft etwas zurückzugeben – das ist der unausgesprochene „Contrat social“ der Begabtenförderung. Ich hoffe, dass ich diesem Anspruch in meiner 25-jährigen Bundestagstätigkeit gerecht geworden bin.

Sie sind nach dem Studium schnell in die Politik gegangen, haben eine Führungsposition erlangt. Welches sind für Sie die Grundlagen guter Führung?

Steffen Kampeter: In der Politik muss man lernen, dass Demokratie Konflikt und Konsens bedeutet. Jeder Streitige Diskurs ist die Grundlage für einen anständigen Kompromiss. Gute Führungskräfte in demokratischen Organisationen versuchen, Menschen mitzunehmen und Mehrheiten kooperativ und empathisch zu organisieren – nicht von oben herab. Ich glaube, dieses moderne Führungsverständnis zeichnet Leadership im 21. Jahrhundert aus.

Funktioniert das Netzwerk der Stipendiaten und Altstipendiaten?

Steffen Kampeter: Die Vernetzung der Stipendiaten wird vorangetrieben, das politische und soziale Kapital der Alumni wird intensiver genutzt. Ich gehe davon aus, dass diese Aktivitäten in den nächsten Jahren deutlich zunehmen werden.

2016 wechseln Sie in die Wirtschaft. Die Öffentlichkeit sieht einen solchen Schritt oft skeptisch. Wie erklären Sie, dass es kein Problem darstellt, Lobbyist zu sein?

Steffen Kampeter: Ich bin bis zum Juli 2016 Lobbyist meines Wahlkreises und breche dann zu neuen Ufern auf, um Lobbyist für eine lebendige sozialpartnerschaftliche und Soziale Marktwirtschaft zu werden. Der Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft muss in beide Richtungen möglich sein. Jeder muss für sich entscheiden, wie er diesen Wechsel organisiert.

Die Fragen stellte Frauke Gottwald, Referentin Stabsstelle Stiftungsübergreifende Strategien der Konrad-Adenauer-Stiftung, im Juli 2015.

In der Sozialen Marktwirtschaft gilt das Prinzip „Fördern und Fordern“. Wie hat Sie die Stiftung gefordert?

Ronja Schmitt: Die Auseinandersetzung mit den Mitmenschen, mit ihren Meinungen hat etwas Forderndes. Sich mit unangenehmen Themen auseinanderzusetzen – all das hat die Stiftung eingefordert. Heute betrachte ich das als den größten Mehrwert der Förderzeit.

Sie sind die jüngste Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Wie kam das?

Ronja Schmitt: Politik war für mich schon immer faszinierend: der Meinungsaustausch, das Werben um die besseren Ideen. Mit Mitte 20 im Bundestag zu sein – das war allerdings so nicht angestrebt. Im Gegenteil: Es war sehr überraschend, dass ich nachgerückt bin. Dabei finde ich es aber ungemein wichtig, dass sich auch junge Menschen engagieren, denn letztendlich funktioniert eine Demokratie nur mit einer aktiven Beteiligung aller.

Können Sie nach einem halben Jahr im Bundestag schon eine kleine Bilanz ziehen?

Ronja Schmitt: Es ist noch immer aufregend. Ob in Berlin oder im Wahlkreis – jeder Tag ist anders und bringt Neues. Das abzudeckende Themenspektrum ist enorm – vom Unternehmer zur alleinerziehenden Mutter oder zum Imkerverein. Die Aufgaben sind vielseitig, und das

macht die Sache spannend. Es ist wichtig, prinzipiell offen für alles zu sein und zu Beginn gelassen zu bleiben. Nach einem halben Jahr darf ich sagen, dass ich mich in den politischen Alltag eingefunden habe – sofern es diesen überhaupt gibt!

Hat Ihnen das Förderprogramm der Stiftung irgendwie geholfen?

Ronja Schmitt: Ich denke ja. Die Summe aller Erfahrungen macht einen Menschen aus und bestimmt seinen Standpunkt. Wie man Argumente vorträgt, welchen Stil man wählt, da hat die Erfahrung einen großen Wert. Die Begabtenförderung schult die Stipendiaten in solchen Dingen und bietet eine Möglichkeit, sich auszuprobieren.

Was bedeutet das Netzwerk der Stipendiaten und Altstipendiaten für Sie?

Ronja Schmitt: In der Zeit als Stipendiatin haben sich Freundschaften herausgebildet – man hat gemeinsam ungemein viele Erfahrungen gesammelt. Aktuell, in der politischen Position, findet weiterhin ein reger Austausch mit Konstipendiaten statt. Wenn man dann in den Beruf einsteigt, bleibt das Netzwerk etwas sehr Förderliches.

Die Fragen stellte Frauke Gottwald, Referentin Stabsstelle Stiftungsübergreifende Strategien der Konrad-Adenauer-Stiftung, im Juli 2015.

BEGABTENFÖRDERUNG IN DEUTSCHLAND – EINE AUSWAHL

Talente entdecken – Talente fördern: Die **Konrad-Adenauer-Stiftung** unterstützt seit fünfzig Jahren besonders begabte und engagierte junge Menschen mit einem Stipendium. Sie gehört mit 3.500 Stipendiatinnen und Stipendiaten zu den größten Begabtenförderungswerken in Deutschland und bietet eine große Bandbreite an Programmen: So können zum Beispiel begabte Schülerinnen und Schüler auf Vorschlag ihrer Schule an den „SummerSchools“ der Stiftung teilnehmen. Studierende können sich für ein Stipendium der Studien- oder Promotionsförderung, der Journalistischen Nachwuchsförderung oder der Künstlerförderung bewerben: www.kas.de/stipendium.

Andere Stiftungen setzen auf eine frühe Förderung und konzentrieren sich auf die Unterstützung von **Schülern/Schülerinnen**.

Stiftung Bildung & Begabung:

Veranstaltung außerschulischer Sommerakademien für motivierte Schüler aller Schulformen
www.bildung-und-begabung.de

Joachim Herz Stiftung:

Stipendium „grips gewinnt“ für leistungsstarke und engagierte Schüler ab der 8. Klasse
www.grips-stipendium.de

Roland Berger Stiftung:

„Deutsches Schülerstipendium“ für begabte junge Menschen ab der Grundschule
www.schuelerstipendium.org

START-Stiftung:

Schülerstipendium für engagierte Jugendliche mit Migrationshintergrund
www.start-stiftung.de

Robert Bosch Stiftung:

Stipendium für sozial benachteiligte Schüler aus Bayern und Baden-Württemberg
www.talentimland.de

Auch für **beruflich Qualifizierte** gibt es passende Fördermöglichkeiten:

Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung:

Stipendien für berufliche Weiterbildung oder Studium
www.sbb-stipendien.de

Weitere nützliche Informationen und Orientierung bei der Suche nach dem geeigneten Stipendium erhalten Sie auf der gemeinsamen Plattform der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützten Begabtenförderungswerke **StipendiumPlus** (www.stipendiumplus.de) sowie beim **Begabungslotsen** der Stiftung Bildung & Begabung (www.bildung-und-begabung.de/begabungslotse).

Zusammengestellt von Nils Thieben, Leiter der KAS-Medienwerkstatt und Koordinator Öffentlichkeitsarbeit der Hauptabteilung Begabtenförderung und Kultur, Konrad-Adenauer-Stiftung.

„War for talents“

Wie ein digitales Medienunternehmen um Talente kämpft

ALEXANDER SCHMID-LOSSBERG

Geboren 1959 in Hamburg, Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, Leiter Geschäftsführungsbereich Personal Axel Springer SE.

Vier ernst blickende, distinguiert gekleidete Herren sitzen an einem langen, erhöht stehenden Konferenztisch und warten auf den nächsten Bewerber. Die Wartenden sind Vorstandsmitglieder des

Axel Springer Verlages und werden von einem Personalberater und dessen Assistentin flankiert. Die Tür öffnet sich, und ein junger Mann, in Sweatshirt und Jeans, setzt sein lebhaftes Telefonat – kurz zu den Herren herüberwinkend – ungerührt fort. Es geht um Digitales, hört man, um „content is king“, „damage per second“ ... und – er telefoniert einfach weiter. Die Herren werfen sich irritierte Blicke zu, sie wirken konsterniert. Die Mimik des Personalberaters verrät leichte Panik. Endlich setzt sich der Bewerber und macht eine Ansage: „Ich habe Euch ein Konzept mitgebracht, also volle Aufmerksamkeit, noch nicht reinschauen!“ Die allgemeine Irritation nimmt zu, die Assistentin des Personalberaters, die einen verstohlenen Blick in das mit Komikzeichnungen illustrierte Konzeptpapier wirft, wird scharf zurechtgewiesen: „Nicht reingucken, hab ich gesagt!“

Soweit die kurze Geschichte eines Bewegtbildspots, mit dem der Axel Springer Verlag junge Gründer einlud, sich als „Media Entrepreneurs“ (Medienunternehmer) zu bewerben. Der Spot überzeichnet Gegensätze auf humorvolle Art und spielt mit den Vorbehalten gegen die vermeintlich starre, von Hierarchie geprägte Kultur des Traditionsunternehmens. Der „verrückte Bewerber“ war 2001 ein vielbeachteter Baustein der neu ausgerichteten Arbeitgebermarke des Konzerns – er wurde viral verbreitet und im Netz nach kurzer Zeit mehr als 300.000 Mal aufgerufen.

Was steckte dahinter? Welchen Grund gab es, kreative Ideen, Energien und Ressourcen zu mobilisieren, um den Verlag im Bewerbermarkt, im „war for talents“, mit neuen Themenschwerpunkten und einem frischen Auftritt neu zu positionieren? Die Antwort ist eindeutig: Das Geschäftsmodell des als Zeitungs- und Zeitschriftenverlag groß gewordenen Unternehmens hatte sich tief greifend verändert.

Die strategischen Ziele von Internationalisierung und Digitalisierung wurden mit aller Konsequenz verfolgt; mehr als 200 Investments in digitale Geschäftsmodelle, Verkäufe von Teilen des Zeitungs- und Zeitschriftenportfolios und die Durchdringung sämtlicher Unternehmensbereiche mit digitaler Technologie haben seit 2006 dem Verlag eine andere Prägung gegeben.

„VERLÄNGERUNG“ INS INTERNET

Dadurch erlangen andere Bewerberprofile zentrale Bedeutung für den Unternehmenserfolg; insbesondere werden laufend technische Profile und unternehmerisch handelnde „Treiber“ digitaler Geschäftsmodelle gesucht. In neuen Bewerbermärkten kämpft das Unternehmen heute mit starken Konkurrenten, wie multinationalen Technologiekonzernen, internationalen Beratungsgesellschaften und Start-ups, um die Besten. Vor diesem Hintergrund war die Neuformierung der Arbeitgebermarke die Voraussetzung, um neue Zielgruppen zu erreichen.

Das Unternehmen treibt heute die digitale Transformation konsequent voran – es hatte frühzeitig erkannt, dass das Internet und die digitalen Technologien die Medienmärkte fundamental erfassen und zugleich enorme Chancen eröffnen. Von den Verbreitungsformen journalistischer Inhalte, der Mitwirkung von Nutzern journalistischer Angebote über soziale Netzwerke bis hin zu den Formen und Erfolgsindikatoren der Vermarktung ist alles einem rasanten Wandel unterworfen.

Der Verlag hat die bekannten journalistischen Marken in das Internet „verlängert“ (zum Beispiel „bild.de“, „welt.de“), in neue journalistische Marken im In- und Ausland investiert (zum Beispiel „POLITICO“, „businessinsider“, „N24“) – ebenso wie in zahlreiche Geschäftsmodelle des erfolgsbasierten Marketings (zum Beispiel „Idealo“, „ZANOX“, „Ladenzeile.de“)

und des Rubrikengeschäfts (zum Beispiel „Stepstone“, „Immwelt“ und „Immonet“, „la centrale“).

Die Rasanz dieser Transformation lässt sich an Umsatz, Werbeerlösen und EBITDA¹ ablesen: Betrug der digitale Anteil am Umsatz 2008 noch vierzehn Prozent, so lag er zu Beginn des Jahres 2015 schon bei 63 Prozent. Im selben Zeitraum stiegen die digitalen Werbeerlöse von 22 auf 81 Prozent. Vor allem stieg der digitale Anteil am Ergebnis von vier auf 73 Prozent im Jahre 2015.

Personell und unternehmenskulturell sind mit diesen Veränderungen enorme Herausforderungen verbunden. Wie gelingt es, die Begeisterung für digitale Technologien und Arbeitsmethoden auf alle Mitarbeiter zu übertragen? Wie kann eine unkomplizierte Zusammenarbeit von Experten über Bereichs- und Gesellschaftsgrenzen hinweg gewährleistet werden? Welche Kompetenzen müssen Führungskräfte und Mitarbeiter für die digitale Welt mitbringen? Wie können die Erwartungen an flexibles und mobiles Arbeiten optimal erfüllt werden? Und vor allem: Wie und wo findet der Verlag die Besten, und wie gelingt es, ihren Erwartungen an ein hervorragendes, inspirierendes Umfeld gerecht zu werden?

Hier soll vor allem die zuletzt gestellte Frage beantwortet und um eine weitere ergänzt werden: Welche Profile werden eigentlich gebraucht?

Zunächst: Der Verlag sucht auch in Zukunft leidenschaftliche Journalisten – mit digitalen, multimedialen Kenntnissen – und bildet sie in der Axel-Springer-Akademie aus. Darüber hinaus rekrutiert das Unternehmen Gründer, Programmierer, Software-Entwickler, Plattform-Manager, DATA-Experten, Suchmaschinenoptimierer, Onlinemarketing-Experten, Produktentwickler und Wirtschaftsinformatiker. Auch digitale Geschäftsfeldentwickler und M&A-Experten werden für eine erfolgreiche Unternehmensentwicklung eingestellt.

BEWERBER ALS KUNDEN DER MARKE

Um im „war for talents“ zu bestehen, ist eine glaubwürdige Arbeitgebermarke Grundvoraussetzung. Dem „Verrückter-Bewerber“-Spot, der sich an die Zielgruppe der Gründer richtete, folgte eine breit angelegte Kampagne für den Auftritt nach außen und die Kommunikation in das Unternehmen hinein. Unser Slogan „Da geht noch mehr!“ verdeutlicht, dass der Wandel aktiv gestaltet werden soll und daher von den Mitarbeitern erwartet wird, dass sie über das gewöhnliche Maß hinaus Leidenschaft, Engagement und Kreativität einbringen. Insofern beschreibt dieser Slogan zugleich Anspruch und Erwartung und ist als allumfassende Aussage zu verstehen. In den zurückliegenden drei bis vier Jahren haben die meisten Unternehmen ihre Aufwendungen für das Arbeitgebermarketing mehr als verdreifacht. Doch das allein

reicht nicht aus. Der Auftritt muss unverwechselbar sein, sowohl inhaltlich als auch gestalterisch. Es werden Menschen gesucht, die über ihre gewöhnlichen Jobprofile hinauswachsen. Dafür gewährt der Verlag Freiheiten, so dass sich Potenziale entfalten können. Zahlreiche kleinere und mittlere selbstständig operierende Einheiten eröffnen enorme Entwicklungschancen.

Mit Lockerheit und Ironie überdrehten wir die Jobtitel der digitalen Welt und spielten als journalistisches Haus mit der Sprache. Die Kampagnenmotive wurden auf Stellenanzeigen übertragen und sind auf die jeweilige Position genau abgestimmt. Eine frischere, präsentere und prägnantere Sprache hat das tradierte Deutsch der Personaler abgelöst.

UMFASSENDE REKRUTIERUNGSSTRATEGIE

Wie und wo sind die besten Talente zu finden? Die Antwort darauf liegt in der Definition und der Anwendung einer umfassenden Rekrutierungsstrategie, und die heißt, auf den Punkt gebracht: Das Unternehmen versteht die Bewerber als Kunden der Marke. Neue Rekrutierungskanäle und eine zielgruppenspezifische Ansprache eröffnen einen direkten Zugang zu potenziellen Kandidaten. Axel Springer hat ein Inhouse-Recruitingteam aufgestellt, das sich auf die Direktsuche spezialisiert hat, Talentpools aufbaut, das genauso Kontakte der Mitarbeiter nutzt wie es Kontakte zu potenziellen Kandidaten über längere Zeiträume aufbaut und pflegt, sich in sozialen Netzwerken engagiert und Fachkräfte und Mitarbeiter motiviert, sich aktiv an der Suche nach Talenten zu beteiligen. Heute gilt die Regel: von der reaktiven Rekrutierung zur proaktiven Vorgehensweise. Nur so gelingt es, den enormen Herausforderungen – große Konkurrenz um die Besten, demografischer Wandel und Fachkräftemangel in technischen Berufen – erfolgreich zu begegnen.

Heute erwarten Bewerber die Freiheit zur Entfaltung der eigenen Potenziale, mobiles und familienfreundliches Arbeiten, inspirierende Umfelder, schnelle Entscheidungsprozesse und offene Kommunikation. So ist gerade der Kampf um die Talentiertesten eine Anforderung an das gesamte Unternehmen. Aber es ist lohnend, sich dem konsequent zu stellen!

¹ EBITA = *earnings before interest, taxes, depreciation and amortization*. Betriebswirtschaftliche Kennzahl zur Bezifferung des Gewinns eines Unternehmens in einem bestimmten Zeitraum.



Neue Metapolitefsi?

Griechenlands „Regimewechsel“

SUSANNA VOGT

Geboren 1979 in Bonn, Leiterin des Auslandsbüros Griechenland der Konrad-Adenauer-Stiftung.

JEROEN KOHLS

Geboren 1985 in Leuven, Projektmanager und Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Auslandsbüro Griechenland der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Oft hat der Syriza-Vorsitzende Alexis Tsipras ihn ausgerufen: den erneuten Regimewechsel für Griechenland. So wie er ihn aus der Opposition lautstark gefordert hatte, erwarteten viele im Land, dass er von seiner Regierungsbank aus tatsächlich klare Veränderungen vornehmen würde. Der Begriff der Μεταπολίτευση

(*Metapolitefsi*) hat als „Wechsel des Regimes“ eine zentrale Position in der neueren griechischen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg: Als *Metapolitefsi* wird die Rückkehr Griechenlands zur Demokratie im Anschluss an den Sturz der Militärjunta, die von 1967 bis 1974 herrschte, sowie die darauffolgende, für das Land sehr wichtige Epoche bezeichnet – mit allen Errungenschaften der Zeit, aber auch all jenen Problemen, die zur tiefen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise des Landes beigetragen haben. Es ist nun die links-rechts-populistische Regierung aus Syriza und den „Unabhängigen Griechen“ (*Anexartiti Ellines*, ANEL), die sich immer wieder eines erneuten Kurswechsels und des Endes dieser für das moderne Griechenland prägenden Epoche

rühmt. Doch scheint sich nach dem ersten Regierungshalbjahr dieser neuen Koalition vielmehr eine Fortsetzung der alten Politik mit neuen Gesichtern herauszukristallisieren.

POLITISCHE STABILITÄT ALS SELBSTZWECK

Mit der parlamentarischen Demokratie ab 1974 wollte man sich in Griechenland von den instabilen Verhältnissen der Zeit vor der Obristendiktatur abwenden und führte mit der um fünfzig Parlamentsitze verstärkten Mehrheitswahl ein für fast vierzig Jahre stilprägendes System ein. So schuf man mit dem *Dikomatismos*, der Zweiparteienherrschaft, ein Regime von zwei dominierenden, abwechselnd regierenden politischen Bewegungen, flankiert von den oft als Protestparteien wirksamen Kleinparteien am linken Rand – die ideale Grundlage für das sich etablierende Klientensystem. Seine Wurzeln reichen bis weit in die Vergangenheit zurück, doch wahre Blüte trieb dieses politische Beziehungsgeflecht erst mit der sozialdemokratischen PASOK sowie der konservativen *Nea Dimokratia* im modernen Griechenland – als sie das Land auf den Weg in die Europäische Gemeinschaft (EG) führten. Diese politische Situation ermöglichte Andreas Papandreou ab 1981, von einer zunächst antieuropäischen Warte kommend („EWG und NATO – dasselbe Syndikat!“), den Zugang zu scheinbar unerschöpflichen, unkontrollierten Ressourcen, die in das national etablierte Klientensystem umgelenkt werden konnten. Das griechische Wahlgesetz mit seiner personalisierten Kandidatenwahl be-

günstigte Beziehungen direkter Abhängigkeit zwischen Wählern und Mandatsträgern, klar in Sektoren der öffentlichen Beschäftigung und der staatlich kontrollierten Privatwirtschaft aufgeteilt, in denen sich Politiker unmittelbar um ihre Wähler und deren Partikularinteressen kümmerten. Gleichzeitig waren diese Wählergruppen so gut organisiert, dass sich für Politiker mit Machtinstinkt ein Konflikt mit ihnen nicht empfahl. Auch die kleinen Parteien der Linken (unter anderem Syriza) dienten immer diesen Wählergruppen: Massive Proteste – oft auch gewalttätig – gegen Veränderungen und Modernisierungen im Bildungs- oder Rentensystem sowie gegen Privatisierungen blockierten jeglichen Reformwillen. Zaghafte Reformversuche fanden unter PASOK-Ministerpräsident Konstantinos Simitis statt, sie mündeten jedoch vor allem in eine Anpassung des griechischen Konsumverhaltens, ohne wichtige Strukturveränderungen der Wirtschaft herbeizuführen. Diese war für den wachsenden internationalen Wettbewerb vollkommen unvorbereitet und bleibt es in vielen Bereichen bis heute. Mit dem Beginn der Krise trocknete der Klientelmechanismus finanziell aus. Das etablierte Parteiensystem begann zu taumeln und ermöglichte den Aufstieg marginaler Protestparteien zur Regierungsmehrheit – das war die Stunde von Syriza und ANEL.

POPULISMUS IN ZEITEN DER SPARPOLITIK

Der öffentlich besonders von Syriza propagierte Bruch mit den alten Strukturen ging allerdings mit sehr bekannten

Mechanismen einher, den für die Gemeinschaft kostspieligen Status quo ante wiederherzustellen: Beispielhaft steht dafür die Wiedereröffnung des wegen seiner Qualität und Effizienz umstrittenen staatlichen Rundfunksenders ERT, eine der ersten – und bisher wenigen – Aktionen des Regierungshandelns der neuen Koalition. Höhepunkt des neuen Populismus war das Anfang Juli durchgeführte Referendum. In ihm schwang die illusionäre Idee mit, man könne die Reformpolitik einseitig per Volksabstimmung beenden. Die politische Bedeutung des unter zweifelhaften Umständen durchgeführten Votums schwand hingegen binnen einer Woche mit dem in Brüssel vereinbarten Auftakt zum dritten Programm für Griechenland. Was von der Volksabstimmung bleibt, ist ein vermeintlich durch das deutliche „Oxi“ gestärkter Ministerpräsident Tsipras, der das Mandat vor allem dazu nutzen will, die Reihen in der eigenen Partei zu schließen. Dieser Machtkampf in der Partei ist auch Ausdruck des Kampfes um die alten Strukturen des griechischen Parteiensystems, das von politisch einflussreichen Wählergruppen wie Beamten und Gewerkschaften abhängig ist – auch unter der neuen Regierung.

HÄUTUNG EINER PROTESTPARTEI

Syriza steht eine harte Probe bevor: Die Partei muss mit erhöhtem Druck von außen ein Reformprogramm umsetzen, das ihnen zu allen Zeiten propagierten, populistischen Wahlversprechen entgegensteht. Die kleinen Oppositionsparteien an den Rändern des politischen Spektrums ver-

sprachen noch das Blaue vom Himmel, als die großen Parteien schon längst ihr politisches Handeln mit der Europäischen Union (EU) sowie den anderen internationalen Kreditgebern abstimmen mussten. Der politische Aufstieg der Kleinstparteien beruht in Teilen darauf. Sollte der Syriza die ideologische und strategische Richtungsanpassung gelingen und sie dabei ihren linken Parteiflügel verprellen, könnte die Partei – links vom Zentrum – in die „Fußstapfen“ der früheren PASOK treten.

Gleichwohl dürfte Syriza es nicht als Volkspartei im gemeinhin verstandenen Sinne tun: Dazu hat allen griechischen Parteien der Mitte stets das programmatische und ideologische Gerüst gefehlt. Das trifft auch auf die jetzige Syriza zu. Dabei lässt sich schon jetzt eine Zwischenbilanz ziehen: Die ökonomischen und gesellschaftlichen Kosten der ideologischen und strategischen Wandlungen der Syriza-ANEL-Koalition sind hoch; mangelnde Regierungs- und Koalitionserfahrung mögen sie zusätzlich nach oben getrieben haben.

WAHLVERWANDTSCHAFT MIT DER EUROPÄISCHEN UNION

Politisch prägend für die Beziehungen Griechenlands zur EG und späteren EU war die von der PASOK verfolgte Strategie, Gelder aus Brüssel vor allem für innenpolitische Zwecke zu verwenden; diesen Weg gingen alle späteren Regierungen. Für die griechische Bevölkerung war es ab 2010 eine vollkommen neue Erfahrung, dass Gelder aus Brüssel nur noch mit strikten Reformauflagen der Kreditgeber-Institu-

tionen bewilligt wurden. Die Finanzierung rein konsumtiver Bereiche fand ein jähes Ende – und damit verschwand eines der zentralen Beziehungsmerkmale Griechenlands zur EU als Institution. Trotz seiner emotionalen Identifikation mit Europa hat es Griechenland in all den Jahren nicht vermocht, seinen Platz in der EU über die Finanzierungsfrage hinaus zu definieren. Es steht ein nicht zu unterschätzender Anpassungsprozess an, der viele Jahre in Anspruch nehmen wird: für die Bevölkerung wie die politischen Verantwortungsträger in Griechenland gleichermaßen. Zudem fühlt sich das Land in der Gemeinschaft der europäischen Partner politisch isoliert, insbesondere seit die unglückliche Kommunikation der neuen Regierung nach allen Seiten neue Spitzen erreicht hat.

ANNÄHERUNG AN DIE REALITÄT

Syriza musste erkennen, dass es für Griechenland keine andere Option als den europäischen Weg gibt – selbst wenn dieser nach viel zu viel verlorener Zeit über harte und für diese Partei umso schwierigere Reformen führt. Alle Annäherungsversuche an mögliche russische oder chinesische Unterstützer scheiterten. Dabei muss die Partei mit einer viel schwierigeren Situation zurechtkommen als noch Papandreou Anfang der 1980er-Jahre, da sich die Rahmenbedingungen in Europa vollkommen verändert haben. Das „Pro-

gramm von Thessaloniki“, das ungeschriebene Wahlprogramm der Syriza, strotzte vor Überzeugungsgewissheit, dass man wieder an die alte Logik der unkontrollierten Ausgaben anknüpfen kann. Die harte Landung in der Realität versucht man den Wählern nun so zu vermitteln, dass man sich zum Hüter der Interessen des griechischen Volkes erklärt: in einem Kampf gegen die EU, die zu Reformen zwingt, von denen weder Syriza noch ANEL überzeugt sind. Während der eigene politische Gestaltungsspielraum in den vergangenen fünf Jahren unter ökonomischen Zwängen immer schmaler wurde, kämpft diese fünfte Regierung in sechs Jahren der Kreditvereinbarungen noch viel mehr als vorher mit der so dringend benötigten Identifikation mit dem schwierigen Reformprozess.

Der vielfach beschworene neue „Regimewechsel“, den sich in der griechischen Bevölkerung immer noch viele mit relevanten Reformen erhoffen, kann nur gelingen, wenn eine wirklich neue politische Kultur in Griechenland Einzug hält: die der Verständigung auf wichtige, staatstragende Veränderungen zur Neuorientierung des griechischen Staatswesens und des Verhältnisses des Staates zu seinen Bürgern – auf dem Boden der Realität.

Literaturempfehlung

Stimmungsbild: Einigung in der Griechenland-Krise. Überblick über Reaktionen in Politik und Medien in den Einsatzländern der Auslandsmitarbeiterinnen und Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung: www.kas.de/wf/de/33.42136.

Turbo-Klientelismus

Zu den Ursachen der Krise in Griechenland seit 1974

HEINZ A. RICHTER

Geboren 1939 in Heilbronn, emeritierter Professor für griechische und zypriotische Zeitgeschichte an der Universität Mannheim.

Die politische Kultur Griechenlands ist bereits zum Zeitpunkt der Gründung des neugriechischen Staates 1830 durch einen allumfassenden Klientelismus geprägt: In einem jahrhundertelangen Prozess hatten sich substaatliche Strukturen großfamiliärer Netze unter den Bedingungen der osmanischen Besatzung entwickelt, deren Nachwirkungen noch heute Gründe eines fundamentalen Missverstehens sind (siehe dazu *Die Politische Meinung*, März 2012, Nr. 508, Seite 51–58). Die

griechischen Parteien waren und sind pyramidenförmige klientelistische Netzwerke, die durch *Rousfetia* (Gefälligkeiten: Geld und Posten) zusammengehalten werden.

Während der Militärdiktatur (1967–1974) begann unter den in Europa lebenden Exilgriechen eine intensive Diskussion darüber, wie man das klientelistische System überwinden könne. Bald bestand Konsens, dass man den Charakter der Parteien verändern müsse, indem man Parteien europäischen Typs (*evropaïkou typou*) ins Leben rief, also Parteien mit Programmen, Kongressen, internem demokratischen Willensbildungsprozess und Wahl der Führung. Dazu sollte nach dem Verschwinden der Militärjunta eine neue,

sozialdemokratisch ausgerichtete Partei gegründet werden. Man schmiedete Pläne, wurde aber von einer neuen Entwicklung überrascht: Im Sommer 1974 stürzte die Junta über die von ihr selbst provozierte Invasion Zyperns durch die Türkei. Die Nachfolger riefen Konstantinos Karamanlis aus seinem freiwilligen Exil in Paris zurück, damit er erneut die Macht übernehme.

Auch der konservative Karamanlis hatte im Pariser Exil die französischen Parteien aufmerksam beobachtet und wollte nun nach seiner Rückkehr ebenfalls eine Partei europäischen Typs gründen. So entstand die *Nea Dimokratia* (ND), die zunächst die Aufnahme von Teilnetzen der alten ERE-Partei ablehnte. Doch schon nach zwei Monaten gab sie auf und akzeptierte die alten klientelistischen Kader der ERE (*Ethniki Rizospastiki Enosis* – Nationalradikale Union) mit ihrer jeweiligen Klientel. Wenig später erschien Andreas Papandreou in Athen. Er hatte im Exil an der Diskussion über eine Partei „europäischen Typs“ und die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform des griechischen politischen Systems teilgenommen und Umstrukturierungen angestrebt. Doch die guten Vorsätze gerieten bei der Gründung der *Panellinio Sosialistiko Kinima* (Panhellenische Sozialistische Bewegung – PASOK) in Vergessenheit. Nach außen hin gab sich die neue Partei als linkssozialistisch, tatsächlich war die PASOK vom ersten Moment an eine von Papandreou straff geführte Klientelpartei mit modernen Strukturen und die Fortsetzung der alten Zentrumsunion. Die ND holte eine solche Wende zum radikalen Klientelismus erst in den 1990er-Jahren des letzten Jahrhunderts unter dem Neffen Karamanlis' nach.

Im Juli 1975 stellte die Regierung Karamanlis den Antrag auf Vollmitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Karamanlis wollte vor allem den innergriechischen Demokratisierungsprozess durch den EWG-Beitritt absichern und die politische Kultur Griechenlands europäisieren. Auf dem wirtschaftlichen Sektor hoffte er, dass ein EWG-Beitritt das Land wirtschaftlich voranbringen und Griechenland aus einem Agrarstaat zu einem industrialisierten Land machen werde. Den Wunsch, die Demokratie in Griechenland zu stärken, hatte aber damals nicht nur Karamanlis, sondern hatten auch die damals wichtigsten Staatsmänner der EWG, Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt. Obwohl sie wussten, dass die griechische Wirtschaft nicht wettbewerbsfähig war, waren sie bereit, Griechenland in die Gemeinschaft aufzunehmen, um seine Demokratisierung abzusichern. Diese idealistische Sichtweise basierte auf der Einstellung, dass man der Wiege der europäischen Kultur ein Recht auf Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft nicht verweigern könne.

EUROPÄISCHE HILFSGELDER ALS „ROUSFETIA“

Diese Argumentation brachte auch Karamanlis damals vor, und bis heute findet sie immer wieder Anwendung. Doch weder Giscard noch Schmidt begriffen, dass es mit einer formalen Demokratisierung nicht getan war. Um ein „funktionierendes“ Mitglied der Europäischen Gemeinschaft zu werden, hätte Griechenland das griechische Klientelsystem überwinden

und eine politische Kultur westeuropäischer Art entwickeln müssen. Ohne eine solche Metamorphose würde die Mitgliedschaft in der EWG nur zu Verstärkung des Klientelismus führen, da nun die europäischen Hilfsgelder für die Verteilung von *Rousfetia* zur Verfügung standen. Wie die weitere Entwicklung bis zur Gegenwart zeigt, war diese Unterlassung ein kapitaler Fehler mit schwerwiegenden Folgen bis heute. Dass die damaligen europäischen Staatsmänner die Gefahr nicht erkannten, lag daran, dass sich niemand in Europa der fundamentalen Andersartigkeit der griechischen politischen Kultur bewusst war. Hier wurde die entscheidende Weichenstellung verpasst.

VERGESSENE WAHLVERSPRECHEN

Am 10. Oktober 1981 fanden Parlamentswahlen statt. Andreas Papandreou führte seinen Wahlkampf mit dem Slogan *Allagi* (Wechsel). Außenpolitisch propagierte er den Austritt aus der NATO und die Annullierung des EWG-Beitrittsvertrages. Die PASOK hatte das ganze Land mit Parteibüros überzogen, die Mitglieder waren straff organisiert und gut geführt. Papandreou PASOK gewann 48,1 Prozent der Stimmen und 172 der 300 Sitze im Parlament. Einmal gewählt, rückte Andreas Papandreou von seinen außenpolitischen Wahlversprechungen ab. Griechenland blieb im NATO-Bündnis. Während des Wahlkampfes hatte Andreas Papandreou die Annullierung des EWG-Vertrages gefordert, nach seinem Wahlsieg ließ er

diese Forderung stillschweigend fallen; denn mit dem Beitritt zur EWG begannen Hilfsgelder für die Entwicklung des Landes nach Griechenland zu fließen, mit denen er seine Klientel bedienen und sein Netzwerk in ungekanntem Ausmaß ausweiten konnte. Diese Hilfsgelder machten im Zeitraum bis 1988 immerhin schon drei Prozent des griechischen Bruttoinlandsprodukts aus. Bislang waren die griechischen Parteien pyramidenförmige Klientelnetzwerke gewesen, die durch *Rousfetia* zusammengehalten wurden. Der Staat und die Verwaltung waren davon nur bedingt berührt worden und ihrer eigenen Gesetzlichkeit gefolgt. Doch nun okkupierte und penetrierte die PASOK den Staat. Die Souveränität der staatlichen Verwaltung wurde völlig aufgehoben. Von nun an gab es keine technokratischen, souveränen Entscheidungen mehr, sondern nur noch parteipolitische.

Die direkte Integration des Öffentlichen Dienstes in das Klientelsystem führte zu grotesken Zuständen. Gehälter wurden nicht länger nach dem Prinzip des Dienstgrades bezahlt, sondern davon losgelöst. In vielen Fällen nahmen die Inhaber solcher Gehälter nicht einmal ihren angeblichen Dienst wahr. Die Zahl der Führungspositionen wurde aufgebläht. Am Ende arbeitete eine Million Menschen im Öffentlichen Dienst, das heißt, jeder vierte Arbeitsplatz war staatlich. In wenigen Jahren wurde der öffentliche Dienst um 82.000 Personen erweitert – eine Zunahme um sechzig Prozent! Gehälter und Löhne wurden erhöht. In der Folge stiegen die staatlichen Ausgaben enorm an und damit auch das staatliche Haushaltsdefizit und die staatliche Verschuldung.

HAUSGEMACHTE ENTINDUSTRIALISIERUNG

Mit dem EWG-Beitritt fielen die Zollschranken, die bislang die griechische Industrie bis zu einem gewissen Grad geschützt hatten. Nun kam es zu einer enormen Zunahme der Importe aus den Ländern der Gemeinschaft. Allein 1981 stieg das griechische Handelsbilanzdefizit um 86,6 Prozent und blieb danach immer defizitär. Die erwarteten Investitionen aus dem EWG-Raum blieben vor allem aufgrund der völlig ineffizienten griechischen Bürokratie aus. Da die vom Regional-, Struktur- und Agrarfonds Griechenland zugewiesenen Finanzmittel veruntreut wurden, fielen die Landwirtschaft und die Industrie des Landes immer weiter zurück. Die Industrie verlor ihre Wettbewerbsfähigkeit. Am Ende dieser Entwicklung war Griechenland ein entindustrialisiertes Land.

Bei Papandreas Amtsantritt lag die griechische Staatsverschuldung bei dreißig Prozent des Bruttoinlandsprodukts, bis 1990 stieg sie auf achtzig Prozent. Papandreu finanzierte seine sozialen Wohltaten vor allem mit den Hilfszahlungen aus Brüssel und immer neuen Krediten. Zwischen 1981 und 2006 erhielt Griechenland aus dem Strukturfonds der EG beziehungsweise EU 52 Milliarden Euro. Nach 2013 folgten weitere 20,6 Milliarden. Papandreas Wirtschaftspolitik war der Beginn dessen, was im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts in die Krise führte.

Aber die Neigung zu höheren Löhnen verbreitete sich auch in der Wirtschaft. In den 1980er-Jahren nahm das Einkommen der Griechen im Durchschnitt um 26 Pro-

zent zu. Griechische Firmen, die aufgrund der Lohnerhöhungen pleitegingen, wurden in Staatsbesitz überführt. Sie arbeiteten danach keinesfalls wirtschaftlicher und konnten mit weiterem Personal versehen werden, was ihre Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit weiter reduzierte. Doch dies beunruhigte Papandreu wenig, da er die Haushaltslöcher mit EG-Geldern schließen konnte.

Mit einer kurzen Unterbrechung zwischen 1989 und 1993 regierte die PASOK bis 2004. 1996 löste Konstantinos Simitis, Jurist und Wirtschaftswissenschaftler, Papandreu ab. Einmal an der Regierung, versuchte Simitis, das Steuer wirtschaftspolitisch herumzureißen. Er reduzierte die Neuverschuldung und verringerte die Staatsausgaben. Um zu staatlichen Einnahmen zu kommen, wurden sogar Staatsbetriebe privatisiert. Simitis' Maßnahmen zeigten Erfolg, denn in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre wuchs die griechische Wirtschaft.

Simitis' nächstes Ziel war der Eintritt Griechenlands in den Euroraum. Der Antrag hätte zurückgewiesen werden müssen, denn es war bekannt, dass die griechischen Zahlen nicht stimmten. Deutschland und Frankreich machten damals aber selbst mehr Schulden als erlaubt. So stimmten trotz der Warnungen von Eurostat die europäischen Finanzminister 2000 der Aufnahme Griechenlands in den Euroraum zu.

ELDORADO EUROZONE

Der Beitritt zur Eurozone machte es den griechischen Regierungen möglich, Kredite zu günstigen Zinsen aufzunehmen. In der Eurozone und mit den Garantien

der Europäischen Zentralbank konnte der griechische Staat zum ersten Mal in seiner Geschichte langfristige und zinsgünstige Anleihen aufnehmen und ihre Tilgung durch neue Kredite hinausschieben. Der Versuchung, immer neue, billige Kredite aufzunehmen, konnte keine griechische Regierung widerstehen. Weder in Griechenland noch in Brüssel hörte man auf die frühzeitigen Warnungen der Fachleute. Das Geld wurde in großem Stil ausgegeben: 2004 richtete Griechenland die Olympischen Sommerspiele aus. Da die griechische Wirtschaft weder die Planung noch den Bau der notwendigen Infrastruktur leisten konnte, gingen die Aufträge an ausländische Firmen. Bei der Vergabe flossen große Beträge in die Taschen der griechischen Vermittler.

Aber nicht nur der Staat lebte über seine Verhältnisse, sondern auch die Bürger. Seit den 1980er-Jahren nahm der Konsum noch nie da gewesene Ausmaße an. Die griechische Gesellschaft lebte in einem Wohlstand, wie sie ihn noch nie gesehen hatte. Gab es noch in den 1970er-Jahren in Athen kaum mehr als einen Supermarkt mit europäischen Importwaren, wurden Anfang des neuen Jahrtausends Läden, die griechische Waren verkauften, rar. Familien der Mittelschicht hatten wie selbstverständlich Zweitwagen und leisteten sich bisweilen sogar eine Ferienwohnung. Griechenland gab sich bis zum Ausbruch der Krise 2009 dem Konsum hin.

Als 2004 die *Nea Dimokratia* wieder an die Macht gewählt wurde, setzte sich diese Entwicklung fort. Die Führungselite der ND waren nun nicht länger wohlhabende Konservative, sondern Menschen einer jüngeren Generation, die von der Gier nach schnellem Geld getrieben wurden. Während ihrer Herrschaft nahm die Verschuldung unvorstellbare Ausmaße an. Die staatliche Praxis verleitete die griechischen Banken dazu, ebenfalls Schulden zu machen, und sie animierten die Bürger, auf Kredit zu konsumieren. Etwa zwei Jahrzehnte lang gab es in Griechenland einen noch nie dagewesenen Wohlstand der breiten Bevölkerung, der jedoch nicht zu Investitionen führte. Sofern die geliehenen Gelder nicht in den Konsum flossen, verschwanden sie auf Konten im Ausland.

Hinzu kommt: Wie schon nach 1830, so wurde auch nach 1974 die reiche Oligarchie Griechenlands nicht besteuert. Weder die „linke“ PASOK noch die konservative ND wagten es, die Reichen zur Kasse bitten – wenig erstaunlich, denn die politische und die wirtschaftliche Oligarchie sind aufs Engste verfilzt. Die tragische Verstrickung des Landes bedeutet heute: Die fraglos notwendige Hilfe für Griechenland kann nur unter den Bedingungen strengster Kontrolle überhaupt wirksam werden.

Weiterführende Literatur

Heinz A. Richter: *Geschichte Griechenlands im 20. Jahrhundert. Band 2: 1939–2004*, Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 2015.

Die OB-Wahl in Dresden

Ein Ärgernis für die CDU

BERNHARD VOGEL

Geboren 1932 in Göttingen, von 1976 bis 1988 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, von 1992 bis 2003 Thüringer Ministerpräsident, Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Am 5. Juli 2015 fand der zweite Wahlgang zum Oberbürgermeister von Dresden statt. Gewählt wurde Dirk Hilbert mit 54,2 Prozent. Eva-Maria Stange unterlag mit 44 Prozent. Die Wahlbeteiligung betrug gut 42 Prozent.

Die bisherige Amtsinhaberin, Helma Orosz (CDU), hatte die Stadt erfolgreich

geführt, musste aber wegen Krankheit ihr Amt vorzeitig aufgeben.

Der erste Wahlgang sah die Kandidatin der SPD, die Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange, die auch von den Grünen, den Linken und den Piraten unterstützt wurde, mit 36 Prozent in Führung, dicht gefolgt von dem sich als unabhängiger Kandidat eines Bürgervereins bewerbenden bisherigen Ersten Bürgermeister, Dirk Hilber, der der FDP angehört, mit 31,7 Prozent. Weit abgeschlagen folgten der Kandidat der CDU, Innenminister Markus Ulbig, mit nur 15,4 Prozent, auf Platz vier, mit erstaunlichen 9,6 Prozent,

die Pegida-Kandidatin. Ulbig und sie verzichteten darauf, im zweiten Wahlgang noch einmal anzutreten.

Mit Dresden verlor die CDU die politische Führung auch in der letzten Landeshauptstadt. Das löst, zu Recht, erneut eine lebhafte Diskussion über das Erscheinungsbild der CDU in Großstädten aus. Zumal am gleichen Wahltag bei der Wahl von zehn Landräten Sachsens ausschließlich die CDU-Bewerber bereits im ersten Wahlgang erfolgreich waren. Die Gründe für diese unterschiedlichen Ergebnisse sind vielschichtig. Ihnen allen muss sorgfältig nachgegangen werden. Dabei darf allerdings ein, meines Erachtens entscheidender Grund nicht vernachlässigt werden: die Auswahl der Kandidatinnen und der Kandidaten. Wer nicht von der örtlichen CDU einmütig getragen wird, wer mühsam und oft sehr kurzfristig zur Kandidatur gedrängt werden muss, wer als Aushilfskandidat antritt, wer nicht über hinreichende berufliche Voraussetzungen für das angestrebte Amt verfügt, wer nicht mit ganzer Hingabe nach dem umkämpften Amt strebt und dafür Opfer zu bringen bereit ist, wer nicht gestalten, sondern nur verwalten will, hat – ich meine zu Recht – keine Chance.

Gut qualifizierte geeignete Kandidaten stehen zurzeit in Deutschland nicht Schlange. Der schlechte Ruf, unter denen Politik und Politiker heute zunehmend leiden, stößt manchen ab. Hier muss dagegehalten werden. Die CDU ist reich an vorzüglichen Beispielen von Männern und Frauen, die nicht nur vor Ort, sondern bundesweit hohes Ansehen

genossen haben: von Konrad Adenauer (Köln) über Manfred Rommel (Stuttgart) bis zu Eberhard Diepgen (Berlin), Ole von Beust (Hamburg) und Petra Roth (Frankfurt am Main). Sie haben ihre Städte nicht nur während ihrer langen Amtszeit, sondern weit darüber hinaus geprägt. Sie standen zum Markenkern der CDU und verfügten über die notwendige Ausstrahlung. Ihr Beispiel sollte auch heute noch Schule machen. Was die CDU braucht, ist eine langfristige Personalplanung: zum Beispiel einen kleinen, beim Generalsekretär der CDU angesiedelten Arbeitskreis, der über große Personalkenntnis verfügt, Personalchecks durchführt und abrufbar Vorschläge machen kann. Rechtzeitig und um Jahre im Voraus. Er darf die Entscheidungshoheit unserer Kreisverbände natürlich nicht infrage stellen, aber er soll ihnen helfen, die richtige Auswahl treffen zu können.

Dann wird es sich nicht wiederholen, dass ein von außerhalb kommender Kandidat sich weigert, im Falle seiner Wahl in die betreffende Stadt zu ziehen. Beispiele sind bekannt: „Ich bewerbe mich um das Rathaus, nicht um eine neue Wohnung!“ Dann wird es nicht passieren, dass man in unruhigen Zeiten, noch dazu in einer durch Pegida beunruhigten Stadt, ausgerechnet einen führenden Innenpolitiker zur Kandidatur drängt. Das ist schon in Frankfurt am Main schiefgegangen, das musste auch in Dresden schiefgehen.

Nicht ihr Programm, ihre Strategie muss die CDU ändern, wenn sie auch in Großstädten wieder Wahlen gewinnen will.

Typisch Parteimitglied

Ergebnisse einer qualitativen Grundlagenstudie
über bürgerschaftliches Engagement in Parteien

BENJAMIN HÖHNE

Geboren 1978 in Wittenberg, lehrt an der Universität Potsdam Politik- und Verwaltungswissenschaft.

„In meinem Alter“, sagte ein Mitglied einer Partei dieses Landes, „haben sie gelacht. Was willst du denn mit den alten Säcken? Entschuldigung die Ausdrucksweise. Wird belächelt,

sagen wir es mal so. Allerdings ist das eher die Politikverdrossenheit, dass man überhaupt nichts machen möchte.“ Mitglied einer Partei zu sein, darauf deutet diese Äußerung hin, ist nicht jedermanns Sache. Aber dies muss es auch gar nicht, denn Parteiarbeit ist eine von vielen Formen, sich politisch zu betätigen. Gleichwohl ist sie eine einzigartige Form, die aus der unüberschaubaren Masse der Beteiligungsangebote heraussticht. Zum einen ist sie für eine Demokratie überlebenswichtig; zum anderen gehört sie nach politikwissenschaftlichem Verständnis zu den eher anspruchsvollen Partizipationsmöglichkeiten (vgl. Whiteley/Seyd 2002).

Will man mit einem Engagement in einer Partei politisch etwas bewegen, sind reichlich private Zeit, ein möglichst vielseitiges politisches Interesse, langer Atem, Kompromissbereitschaft, Frustrationstoleranz, ein gewisses

Wohlgefallen an formalen Abläufen und Strukturen sowie Sitzfleisch für innerparteiliche Gremienabende von Vorteil. Auch sollte man sich nicht besonders darum scheren, dass es um das öffentliche Ansehen von Parteien nicht zum Besten bestellt ist.

Dennoch engagiert sich über eine Million Deutsche, zusammen mit politisch Gleichgesinnten, in Parteien und leistet damit einen für den politischen Zusammenhalt der Gesellschaft wertvollen Beitrag. Was diese Personen motiviert, welches Selbstverständnis sie teilen und wie sie über ihr Engagement sowie ihre Partei denken, geht aus einer im Juli 2015 veröffentlichten Grundlagenstudie der Konrad-Adenauer-Stiftung hervor, erschienen in der Reihe „Forum Empirische Sozialforschung“ (siehe Höhne 2015).

Für die qualitative empirische Studie mit dem Titel „Demokratie braucht Engagement“ wurden im Herbst/Winter 2014 insgesamt 87 Personen in persönlichen Tiefeninterviews befragt. 57 Befragte sind Mitglieder von Parteien wie CDU, SPD, der Partei Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, FDP oder AfD. Dreißig Befragte engagieren sich ausschließlich außerhalb der Parteien.

Die Studie zeigt unter anderem auf, dass sich parteipolitisches Engagement in vielerlei Hinsicht von dem Engagement in Verbänden, Vereinen oder Bürgerinitiativen, aber auch Kirchen oder Gewerkschaften, also den klassischen Nebenorganisationen der Parteien, unterscheidet. Zudem schärft die Studie den Blick dafür, dass parteipolitisches Engagement bei den einzelnen Parteien strukturell ähnlich ist. Das heißt: Alle Parteien funktionieren jenseits der inhaltlichen Differenzen, aber innerhalb eines Toleranzbereiches nach gleichartigen Parametern. Beispielsweise kann ein Liberaler dieselben Erfahrungen bei der innerparteilichen Willensbildung gesammelt haben wie ein Mitglied einer der anderen Parteien.

MOTIVE DES ENGAGEMENTS

Nach der Studie ist offenkundig, dass die jeweiligen Markenkerne der Parteien mit den thematischen Schwerpunkten oder Sichtweisen ihrer Mitglieder korrespondieren. „Die Schnittmenge ist ziemlich groß zwischen der CDU und mir“, kommentiert stellvertretend für viele ein Mitglied sein parteipolitisches Engagement. Zum Beispiel können sich Christdemokraten für eine Orientierung der Politik an christlichen Werten aussprechen („Das C, meine ich, ist nicht überbewertet in der CDU, aber es ist da“) und Bündnisgrüne für eine nachhaltige Umweltpolitik.

Mitglieder wollen darüber hinaus „mit an der Front sein“ (CDU), „etwas bewegen für die Menschen“ (SPD), „aktiv dabei sein“ (Linke), „die Welt ein bisschen besser machen“ (Grüne), „ein Bekenntnis abgeben“ (FDP) oder „auch mal ganz andere Ansätze vertreten“ (AfD). Persönlichen Nutzen

versprechen sie sich hingegen kaum, zumindest lassen sie dies gegenüber den Interviewern nicht erkennen. Für das Gros der Mitglieder verkörpert ihre jeweilige Partei die eigene politische Heimat oder – wie es ein Grüner beinahe liebevoll bekundet – seine „stachelige Heimat“. Damit einhergehen kann das Gefühl, eine sinnstiftende Aufgabe wahrzunehmen. So gibt ein Sozialdemokrat über sein Engagement zu Protokoll: „Das ist ein echtes ehrenamtliches Arbeiten. [...] Da kann man auch ein bisschen stolz drauf sein, dass man sich in der Gesellschaft dran beteiligt, an einer Stelle, wo man meint, da kann ich das und da mache ich das auch.“

Aber nicht nur Politik ebnet den Weg in eine Partei. Gleichermaßen wichtig – sowohl für den Zugang als auch den Verbleib in ihr – ist Geselligkeit, beispielsweise in Form eines gemütlichen Beisammenseins oder eines Ausflugs. Diese trägt dazu bei, dass Mitglieder ein Zugehörigkeitsgefühl zu ihrer Partei entwickeln können. Darüber hinaus ist sie Ausdruck der Gesellschaftlichkeit von Parteien und letztlich Bedingung dafür, dass Parteien als Mittlerinstitutionen eine für die Bevölkerung breite und gangbare Öffnung zur repräsentativ verfassten Politik bieten und daraus stabile beziehungsweise belastbare Verbindungen erwachsen können (vgl. Wiesendahl 2012). Wenn beklagt wird, dass Parteien das Verständnis für gesellschaftliche Belange verloren hätten, ist dies nicht zuletzt auch eine Kritik am vermeintlichen Verlust ihrer Gesellschaftlichkeit.

Empirisch bieten die Ergebnisse der Studie diesbezüglich ein gemischtes Bild: Einerseits bescheinigen die Mitglieder ihren Parteien, lebendige und sozial durchlässige Organisationen zu sein. So wird vielfach das abwechslungsreiche Spektrum an Beteiligungsangeboten gelobt – auch den geselligkeitsorientierten. Aus der Sicht der Befragten könnten sie allerdings zum Teil intensiver genutzt werden. Und – in Parteien wirkt der „soziale Fahrstuhl-effekt“: „Man kann von unten kommen und ganz nach oben gelangen“, sagt etwa ein Mitglied der Linkspartei. Diesen Satz dürfte man in allen anderen etablierten Parteien genauso unterschreiben können. Andererseits gibt es kaum jemanden in den Parteien, der sich nicht etwas mehr öffentliche Würdigung für sein Tun wünschen würde. In dieses Bild fügt sich ein, dass Engagierte ohne Parteibuch der Parteipolitik tendenziell eher reserviert gegenüberstehen. Dies schwächt die Kommunikationsfunktion der Parteien und damit auch deren „Draht“ zur Gesellschaft.

TROTZ ALLEM: KEINE ENTFREMDUNG

Zum aktuellen Thema Parteireform wartet die Studie ebenfalls mit erhellen- den Einsichten auf, besonders im Hinblick auf Einstellungen zu innerpartei- lichen Plebisziten. Demnach werden Ansätze zur Ausweitung innerpartei- licher Partizipation eher zurückhaltend beurteilt, Experimentierfreude ist

kaum auszumachen. Mit den bestehenden Partizipationsangeboten zeigt man sich insgesamt eher zufrieden. Das bringt ein Sozialdemokrat auf die Formel: „Mitbestimmung ja, aber nicht zuviel.“ Zugleich wollen Mitglieder das Gefühl haben, mit ihren Anliegen und Interessen ernst genommen zu werden und sich einbringen zu können. Ein Christdemokrat drückt dies so aus: „Für mich war ausschlaggebend, dass ich als einfaches Mitglied auch mit kandidieren konnte. [...] Nur ein Mitglied zu sein und sich nicht engagieren zu können, das wollte ich nicht.“

Reformen zielen allerdings mehr darauf ab, neue Mitglieder zu gewinnen. Welche Ausrichtungen Parteien für neu anvisierte Zielgruppen attraktiv machen, kann man anhand der Äußerungen von Parteimitgliedern nicht herausfinden. Jedenfalls finden diejenigen, die sich politisch einbringen möchten, schnell Angebote zur Mitwirkung. Freilich sollte man Freude an der Parteiarbeit haben, zumindest aber entfalten, damit anfänglicher Beteiligungsenthusiasmus nicht der Gefahr ausgesetzt ist, im Sande zu verlaufen.

Organisationsreformen sollen interne Strukturen oder Abläufe optimieren – das für die Außenwahrnehmung von Parteien elementare Programmangebot verändern sie nicht. Beide Volksparteien haben in den vergangenen Jahren einen Modernisierungskurs eingeschlagen, auch um die Parteien bei Wahlen möglichst attraktiv zu machen. Diese Kurskorrekturen finden innerparteilich aber nicht nur Anklang, was beispielhaft folgende Äußerungen illustrieren:

„Die Partei hat sich sehr stark entwickelt in den letzten Jahren, hat sich geöffnet hinsichtlich neuer Themen, auch im Hinblick auf neue Mitglieder. Da gab es durchaus eine Entwicklung“, konstatiert ein CDU-Mitglied. „Man hat sehr, sehr viele Themen ja auch neu aufgegriffen. Ich glaube, für sehr viele Mitglieder, mir ging das auch so, waren das zu schnelle Entwicklungen.“ Ähnlich sieht das ein Mitglied der SPD: „Ich bin nicht mehr so ganz glücklich mit meiner Partei, seit Gerd Schröder da praktisch einen Paradigmenwechsel vorgenommen hat.“ Dennoch deuten die ausgewerteten Interviews, trotz einzelner Kritik, insgesamt auf keine Entfremdung der Parteibasis zu ihrer Organisation hin. So jedenfalls sind zahlreiche Äußerungen der Studie zu verstehen: Die Union sei „noch Volkspartei“, sagt ein Christdemokrat, „und sie hat, bei allen Gegensätzen, trotzdem mehr Gemeinsamkeiten als Trennendes“.

Zivilgesellschaftlich Engagierte – auch aus den Nebenorganisationen der Parteien – stehen tendenziell offenbar keiner Partei sonderlich nahe. Dies legt das Bild nahe, das sich aus den Interviews mit Nicht-Parteimitgliedern zeichnen lässt. Parteien sind aus deren Sicht untereinander ähnlich oder austauschbar. Zugleich zeigt sich aber, dass das Wissen über Parteien nur gering ausgeprägt ist oder eine Melange aus Stereotypen bildet. Unter den in der Studie befragten Engagierten ohne Parteibuch waren nur wenige, die sich eine Mitgliedschaft in einer Partei prinzipiell vorstellen können. Dass die

Nebenorganisationen der Parteien daher vermutlich als bedeutsames Rekrutierungsreservoir ausfallen, hat mehrere Ursachen – genauso, wie es differierende Beweggründe für politisches Engagement in und außerhalb von Parteien gibt.

Nach der Studie gibt es bezüglich der Einbindung von Neumitgliedern in die Parteiorganisation mancherorts Optimierungspotenzial. Zwar bestehen in den Parteien bereits vielfältige und innovative Ansätze, seien es Neumitgliederseminare, Patenschaften oder Mentoring-Programme; jedoch kann auf weiter Flur keine Rede von einer nachhaltig verankerten Willkommenskultur sein. Dabei ist allerdings anzumerken, dass die Ansprüche von Altmitgliedern gegenüber neuen Mitgliedern mitunter hoch sind. Einerseits wird erwartet, dass sie sich in das bestehende Gefüge einreihen. Dies drückt ein Christdemokrat folgendermaßen aus: „Was nicht gut ankommt, ist, wenn jemand Neues dazukommt, der gleich meint, er kann das Ruder hier rumreißen und alles ummodellern. Das sind halt schon auch ein bisschen eingefahrene Strukturen. Das muss man dezent angehen und mit ein bisschen Bedacht.“ Andererseits wird Eigeninitiative und Engagement verlangt. Neumitgliedern sei daher Fingerspitzengefühl bei der Aufnahme erster Aktivitäten empfohlen.

Ein Fazit der Studie ist, dass Parteien vitale Organisationen sind, allen Unkenrufen und Abgesängen zum Trotz. Manche Defizite sind sicherlich hausgemacht und können durch interne Reformen angegangen werden. Andere dagegen sind eingebettet in gesellschaftliche Trends, denen Parteien nur wenig entgegensetzen können. Wiederum andere haben mit der mangelhaften öffentlichen Wertschätzung von Parteipolitik zu tun. Nicht ohne Grund, so ein weiterer Befund der Studie, scheuen sich daher viele Mitglieder, in ihrem persönlichen Umfeld als Botschafter ihrer Partei in Erscheinung zu treten. Hier ließe sich vonseiten der Gesellschaft ansetzen, denn Parteiarbeit zu gestalten, ist Demokratie zu leben, und dies gehört anerkannt.

Literatur

Höhne, Benjamin: Demokratie braucht Engagement. Gesellschaftliche und politische Beteiligung in und außerhalb von Parteien aus Sicht von Mitgliedern und Nichtmitgliedern, Konrad-Adenauer-Stiftung, Reihe „Forum Empirische Sozialforschung“, Sankt Augustin / Berlin 2015, online abrufbar unter www.kas.de/wf/de/33.41747.

Whiteley, Paul / Seyd, Patrick: High-Intensity Participation. The Dynamics of Party Activism in Britain, Ann Arbor 2002.

Wiesendahl, Elmar: „Partizipation und Engagementbereitschaft in Parteien“, in: Tobias Mörschel, Christian Krell (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven, Wiesbaden 2012, S. 121–157.

Doch keine Alternative

—

Eine Zwischenbilanz zu AfD und Alfa

NICO LANGE

Geboren 1975 in Berlin, stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung und Leiter des Teams Innenpolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Spalter, Spalter!“, schreien in einer berühmten Szene von Monty Python wütende Parteigänger der „Volksfront von Judäa“ den Anhängern der Splittergruppe „Judäische Volksfront“ ins Gesicht. Zwischen der „Alternative für Deutschland“ (AfD) und der im

Juli 2015 neu gegründeten „Allianz für Reformen und Aufbruch“ (Alfa) scheint es ähnlich zuzugehen. Die einstigen Co-Sprecher der AfD, Bernd Lucke und Frauke Petry, sowie ihre jeweiligen Anhänger überziehen sich on- und offline mit Schmähungen, Vorhaltungen, Plagiatsvorwürfen und finanziellen Forderungen. Das Geschehen nach dem Wahlparteitag von Essen markiert den Wendepunkt in einer Geschichte, die die Euro-Gegner nach ihrer Parteigründung schnell ins Europäische Parlament und in fünf Landtage gebracht hatte. Der Aufstieg der AfD ist vorbei.

Dass Personalentscheidungen in Parteien Abspaltungen und Neugründungen nach sich ziehen, war bisher ein Kennzeichen unreifer Parteienstrukturen in schwach entwickelten Parteiensystemen. Aber auch Bernd Lucke und seine Getreuen gründeten nach ihrer deutlichen Niederlage im Kampf um den AfD-Vorsitz prompt die neue Formation „Allianz für Reformen und Aufbruch“ (Alfa). Es ist eine Ironie, dass diese Parteigründung das Wort „Allianz“ im Namen trägt. Denn wenn etwas von Bernd Lucke in Erinnerung bleiben wird, dann ist es seine Unfähigkeit zum Schmieden von Bündnissen und Kompromissen, zur Anerkennung anderer Meinungen und zur Zusammenführung unterschiedlicher Positionen zu einem gemeinsamen Ganzen.

Verbissenheit und Rechthaberei prägen alle populistischen Parteien, die seit einigen Jahren in Europa auf dem Vormarsch sind – links wie rechts. Im Umfeld von AfD und Alfa, aber nicht nur dort, hält diese undemokratische Verbiesterung auch in der politischen Auseinandersetzung der Bundesrepublik Einzug. Klickoptimierte Online-Medien mit Hang zu Zuspitzung und Kra-wall, Stillosigkeit und krasse Beleidigungen in sozialen Netzwerken, Verschwörungstheorien und weit verbreitete kontrafaktische Argumentationen zu fast allen Problemlagen begünstigen diese Entwicklung.

Das ist keine gute Nachricht für unsere Demokratie. Wenn die Bundesrepublik vor allem auswärtigen Beobachtern wie ein unwahrscheinlicher Hort der Stabilität erscheint, dann beruht das maßgeblich auf der politischen Kultur der Konkordanzdemokratie. Die Orientierung an politischen Lösungen, die Überwindung politischer Differenzen und der Ausgleich unterschiedlicher Auffassungen und Interessen innerhalb der Volksparteien und im parlamentarischen System machen Deutschland stark.

POLITISCHE PROJEKTIONSFLÄCHE

Mancher Beobachter traute der AfD zu, zur erfolgreichsten Parteineugründung seit den Grünen zu werden. Aus dem Unbehagen an der Euro-Rettungspolitik heraus gegründet, kanalisierte die AfD schnell ein allgemeines Unbehagen von Protestwählern mit der modernen Gesellschaft, mit Individualisierung und Globalisierung – überhaupt mit politischer und gesellschaftlicher Komplexität. Parteisprecher Bernd Lucke spielte virtuos auf der Klaviatur von politischen Andeutungen und der Mobilisierung von Vorurteilen. Ohne sich festzulegen, oszillierte er als Aushängeschild der Partei zwischen liberaler, libertärer, konservativer, nationalökonomischer und rechtspopulistischer Kritik an der aktuellen Politik. Für die extrem heterogene Wähler-, Anhänger- und Funktionärschaft der AfD blieb die Partei dadurch eine Projektionsfläche.

Die einen sahen die AfD als Partei, die endlich deutsche Wirtschaftsinteressen wiederentdeckte, andere wähten in ihr die einzige Partei, die sich gegen „Überfremdung“ in Deutschland stellte – freilich ohne dabei „rechts“ sein zu wollen. Wieder andere wollten eine Partei, die sich für Putins Russland und gegen die Amerikaner positionierte, oder glaubten, christlich-konservative Familienleitbilder in ihr wiederzufinden. Ehemalige Wähler der Linkspartei unterstützten die AfD ebenso wie ehemalige Wähler der FDP, der SPD oder der CDU. Die besten Ergebnisse bei der Bundestagswahl 2013 erhielt die AfD in den Wahlkreisen, in denen vormals die NPD stark gewesen war. Gleichzeitig mobilisierte die AfD mehr als andere Parteien ehemalige Nichtwähler.

Zusammengehalten wurde die bunte Truppe durch multiple „Antis“: gegen die „Merkel-CDU“, gegen „diese EU“, gegen den Euro, gegen „Genderwahn“, gegen „die Asylpolitik“, gegen politische Korrektheit, gegen die Medien, gegen die „Altparteien“, gegen „das System“. Das ging solange gut, wie die inhaltlichen Differenzen nicht thematisiert wurden. Bewusst hat Bernd Lucke Programmdiskussionen und inhaltliche Debatten auf Parteitag verhindert.

UNGLAUBWÜRDIGE DISTANZIERUNG

Die breite Projektionsfläche erklärt, warum der AfD bei den Wahlen 2014 und 2015 die seit der Gründung anhaltenden internen Querelen kaum geschadet haben. Jeder konnte sich unter der AfD vorstellen, was er wollte. Die Partei plakatierte bei der Europawahl in Mecklenburg-Vorpommern „Keine Einwanderung in die Sozialsysteme“ und in Berlin-Zehlendorf „Schluss mit den Niedrigzinsen“. An dem einen Ort positionierte sich die AfD gegen „Grenzkriminalität“ und konnte der ehemaligen DDR im Bereich der inneren Sicherheit Gutes abgewinnen. Anderenorts beschwor sie die liberale Wirtschaftskraft des Westens und die Vorzüge der Freiheit.

Vor diesem Hintergrund ist Luckes echauffierte Distanzierung von den angeblich erst auf dem Parteitag in Essen bemerkten Tendenzen zu Rechtspopulismus und Feindschaft gegen Muslime oder zur offenen Kritik an der Westbindung unglaubwürdig. Es war ganz maßgeblich seine Strategie, gezielt auch an den Rändern um Wähler zu werben.

Zur Projektionsfläche wurde die AfD auch für andere Parteien. Weil die Erfolge der UKIP und des Front National in Großbritannien und Frankreich vor Augen führten, wie weit populistische Ideen in klassische sozialdemokratische und linke Wählerschaften einbrechen können, waren Linkspartei und SPD bemüht, vor der AfD zu warnen und sie als „rechts“ zu brandmarken – ganz offensichtlich, um die eigene Wählerschaft von Sympathien für die Euro-Gegner abzuhalten.

In Teilen der Berichterstattung wurde man sich dagegen schnell einig, dass die AfD vor allem ein Problem für die CDU sei, und bemühte den Vergleich von SPD zur Linkspartei. Zwar sprach selbst die oberflächlichste Analyse eine andere Sprache – beispielsweise verbesserte sich das Wahlergebnis der CDU, obwohl die AfD an Stimmen gewann. In Anbetracht der geradezu „eingemauerten“ Zustimmungswerte der Bundeskanzlerin und des stabilen Abstands zwischen CDU und SPD in den Umfragen kam die AfD als politisches Instrument offenbar gerade recht. Aber auch innerhalb der CDU wurde die AfD instrumentalisiert, um auf vermeintliche programmatische Leerstellen und „verkauftes Tafelsilber“ hinzuweisen und damit trotz des Wahlerfolgs von 41,5 Prozent bei der Bundestagswahl den Modernisierungskurs der Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs zu relativieren.

Neben dem Abstieg der FDP waren 2013 und 2014 die Wahlerfolge der AfD eine der wesentlichen Neuigkeiten nach den Urnengängen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament und die Landtagswahlen in den jungen Ländern 2014 begünstigten durch niedrige Wahlbeteiligungen, geringere Parteiidentifikation und traditionell hohe Volatilität der Wählerschaften die schnellen Erfolge der AfD. Damit kam sie gleichsam auf eine „Siegerstraße“ der Erfolgsmeldungen mit fast permanent hoher medialer Aufmerksamkeit.

NEUE WAHLERFOLGE UNWAHRSCHEINLICH

Ein solcher Weg ist für AfD und Alfa jetzt nicht in Sicht. Bis zu den nächsten Wahlen vergeht ein halbes Jahr. In der Zeitrechnung dieser sehr jungen Parteien ist das eine Ewigkeit. In Sachsen-Anhalt, wo einst die rechtsextreme DVU das deutschlandweit höchste Ergebnis erreichte, ist in Anbetracht der Flüchtlingsproblematik und der nunmehr klar rechtspopulistischen Ausrichtung der AfD einiges denkbar. Vor allem die AfD, aber auch Alfa dürfte es dagegen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz schwer haben. Dazu kommt, dass die FDP den Eindruck macht, sich neu zu finden.

In der Fachliteratur ist immer wieder davon die Rede, dass populistische Parteien Indikatoren sein können – für neu entstehende oder relevanter werdende Spannungslinien in der Gesellschaft und drängende politische Probleme. Tatsächlich werden zwei hochkomplexe Herausforderungen die Politik in Deutschland und Europa weiterhin stark bestimmen: die Zukunft der Europäischen Integration, exemplarisch gerade in der Griechenland-Krise ausgedrückt, und die Flüchtlingsbewegungen in die EU-Länder. In der Bundesrepublik gibt es mit der Spaltung von AfD und Alfa nunmehr zu jedem dieser Themen eine populistische Partei. In anderen europäischen Ländern muss man allerdings schon länger damit leben, dass Populisten permanent am politischen Diskurs teilnehmen.

Selbst wenn man gewillt ist, AfD und Alfa diese Barometerfunktion zuzugestehen, muss man feststellen, dass beide Formationen keine politischen Alternativen zu diesen drängenden Themen aufzeigen können. Für die Zukunft Europas braucht es eine Kultur der Kompromisse und der Einigung, nicht die Rechthaberei und den Krawall der Populisten. Um gute Lösungen muss gestritten werden, Ideen und mutiges Vordenken zur Zukunft Europas und zur Bewältigung der Flüchtlingsbewegungen sind nötig. Für Christdemokraten in der Tradition Adenauers und Kohls steht am Ausgangspunkt aber eine europäische Überzeugung, die mehr ist als das instrumentelle Verständnis von Europa als reinem Binnenmarkt und die den Rückfall in die Nationalökonomie nicht zulässt. Zu einer Haltung für ein modernes und offenes Deutschland in einem geeinten Europa gibt es keine Alternative.

Mit Kapitalismus- kritik ins Weiße Haus?

Welche Rolle das Thema der Ungleichheit im US-Präsidentenwahlkampf spielt

ROLAND BENEDIKTER

Geboren 1965 in Bruneck (Südtirol), ist Research Scholar für multidisziplinäre Politikanalyse am Orfalea Zentrum für Globale und Internationale Studien der Universität von Kalifornien in Santa Barbara (USA).

„Die Zeiten sind hart“, witzelte US-Präsident Barack Obama am 25. April 2015. „Ich hatte eine Freundin, die viele Millionen Dollar pro Jahr verdiente. Und nun lebt sie in einem Bus in Ohio.“ Gemeint war Hillary Clinton, die ungewöhnlich

früh begann, ihre Präsidentschaftskandidatur mittels einer Tour-Busses auf dem „flachen Land“ zu betreiben.

Gleichzeitig spielte Obama auf Clintons Einkommens- und Vermögensverhältnisse an: Seit sie nicht mehr Außenministerin ist, hat sie laut Berechnung führender US-Medien wie *New York Times* und *Washington Post* etwa dreizehn Millionen US-Dollar pro Jahr verdient. Mindestens 55 Millionen US-Dollar soll ihr Privatvermögen umfassen. Der nach US-Recht gemeinschaftlich zu erklärende Familienverdienst mit ihrem Mann Bill Clinton für

die Jahre zwischen 2001 und 2012 wird von unabhängigen Analytikern auf mindestens 136,5 Millionen US-Dollar geschätzt. Hillary Clinton ist als mögliche Präsidentin damit reicher als die meisten vorangegangenen Bewohner des Weißen Hauses. Trotzdem erhob sie das Thema der Ungleichheit mit Blick auf die Lage des US-Mittelstandes bereits am ersten Tag ihrer Kandidatur zum Kerngegenstand ihres Wahlkampfes – wohl wissend, dass sie im Präsidentschaftswahlkampf 2008/09 eben wegen dieses Mittelstandes in der innerparteilichen Auseinandersetzung gegen Obama verlor.

EIN „GEFÄHRLICHES“, ABER DIESMAL WOHL UNUMGEHBARES THEMA

Die Lehre: Es scheint sich mittlerweile auch bei den reichsten und am stärksten in das Establishment eingebundenen Demokraten wie Clinton die Überzeugung durchgesetzt zu haben, dass nur mit dem Thema Ungleichheit die Präsidentschaftswahl 2016 zu gewinnen ist. Das kommt einer kleinen Revolution gleich. Denn bislang war von den Prinzipien, die in der amerikanischen Verfassung verankert sind, *Freiheit* konkurrenzlos das Zentrum des amerikanischen Selbstverständnisses; während *Brüderlichkeit* traditionell kaum eine Rolle spielt, tritt nun offenbar das *Gleichheits*-Thema erstmals gleichberechtigt hinzu.

Clinton schwenkt nicht nur aus Überzeugung auf das Thema Ungleichheit ein, das im Wahlkampf traditionell als „gefährlich“ gilt. Denn im Allgemeinen wollen Amerikaner positive Mythen des

Landes hören statt Rhetoriken über Probleme oder gar Niedergang. Dazu kommt: Trotz aller wirtschaftlichen Abstiegssorgen sehen weiterhin mehr als achtzig Prozent der Amerikaner alles, was auch nur ansatzweise mit Umverteilung von Staats wegen zu tun hat, schnell als „sozialistisch“ und damit eindeutig negativ. Clinton wählt das Thema Ungleichheit nicht zuletzt aufgrund des Drucks „linker“ Mobilisierung innerhalb der Demokratischen Partei zum Generalthema. Unter anderem der „unabhängige Demokrat“ Bernie Sanders, Anhänger eines Wohlfahrtsstaats nach skandinavischem Vorbild, ein Nicht-Parteizugehöriger, der trotzdem aufseiten der Demokraten kandidiert, sitzt ihr im Nacken. Am 30. April fragte er mit ungewöhnlich breitem Echo in der amerikanischen Öffentlichkeit: „Wie ist es möglich, dass das oberste ein Prozent in den USA heute fast genauso viel Vermögen besitzt wie die restlichen neunzig Prozent zusammen?“ Sanders sprach damit die mittlerweile gerade in der US-Mittelschicht weit verbreitete Empfindung an, dass nicht nur die Einkommen in den USA immer ungleicher werden, sondern auch die daraus resultierenden Vermögen sich immer ungleicher zueinander verhalten.

Sanders sah es als inakzeptabel an, „dass wir in diesem Land große Unternehmen haben, die Milliardenprofite machen, aber keinen einzigen *Nickel* an nationalen Steuern bezahlen, weil sie unter anderem ihr Geld auf den Cayman-Inseln, auf den Bermudas und in anderen Steueroasen horten.“ Damit spielte er auf global erfolgreiche Großkonzerne wie Google oder Yahoo an, die trotz Milliardengewinnen in den vergangenen Jahren in den USA tatsächlich kaum Steuern bezahlten.

Das Problem für Clinton und ihr sprichwörtlich „feines Näschen für Kommen-des“ dabei ist: Sanders steht nicht mehr einfach für sich, wie in vergangenen Jahrzehnten. Und er wird auch nicht mehr nur als „Arbeitervertreter“ angesehen. Sanders steht heute – nicht zuletzt als Effekt der Obama-Jahre und im Gefolge der Frustration vieler, die all ihre Hoffnungen auf Veränderung in die Präsidentschaft Obamas gesetzt hatten – für eine scheinbar unabwendbar anschwellende Gleichheits-Bewegung in der Demokratischen Partei.

UNGLEICHHEIT – NUN AUCH BEI DEN REPUBLIKANERN EIN THEMA

Die Folge? Die „Demokraten“ küren ihre Spitzenkandidaten voraussichtlich im Frühjahr 2016. Bis dahin ist ein harter innerparteilicher Richtungsstreit zwischen „neuen Gleichheitsvertretern“ und Establishment (zu dem Clinton eigentlich gehört) zu erwarten, wobei „unabhängige Halb-Demokraten“ wie Sanders das Zünglein an der Waage sein könnten. Dies zumindest mit Blick darauf, wo der Ort der „Mitte“ durch die Gesamtpartei definiert wird.

Doch die Themenwahl Vermögen und Ungleichheit wird – für das US-Publikum gewiss noch überraschender – nun auch von den ersten kandidierenden Republikanern gespiegelt, die zugleich zu den aussichtsreichsten Bewerbern gehören dürften. Das ist eine Neuerung für eine Partei, bei der 2012 mit „Mitt“ Romney just ein kompromissloser Vertreter des „einen Prozents“ der reichsten Amerikaner

die innerparteiliche Auswahl gewann. Nun scheint sich der Wind auch bei den Konservativen zu drehen – zumindest rhetorisch.

Ein Beispiel? Der Tea-Party-Favorit Rand Paul, ein in vielerlei Hinsicht paradoxer „Libertär-Konservativer“, der trotz seiner in vielen Punkten progressiven Haltung gute Chancen hat, das konservative Rennen parteiintern zu machen, erklärte bei der Eröffnung seines Wahlkampfes:

„Wir wollen unser Land aus den Fängen der *special interests* zurückholen, die Washington als ihr persönliches Sparschwein benutzen. Unter den Augen beider Parteien scheinen die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher zu werden. Und niemand tut etwas.“

Das war wie bei Clinton ein nur allzu klarer Appell an die rasch wachsende Zahl der Ungleichheits-Unzufriedenen in den USA – und zwar nicht wie bei Clinton hauptsächlich mit der Zielgruppe der urbanen Küsten-Mittelklassen, sondern bei Paul amerikaweit, einschließlich der unteren Mittelklasse in der republikanisch dominierten Provinz, den sogenannten „heartlands“. Zumindest mit dem von ihnen geförderten Paul scheinen die Aktivisten der Tea Party also wenigstens eines erreicht zu haben: dass keiner der mehrheitlich von ihnen abhängigen republikanischen Kandidaten das Thema Ungleichheit im „Land der Freien“ und in der „Heimat der Tapferen“ (*Land of the Free and Home of the Brave*) im kommenden Jahr ignorieren oder gar aktiv unterlaufen können wird. All dies lässt sowohl aufseiten der Demokraten als auch der Republikaner einen populistischen Wahlkampf erwarten, der sich auf das Thema „Kampf gegen Ungleichheit“ fokussieren wird.

DIE FAKTEN: „NIVEAU WIE VOR DER GROSSEN DEPRESSION“

Doch was sind, ungeachtet dieser – durchaus interessengeleiteten – Rhetorik auf allen Seiten, die Fakten zum Stand der Ungleichheit in den USA? Sie sind tatsächlich beunruhigend.

Der *World Wealth Report (WWR) 2014* der Beratungsfirmen Capgemini und RBC Wealth Management weist darauf hin, dass die Zahl der US-Superreichen trotz Immobilien-, Spekulations- und Finanzkrise in den vergangenen Jahren kontinuierlich zwischen zehn Prozent und sechzehn Prozent pro Jahr gewachsen ist. Sie erreichte nach 3,7 Millionen im Jahr 2012 2013 den Rekordwert von 4,3 Millionen. Die Massierung der Vermögenswerte der Reichsten in den USA erreichte 2013 mit 14,9 Billionen US-Dollar ebenfalls einen Rekord. Zum Vergleich: Das gesamte weltweite Vermögen wird auf etwa sechzig Billionen US-Dollar geschätzt. Das heißt, dass die zwei Prozent Reichsten in den USA knapp ein Viertel der globalen Vermögenswerte ihr Eigen nennen. Etwa gleich viele Reiche (etwa 10.000 weniger) gibt es bei ähnlicher Vermögenskonzentration in der Asien-Pazifik-Region, die allerdings wesentlich mehr Einwohner hat. Deren Reichenzahl wuchs um 17,3 Prozent noch etwas schneller, während die von Europa laut *WWR* „nur“ um 12,5 Prozent wuchs.

Wichtiger: Das Zentrum für Armut und Ungleichheit der Stanford-Universität (Stanford Center on Poverty and Inequality) sieht die Ungleichheit in den USA auf „demselben extremen Niveau wie vor der Großen Depression“ (1929 bis

1941). Das Verhältnis zwischen dem Einkommen eines Arbeiters oder Angestellten und dem eines Firmenführers (CEO) lag 1965 bei 1 : 24, 2009 bei 1 : 185. Die Mittelklasse hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten massiv an Kaufkraft verloren. Zugleich sind die Kosten für Erziehung, Lebensunterhalt und Wohnen für die Mittelklasse um mindestens das Zehnfache gestiegen. Die Folgen für die auch aufgrund dieser Entwicklung relativ absteigenden Mittel- und Unterklassen: 750.000 Amerikaner sind jede Nacht ohne Unterkunft, darunter ein erheblicher Anteil, der vorher stabil zur Mittelklasse gehörte, etwa zehn Millionen Kinder haben keine Gesundheitsversicherung, und die US-Kinderarmut liegt laut Stanford-Universität bei 21 Prozent – in Deutschland bei unter acht Prozent. Das Fünftel der US-Reichsten lebt zunehmend in eigenen Wohnsiedlungen, und die klassenbedingte „Wohntrennung“ (*residential segregation*) nimmt laut Stanford rasch zu.

Aber das ist noch nicht alles. Laut OECD stehen die USA heute bei absolut (nicht: pro Kopf) größtem Reichtum in Sachen Ungleichheit an viertletzter Stelle aller 34 entwickeltesten Staaten der Erde – übertroffen nur von Chile, Mexiko und der Türkei.

Die Themen-Entwicklung des US-Präsidentenwahlkampfes 2015/16 ist aufseiten sowohl der Demokraten wie der Republikaner in diese Gesamtsituation eingebettet, die vielen Amerikanern zunehmend Sorgen bereitet. Die Wahlkampfmaschinen der Demokraten und der Republikaner reagieren gleichermaßen direkt wie indirekt auf die Lage. Das zeigt, dass infolge der Obama-Jahre (Januar 2009 bis Januar 2017) auch (und

sogar) in den USA die globalen Kernfragen Vermögens- und Einkommensverteilung sowie wachsende Vermögens- und Einkommens-Ungleichheit zum Breiten-thema werden.

Das geschieht ungeachtet dessen, dass das Thema für fast ein Jahrhundert vom Mainstream der US-Kulturstimung als „unamerikanisch“ verdrängt wurde. Wenn das Thema heute im Erfinderland des modernen Kapitalismus trotzdem an Bedeutung gewinnt – zumindest für die Dauer des Präsidentschaftswahlkampfes –, dann lautet die Frage, was der damit verbundene Trend bezogen auf konkrete politische Maßnahmen, Strategien und Absichten bedeutet. Steht Amerika vor einer Neubewertung der Vermögens- und Einkommensfrage im Zeichen des Kampfes gegen Ungleichheit? Steht es damit indirekt gar vor einer Neubewertung des Kapitalismus? Oder ist das Ganze weitgehend Rhetorik, die – wie meist Wahlkampfversprechen – nur kleinere Korrekturen und Anpassungen produzieren wird?

NEUBEWERTUNG DES KAPITALISMUS?

Die USA sind in vielerlei Hinsicht das globalisierteste Land der Erde, das sowohl unbewusst wie bewusst weiß, dass es sich globalen Trends nicht völlig entziehen kann – nicht einmal dem Trend zur Thematisierung von Ungleichheit. Trotzdem bleibt es charakteristisch für die USA, dass es im 20. Jahrhundert viele Anläufe zur Beseitigung der *Armut* gegeben hat, aber kaum bedeutendere Anstrengungen zur Eindämmung der *Ungleichheit*. Beides, *Armut* und *Ungleichheit*, bleiben für das

„mittlere“ amerikanische Empfinden mehr oder weniger dasselbe – und genau das ist einer der maßgeblichen Unterschiede zu den europäischen Staaten, die *Ungleichheit* und *Armut* genau unterscheiden.

Die Folge: Zwar gab es in den USA unter anderem in den Jahren Lyndon B. Johnsons (1963 bis 1969) und seiner Idee einer „great society“ zahlreiche Programme mit Milliardenausgaben zur Beseitigung von *Armut*; aber *Ungleichheit* wurde dabei kaum je grundsätzlich thematisiert, sondern meist sogar positiv als inhärenter, ja zentraler Bestandteil des „amerikanischen Traums“ angesehen. Aus dieser (traditionellen) Sicht ist *Ungleichheit* sowohl Voraussetzung als auch unvermeidliche Folge vertikaler Mobilität. Es muss Verlierer geben, oder es gibt keine Gewinner – so ein Teil der Kulturprägung des „amerikanischen Traums“ bis heute. Diese Empfindung sieht *Armut* als negativ an, nicht aber *Ungleichheit*.

KONZENTRATION AUF EINKOMMENS-, NICHT AUF VERMÖGENSUNGLEICHHEIT

Doch dabei ergeben sich mittlerweile auch für den amerikanischen Durchschnittsbürger viele Fragen. Darunter ist die Frage, ob *Ungleichheit* in den USA hauptsächlich durch Einkommens-Ungleichheit bedingt ist, wie die meisten Analysen – typisch amerikanisch – glauben machen wollen. Zudem setzt sich allmählich auch in der angloamerikanischen Welt die Einsicht durch, dass die einfache Rechnung, Wirtschaftswachstum werde *Ungleichheit* von allein abmildern oder

gar auf lange Frist entscheidend verringern, per se nicht den Fakten entspricht – und auch keine Universallösung sein kann, weil damit etwa die Umweltproblematik noch nicht angesprochen ist.

Trotzdem dürfte es für die USA weiterhin typisch bleiben, dass eine – bewusste und unbewusste – Konzentration auf *Einkommensungleichheit* mit Lösung Wirtschaftswachstum kulturell dominiert. Gemäß diesem Fokus auf Einkommen – statt auf Vermögen – gilt es, in erster Linie die Chancen in der Zukunft zu sehen (Einkommen), indem im Idealfall alle, einschließlich der Armen, mehr verdienen. Es geht in den USA aus der ganzen kulturellen Geisteshaltung heraus seit jeher weniger darum, bestehendes Erworbenes aus der Vergangenheit – also Vermögen – zu beschneiden. Letzteres würde Redistribution bedeuten – und käme, soweit über einen gewissen Punkt hinausgetrieben, für die meisten Amerikaner im Signum der grundlegend *individualistischen* „Fairness“ des „amerikanischen Traums“ einem Unrecht nahe.

Eben daher bleibt in fast allen Ungleichheits-Diskussionen des beginnenden US-Wahlkampfs offen, ob es bei allfälliger Bearbeitung des Problems „Ungleichheit“ um eine Systemveränderung, also eine Redistributionsreform (einschließlich einer Steuer- und Ausgabenreform der öffentlichen Hand), geht, um mehr Programme zur Armutsbekämpfung oder einfach um den frommen Wunsch „Bessere Chancen für alle!“, wie die Republikaner das Ungleichheits-Problem bislang meist vereinfachend interpretieren.

Diese (programmatische) Unschärfe hat allerdings nicht nur auf einer Seite (der republikanischen), sondern durchaus auf *beiden* Seiten des parteipolitischen

Spektrums Methode: Schließlich handelt es sich für alle Kandidaten darum, die Rhetorik des „amerikanischen Traums“ möglichst ungebrochen weiterzuführen. Ob man dabei mehr „links“ oder „rechts“ steht, ist fast unerheblich.

OBAMA: „UNGLEICHHEIT IST FÜR DIE USA DIE ZENTRALE HERAUSFORDERUNG UNSERER ZEIT“

„Ungleichheit ist die zentrale Herausforderung unserer Zeit“ („Inequality is the defining challenge of our time“), erklärte US-Präsident Obama mehrfach, darunter programmatisch 2013 und 2014. Er zollte damit einem gesellschaftlichen Problem Tribut, das etwa zeitgleich durch das Buch des französischen Ökonomen Thomas Piketty *Das Kapital im 21. Jahrhundert* (2013, englisch 2014) neu herausgearbeitet und auf die globale Bühne gebracht wurde. Demnach bedroht die unkontrollierte Zunahme von weltweiter, seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs stetig wachsender Ungleichheit die demokratischen Ordnungen von Wirtschaft und Gesellschaft. Obama machte gar die Herstellung von mehr Gleichheit zur „Kernaufgabe der Nation“, so etwa in seiner Rede zur „Lage der Nation“ Ende Januar 2014. In Zeiten, in denen, wie Ende April bis Anfang Mai 2015, die Stadt Baltimore in Maryland von den Behörden zur „Aufstandszone“ erklärt, der Ausnahmezustand verhängt und die Nationalgarde mobilisiert wurde, um Unruhen unter den sozial benachteiligten Afroamerikanern zu bekämpfen, schienen diese Worte allerdings die eines Rufers in der Wüste zu bleiben.

Die Ereignisse in Baltimore geschahen, während die Reichsten, darunter etwa die US-Hedgefonds-Manager, ständig neue Rekorde bei ihren Privateinkünften feierten. Auf der Liste der bestverdienenden Fondsmanager für das Jahr 2012 wurde das Ein-Jahres-Privateinkommen von Appaloosa-Managementleiter David Tepper offiziell mit 2,2 Milliarden Dollar beziffert, das von Steven A. Cohen von SAC Capital Advisors mit 1,4 Milliarden Dollar, das von Ray Dalio von Bridgewater Associates mit 1,7 Milliarden Dollar, das von James Simons von Renaissance Technologies mit 1,1 Milliarden Dollar und das von Leon Cooperman von Omega Advisors mit 560 Millionen Dollar – Zahlen, die selbst aus der Sicht der amerikanischen Oberschicht obszön anmuten.

Obama wagte es in seiner bisherigen Amtszeit allerdings nicht, über – richtungsweisende – Worte hinaus wirklich neue, praktische Schritte zur Ungleichheitsfrage einzuleiten. Bei Obama blieb, wie heute von seiner eigenen Klientel, der liberal-progressiven Bevölkerungsschicht, empfunden wird, mehr oder weniger unklar, was die konkrete Perspektive der von ihm öffentlich thematisierten US-Ungleichheits-Frage ist: Stärkung der Mittelklasse, Redistribution von Vermögen, Einkommensgleichheit oder (ein weiteres Mal) Bekämpfung von Armut?

OBAMA: EIN TRAGISCHES ERBE?

Obama blieb wohl eben mit Rücksicht auf die amerikanische Mentalität vage. Er tastete das Bestehende nicht an, sondern versuchte, eher das ohnehin nach vorn Treibende für sich zu nutzen. Dabei ging

Obama den für ihn typischen Weg der „Mitte“. So war es nicht überraschend, dass der Präsident mit den meisten seiner Stellungnahmen zur „Einkommensungleichheit“, etwa in der Frage des Mindestlohns, teilweise erfolgreich war, hingegen die „Vermögensungleichheit“ wenig bis gar nicht in den Blick nahm.

Dafür gibt es allerdings auch gute Gründe. Man darf nicht vergessen, dass das Vermögen in westlichen Demokratien in der Regel bereits auf versteuertem Einkommen beruht – das nicht verprasst, sondern eben angelegt wurde. Daher muss es auch geschützt werden. Es ist alles andere als ein Verbrechen, es zu besitzen. Allerdings sind in Amerika die Verhältnisse in der Realität doch sehr anders als in Europa: Seit der Ära George W. Bush jr. (2001 bis 2009) werden Reiche und vor allem Superreiche weniger besteuert als in anderen Demokratien. Obwohl es in Kalifornien durchaus Besitzsteuern, etwa auf Immobilien, gibt, ist die Durchschnittsbesteuerung bei ungleich höherer Akkumulation in den USA weit niedriger als in Europa und die Progression tendenziell geringer. Obama hat hier praktisch nichts verändert, auch nicht, was eine stärkere Beteiligung der Superreichen am nationalen Haushalt anbelangt.

Bei allem Respekt vor der Neuthematisierung der Ungleichheits-Frage durch Obama ist daher wohl davon auszugehen, dass die Parteien der USA – Demokraten wie Republikaner – weit davon entfernt sind, Positionen einzunehmen, die europäischen Sichtweisen auch nur entfernt ähnlich sind. Das hat auch damit zu tun, dass Europa in Fragen der Besteuerung von Vermögen und Einkommen zuletzt falsche Signale ausgesendet hat – etwa mit

der geplanten französischen „Reichensteuer“ von 75 Prozent durch Präsident François Hollande, der damit verbundenen Anti-Reichenkampagne und dem darauf folgenden Exodus von Prominenten und Künstlern.

Zusammenfassend und in der Vorausschau auf die kommenden Monate stellt sich die Frage, was die US-Präsidentenwahlkandidaten konkret an Neuerungen vorhaben, wenn sie „Ungleichheit“ auf ihre Agenda setzen – und was in dieser Hinsicht von Obamas Erbe bleiben wird.

Die US-Medien jedenfalls sind sich eineinhalb Jahre vor den Wahlen in einem Punkt einig: Keine der Kandidatinnen und keiner der Kandidaten mit Aussicht auf das Amt wird größere Veränderungen in der Ungleichheitsfrage bewirken, weil dies der inneramerikanischen Mythologie vom „American Way of Life“ widerspräche und größere Umbrüche in der Vermögens-, Einkommens- und Steuerfrage gegen den „amerikanischen Traum“ nicht durchzusetzen seien. Viele misstrauen denn auch der aktuellen Klassen-Rhetorik, die sowohl bei Demokraten als auch bei Republikanern den Wahlkampfauftakt dominiert – manche wegen ihrer Unschärfe; andere, weil die öffentliche

Thematisierung der Ungleichheit zumindest für die heutige US-Generation immer noch vergleichsweise „neu“ ist; wieder andere – vor allem außerhalb der urbanen Zentren –, weil sie sie für prinzipiell „unamerikanisch“ halten.

Was bedeutet das?

„Amerikanisch“ war auf *beiden* Seiten des Parlamentsganges (*both sides of the aisle*) stets der Diskurs von Leistung, Arbeit, des Sich-nach-oben-Durchboxens – nicht aber, dass mehr Gleichheit staatlich hergestellt werden soll. Amerikaner waren im Prinzip davon überzeugt, dass Ungleichheit nur Ausdruck unterschiedlichen Willens ist – auch was die Höhe des Einkommens, die Akkumulation von Vermögen und die daraus resultierenden Wirkungen betrifft. Es ist unwahrscheinlich, dass sich diese tief verankerte Überzeugung rasch ändert.

So wird die aktuelle Ungleichheitsdebatte wohl mittelfristig wenig Einschneidendes bewirken. Der Effekt könnten trotzdem einige Steuererhöhungen für die Reichsten sein, zumindest als „Antrittsgeschenk“ einer neuen Präsidentschaft. Über einige eher symbolische Korrekturen dürften die Folgen vorerst wohl kaum hinausgehen.

„Der Vorsitzende des Vereins für deutliche Aussprache“

Zum 100. Geburtstag von Franz Josef Strauß am 6. September

EDMUND STOIBER

Geboren 1941 in Oberaudorf, von 1993 bis 2007 Ministerpräsident des Freistaats Bayern und von 1999 bis 2007 Vorsitzender der Christlich Sozialen Union.

Herr Dr. Stoiber, der offizielle Jubiläumsreigen zum 100. Geburtstag von Franz Josef Strauß ist in vollem Gange. Welche persönlichen Erinnerungen löst dieses Datum bei Ihnen aus?

Edmund Stoiber: Zunächst einmal ist dieser Reigen einem großen Sohn Bayerns

und Deutschlands, dem wohl bedeutendsten bayerischen Politiker der Nachkriegszeit, geschuldet. Aber Sie fragen mich nach den persönlichen Erinnerungen. Das fängt bei mir als kleiner Bub schon an: Elf Jahre war ich alt, als ich mit meinen Eltern und meiner großen Schwester die Bundestagsdebatten am Radio mitverfolgte – um die Wiederbewaffnung und die Einführung der Bundeswehr ging es da. Die Stimme des Radioreporters habe ich im Ohr: „So, nun spricht der bayerische Abgeordnete Franz Josef Strauß.“ Da ist mir, obwohl ich nicht ganz verstanden habe, worum es ging, diese außer-



1980: Unionskanzlerkandidat Franz Josef Strauß (links) mit den Generalsekretären der CSU Edmund Stoiber (Mitte) und der CDU Heiner Geißler (rechts). Foto: Wolfgang Steche, Heidelberg

ordentliche Sprachgewalt und Überzeugungskraft aufgefallen.

Später in der „Jungen Union“, etwa 1972, als ich bei einer internen Veranstaltung mit Strauß diskutieren durfte, habe ich das erst recht verspürt – obwohl es nur um die Fragen eines Krankenhausfinanzierungsgesetzes ging.

Ich habe Strauß dann immer wieder getroffen, aber erst richtig aus der Nähe kennengelernt habe ich ihn ab 1978 – in den zehn Jahren, als ich Generalsekretär der CSU und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei war. Insgesamt kann ich nur sagen: ein außerordentlich herausfordernder Chef, der viel verlangt hat, wo es, wenn etwas nicht so gut gelaufen ist, Kritik und heftige Diskussion gab. Aber es ist

dann sehr schnell auch wieder verraucht, und es blieb nie etwas zurück.

Insgesamt machte es unendlich viel Freude, mit ihm zusammenzuarbeiten. Man merkte: Hier ist ein Vollblutpolitiker, der all das, was er sagt, umsetzen will. Und der bereit ist, sich mit seinen Vorstellungen auch in heftigste Auseinandersetzungen zu begeben.

Franz Josef Strauß war 27 Jahre lang Vorsitzender der Christlich Sozialen Union. Welche seiner Leistungen würden Sie heute besonders betonen?

Edmund Stoiber: Strauß hat wie kein anderer die CSU geprägt. Er hat aus der stark katholisch geprägten CSU eine Partei mit

großer Bandbreite geschaffen. Sein Wort war immer: Das christliche Sittengesetz in seiner weitesten Auslegung ist unser Maßstab. Alle, ob katholische oder evangelische Christen, und auch alle, die keine Christen sind, sind in der CSU gut aufgehoben, wenn sie die Menschenwürde und die Freiheitsrechte des Menschen respektieren.

Ein weiteres Merkmal ist, dass Strauß aus der regional begrenzten, auf Bayern beschränkten CSU eine Partei für Deutschland und für Europa gemacht hat. Es gibt eine Akzeptanz der CSU weit über Bayern hinaus.

Franz Josef Strauß gilt als Ikone der CSU. Gibt es gute Gründe, warum die Schwesterpartei CDU das Jubiläum mitfeiern sollte?

Edmund Stoiber: Natürlich gibt es die. Strauß hat mit Konrad Adenauer und den ihm nachfolgenden politischen Persönlichkeiten eng zusammengearbeitet. Zweifellos hat Strauß einige der Grundkonstanten der Bundesrepublik Deutschland mitgeprägt: Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard wäre ohne den jungen Strauß im Frankfurter Wirtschaftsrat 1948 vielleicht so nicht durchsetzbar gewesen. Die Wiederbewaffnung, der Aufbau der Bundeswehr – die Voraussetzung für die Aufnahme in die NATO –, war ganz klar auch durch Strauß geprägt. Dies gilt genauso für seine Position zur Montanunion und zur Europäischen Gemeinschaft. Und es trifft erst recht zu auf die deutsche Einheit.

Strauß ging 1972 vor das Bundesverfassungsgericht – allein, gegen die Positionen aller anderen führenden Poli-

tiker in Deutschland, noch dazu gegen die gesamte internationale Meinung. Aber das Urteil, das Strauß unter den größten Anfechtungen erkämpft hat, wies die Zweistaatentheorie zurück und machte deutlich: Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit! Insofern überwand das Urteil den Eisernen Vorhang und die innerdeutsche Grenze.

Und trotzdem hat man in der CDU auch unter Strauß gelitten. Helmut Kohls Strauß-Porträt beginnt mit heftigen Stoßseufzern: „Wie oft hatte ich mich über ihn ärgern müssen! Wie verletzend er sein konnte. Was hatte ich alles hingegenommen und um des Unionsfriedens willen heruntergeschluckt?“ Können Sie diese Gefühlslage nachvollziehen?

Edmund Stoiber: Ja, das kann ich, weil ich das unmittelbar miterlebt habe – als engster Mitarbeiter von Strauß, der Protokoll führen musste. Ich habe alle Briefe, alle Gespräche – auch bei den gemeinsamen Wanderungen – mitbekommen. Deswegen kann ich die Gefühlslage von Helmut Kohl nachvollziehen. Aber es zeichnet eine große Führungspersönlichkeit aus, wie sie Helmut Kohl unbestritten darstellt, dass er am Ende immer wieder mit Strauß auf einen Nenner gekommen ist. Da musste der eine wie der andere auch einmal schwer schlucken, aber den Bruch zwischen beiden hat es nie gegeben. Wichtiger ist, glaube ich, zu erkennen: Die Erfolgsgeschichte von Helmut Kohl verband sich in all den Jahren auch mit der Kraft und der Inspiration von Franz Josef Strauß.

Strauß hat 1949 bei der ersten Zusammenkunft der neu gewählten CSU-Bundestagsabgeordneten die Bildung einer gemeinsamen Fraktion vorgeschlagen. Jahrzehnte später, im November 1976, trug er in Wildbad Kreuth den Trennungsbeschluss der CSU-Landesgruppe mit. Können Sie uns das erklären?

Edmund Stoiber: Natürlich kann ich das erklären – nämlich aus der jeweiligen Situation heraus. Man darf nicht vergessen, dass es 1949 in Bayern eine große Auseinandersetzung über die Frage gegeben hat, ob Bayern bei der Bundesrepublik Deutschland dabei sein soll oder nicht. Wie Sie wissen, hat der Bayerische Landtag dem Grundgesetz nicht mit Mehrheit zugestimmt, was aber letztlich unschädlich war, denn man hat gleichzeitig gesagt: Wir akzeptieren die Mehrheitsentscheidung der Länder und werden auf jeden Fall ein wichtiges Mitglied der Bundesrepublik Deutschland sein.

Damals wollte die Bayernpartei Bayern als gänzlich eigenständigen Staat. Dagegen sagte die CSU Ja zum Freistaat Bayern, aber auch Ja zu Deutschland – und das drückte sich in der Fraktionsgemeinschaft von CSU und CDU aus. Die Entscheidung für die Fraktionsgemeinschaft war also ein klares Signal, das besagte: Wir sind Teil einer christlich geprägten Union in Deutschland und keine Separatisten.

Der Wandel setzte dann 1976 ein: Damals holte Helmut Kohl mit 48,6 Prozent ein überragendes Ergebnis bei der Bundestagswahl. Doch führte es, weil es nur drei Parteien im Parlament gab, nicht zur Kanzlerschaft. Es ging also darum, aus der Gefangenschaft des Drei-Parteien-

Systems auszubrechen. Und das Ergebnis manifestierte sich im Slogan: Getrennt marschieren und vereint schlagen!

Das war die Grundidee – theoretisch faszinierend, aber in der Praxis ließ sie sich schwer umsetzen. Das habe ich als damaliger Generalsekretär der CSU sehr schnell gespürt, und Strauß hat sich ja bald mit Kohl geeinigt. Die Eigenständigkeit der CSU wurde festgeschrieben, genauso wie ihre besondere Position innerhalb der Fraktionsgemeinschaft. Die Hanns-Seidel-Stiftung wurde gestärkt.

Das Historische Lexikon Bayerns stellt fest: „Der Geist von Kreuth‘ ist längst zu einer historischen Chimäre geworden.“ Würden Sie dem zustimmen?

Edmund Stoiber: Der „Geist von Kreuth“ bedeutet heute sicherlich nicht Trennung von CDU/CSU, sondern Einheit der Union. Aber in dieser Einheit der Union mit zwei Parteien ist Kreuth auch ein deutliches Zeichen der Eigenständigkeit der CSU. Die Trennung ist Geschichte. Spätestens mit der Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß 1980 war sie endgültig erledigt.

In der Tat: Nicht einmal drei Jahre nach Kreuth, am 24. Mai 1979, gaben Sie bekannt, dass Strauß als Kanzlerkandidat der Unionsparteien zur Verfügung stehe. Auf die Frage eines Journalisten, warum er kandidiere, antwortete er: „Warum fragen Sie das mich? Fragen Sie doch den da!“ und zeigte auf Sie. Wussten Sie es wirklich besser als er?

Edmund Stoiber: Das hat sich wirklich so zugetragen – auf der Kaiserburg in



„Küsse mich, und ich verwandle mich in einen wunderschönen Bundeskanzler!“
© Horst Haitzinger, 1979

Nürnberg, in einem Interview mit dem Journalisten Ernst Dieter Lueg. In der Spätausgabe der „Tagesschau“ – damals gab es die „Tagesthemen“ nicht – wurde es ausgestrahlt.

An diesem Tag, dem 25. Mai 1979, erklärten Friedrich Zimmermann und ich, dass Franz Josef Strauß als Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl 1980 zur Verfügung stehe. Nach allem, was Helmut Kohl ab 1976 erlebt hatte, war klar, dass er für die Wahl 1980 nicht zur

Debatte stand. Zwar gab es andere Kandidaten: Die CDU favorisierte Ernst Albrecht, den Ministerpräsidenten von Niedersachsen. Aber wir glaubten, dass Strauß das stärkste Kaliber war. Natürlich hat Strauß am Ende selbst den Entschluss gefasst, diese historische Herausforderung anzunehmen. Dabei wusste er von vornherein, dass es ein schwerer Kampf werden würde, und er wusste auch, dass er mit seiner polarisierenden Persönlichkeit in dem einen oder anderen

Bereich der CDU nicht mit vollem Herzen unterstützt werden würde.

Und trotzdem hat er das Ziel erreicht, bei der Wahl besser als Helmut Schmidt abzuschneiden – mit heute unvorstellbaren 44,8 Prozent. Dass er nicht Kanzler wurde, war wiederum der Konstellation geschuldet. Die zwei schwächeren Parteien SPD und FDP haben letzten Endes gegen die stärkste Fraktion regiert. Für mich war die Zementierung der Einheit der Union am Ende das entscheidende Faktum. Kreuth wurde, wie gesagt, endgültig beantwortet.

Sie organisierten 1980 den Wahlkampf gemeinsam mit dem Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, der Strauß als „Herz-Jesu-Sozialist“ galt. Wie gelang in dieser erstaunlichen Konstellation die Zusammenarbeit?

Edmund Stoiber: Die war zunächst nicht einfach, weil Heiner Geißler seine klaren und deutlichen Vorstellungen hatte. Als wir zwei Tage nach der Aufstellung von Franz Josef Strauß durch die Fraktionen am 2. Juli 1979 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn zusammenkamen, sagte Geißler zu mir: „Jetzt haben Sie Ihren Kandidaten, jetzt können Sie auch den Wahlkampf konzipierend leiten.“ Das war natürlich nicht ganz ernst gemeint, denn: Selbst wenn Strauß nicht der Vorzugskandidat von Heiner Geißler gewesen ist – er hat trotz seiner Vorbehalte mit mir zusammen einen hervorragenden Wahlkampf für die Union organisiert. Mit Sicherheit lag es nicht an ihm, dass wir am Ende nicht die absolute Mehrheit erreicht haben.

Wie beurteilen Sie die „Stoppt Strauß-Kampagnen“, die Diffamierungen im

Wahlkampf? Wie viel Anteil hatte Strauß selbst daran, dass er so sehr zu einer Reizfigur wurde?

Edmund Stoiber: Franz Josef Strauß trat für seine Überzeugungen ein, und er stand für klare Worte. Er hat sich stets selbst als „Vorsitzender des Vereins für deutliche Aussprache“ positioniert. So hat er im Deutschen Bundestag mit Willy Brandt, mit Herbert Wehner, aber auch mit Hans-Dietrich Genscher scharfe verbale Auseinandersetzungen geführt – etwa um die Westorientierung, die die SPD nicht wollte, sondern eher ein neutrales Deutschland. Zu diesen Grundfragen hat Strauß seine Positionen klar auf den Punkt gebracht, später erst recht zur RAF.

Die „Stoppt Strauß-Kampagne“ war eine Initiative der gesamten linken Szene, die weit über die SPD hinausging und zu der auch Künstler und Schriftsteller gehörten. Das war eine unglaubliche Kampagne, in deren Verlauf Strauß gänzlich verzerrt dargestellt wurde – als Antidemokrat, als Belastung für Deutschland.

Seine klare Ansprache machte ihn natürlich leicht angreifbar – sodass er radikal verzeichnet werden konnte. Aber wir haben dem standgehalten.

Haben es Unionskandidaten aus Bayern vielleicht vergleichsweise schwerer, Bundeskanzler zu werden?

Edmund Stoiber: Das kann ich schwer beurteilen. Am Ende haben wir mit Strauß überall Mehrheiten erzielt. Als ich 22 Jahre später – 2002 – versucht habe, Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zu werden, haben wir gegenüber der Wahl von 1998 3,5 Prozent zugelegt. Dabei war es nach der Niederlage von Helmut Kohl

eine schwierige Wahl: Es gab einen neuen Kandidaten und vorher eine interne Diskussion zwischen Angela Merkel und mir – aber am Ende erzielte ein Bayer ein ansehnliches Ergebnis.

Franz Josef Strauß starb 1988, ein Jahr, bevor die Mauer fiel. Zyniker könnten behaupten, er hätte dieses Ereignis miterleben können, wenn er 1983 nicht für den Milliardenkredit an die DDR gesorgt hätte.

Edmund Stoiber: Dass Strauß den Vollzug der Wiedervereinigung nicht mehr erlebt hat, ist tragisch; aber sein Todestag, der 3. Oktober, wurde später zum nationalen Feiertag der Deutschen.

Was die Milliardenkredite betrifft, wird umgekehrt ein Schuh draus. Denn Strauß – der im Übrigen in Abstimmung mit Helmut Kohl handelte – ging berechtigterweise davon aus, dass der Milliardenkredit den Geldkreislauf der DDR stärker an den Geld- und Wirtschaftskreislauf der Bundesrepublik Deutschland anschließen würde. Wenn es den Kredit nicht gegeben hätte, hätte sich die DDR enger an die Sowjetunion angeschlossen – mit der Konsequenz, dass die kleinen Freiheiten, die für die Menschen in der DDR erkämpft worden waren, wieder dahin gewesen wären.

Die Erkenntnis, dass die DDR bankrott war, hatte sich im Westen noch nicht herumgesprochen. Stattdessen sprach man von der weltweit zehntgrößten Industrienation. Aber auch das ändert nichts daran, dass es richtig war, den Kredit zu vergeben. Nach meinem Dafürhalten war er einer der Sargnägel für die DDR.

Der Historiker Horst Möller stellt in seiner kürzlich erschienenen Strauß-Biografie die Frage: „Wäre ein Politiker wie er heute überhaupt noch möglich, ja sogar nötig?“ Was wäre Ihre Antwort?

Edmund Stoiber: Man kann Franz Josef Strauß nicht ohne Weiteres in die heutige Zeit versetzen. Er hat zu einer ganz bestimmten Zeit gelebt und gehandelt. Außerdem hält die Politik heute ganz andere Herausforderungen bereit. Und dennoch habe ich keinen Zweifel: Ein Franz Josef Strauß wäre mit seinen Begabungen – mit der enormen politischen Intelligenz und Neugierde, der erstaunlichen politischen Phantasie, Kombinationsgabe und Rhetorik – auch heute ein überragender Politiker.

Und wäre er auch heute ein Mensch klarer Positionen?

Edmund Stoiber: Ich glaube, da fehlt er uns heute am meisten. Das Problem unserer Demokratie besteht darin, dass viele Menschen den Unterschied zwischen den Parteien nicht mehr erkennen – vor allem, wenn sie Politik nicht nur mit dem Kopf, sondern auch mit dem Herzen oder dem Bauch verstehen. Viele Untersuchungen, nicht zuletzt der Konrad-Adenauer-Stiftung, belegen das. Wenn Sie fragen: Brauchen wir mehr Emotionalität in der Politik? Dann beantworte ich das eindeutig mit Ja. Allein mit rationalen Argumenten werden Sie nicht alle Menschen erreichen können, Sie brauchen neben der Ratio auch ein Stück Emotionalität in der Politik.

Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 29. Juni 2015.

Entsetzliches Debattenklima

Anmerkungen zu einem Interview von Annegret Kramp-Karrenbauer

MICHAEL RUTZ

Geboren 1951 in Coburg, von 1989 bis 1994 Chefredakteur des Fernsehsenders SAT.1 und von 1994 bis 2010 Chefredakteur des „Rheinischen Merkur“, ist Geschäftsführer der Prof. Rutz Communications GmbH, Berlin.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Saarlands CDU-Chefin und Ministerpräsidentin, hat kürzlich ein Interview gegeben – zur Debatte um die „Homo-Ehe“. Das ist, so weiß es der geschulte Zeitgeist-Beobachter, vermintes Gelände, handelt es sich doch um ein Thema, bei dem gefühlte und von schlagkräftiger Publizistik sorgfältig bewachte Political Correctness herrscht.

Bei ausreichender Prominenz muss man daher mit medialen und politischen Attacken rechnen. Diese Angriffe wiederum halten sich weniger mit sorgfältiger Argumentation auf, sondern arbeiten mit

den Mitteln der Empörung, die der politische Aktivist von heute glänzend inkorporiert hat. Empörung, gepaart mit der Fähigkeit zu polemischer Zuspitzung, ist sozusagen sein Handwerkszeug.

Was hat sie gesagt? Zuerst lobt sie die Anpassungsfähigkeit der CDU hin zur rechtlichen Angleichung von eingetragener Lebenspartnerschaft und Ehe und freut sich, „dass dies ohne Bruch in der Partei selbst gelungen ist“. Allerdings sei es ihre Wahrnehmung an der Basis der Partei, dass dort „das Thema in einer anderen Tendenz diskutiert“ werde.

Zwar sei sie sich mit anderen einig, „dass bestehende Diskriminierungen zwischen Ehe und Lebenspartnerschaft abgebaut werden müssen“. Aber sie sei gegen ein volles Adoptionsrecht. Seit Jahren rede man davon, „dass für die Entwicklung von Kindern Vater und Mutter die beste Konstellation ist. In der Kita beklagen wir,

dass es zu wenige männliche Vorbilder gibt.“ Und Annegret Kramp-Karrenbauer zieht daraus den naheliegenden Schluss: „Mir will nicht ganz einleuchten, dass das im engsten Umfeld, in dem Kinder geprägt werden, gar keine Rolle spielen soll. Gerade diese Frage dürfen wir nicht daran festmachen, ob sich jemand diskriminiert fühlt oder nicht – sondern allein am Kindeswohl.“

So gesehen, möchte sie auch den Ehe-Begriff nicht aufweichen. Er sei in der Bundesrepublik bisher klar „als Gemeinschaft von Mann und Frau“ definiert, sagt sie, und fügt hinzu: „Wenn wir diese Definition öffnen in eine auf Dauer angelegte Verantwortungspartnerschaft zweier erwachsener Menschen, sind andere Forderungen nicht auszuschließen: etwa eine Heirat unter engen Verwandten oder von mehr als zwei Menschen. Wollen wir das wirklich?“

Nichts an dem, was Frau Kramp-Karrenbauer da sagt, ist falsch. Für ihre Feststellung, dass Kinder am besten in einer funktionierenden Familie mit heterosexuellen Eltern aufwachsen, hat sie sogar großen wissenschaftlichen Rückhalt. Das gilt auch für ihren Hinweis auf die pädagogischen Folgen des Defizits von männlichen Erziehungskräften in Kitas und Schulen.

Auch die Sinnhaftigkeit der Ehedefinition als Verbindung von Mann und Frau ist evident. Nichts anderes als das hat der Gesetzgeber gemeint, als er die Ehe unter den besonderen Schutz des Staates stellte. Denn politisches Handeln muss auf die Zukunftsfähigkeit des eigenen Landes angelegt sein, und das bedeutet auch auf die besondere Förderung von Nachkommen, also des reproduktiven Verhaltens. Das alles lässt sich in jedem Grundgesetzkom-

mentar nachlesen. Ehe ist dort „das auf Dauer angelegte und zuvor staatlich beurkundete Zusammenleben von Mann und Frau“, „Ehemerkmal ist die Geschlechtsverschiedenheit der Ehegatten“, Begriffsmerkmal ist „ihre zumindest prinzipielle Offenheit in Richtung der Familie“, mit der schützenden Aufgabe des Staates, „Ehe und Familie vor Drittbeeinträchtigung zu bewahren und durch geeignete Maßnahmen zu fördern“ (hier aus: Sachs, Grundgesetzkommentar, C. H. Beck).

Diese Reproduktionsfähigkeit ist, bei aller selbstverständlichen Toleranz gegenüber solchen Beziehungen, in homosexuellen Partnerschaften nicht vorzufinden. Da hilft auch der Hinweis auf mögliche Adoptionen nicht, die an sich kein reproduktives Verhalten sind, sondern sie bedeutet in der kalten Statistik nur, dass Kinder vom einen zum anderen Ort umverteilt werden (was anlasshalber, angesichts des Zustandes mancher „normaler“ Familien, sogar angezeigt sein kann).

Für die staatliche Notifizierung von homosexuellen Beziehungen als „eingetragene“ Lebenspartnerschaft haben Lesben und Schwule bisher einzig mit dem wichtigen und zutreffenden Argument geworben, sie trügen füreinander die gleiche, auf Dauer angelegte Verantwortung, wie man sie in einer Ehe eingehe. So sagt etwa der homosexuelle CDU-Bundestagsabgeordnete Jens Spahn: „Wenn Schwule und Lesben sich rechtlich verbindlich binden wollen, leben sie genau die Werte, die uns wichtig sind.“ Das stimmt, und deshalb waren alle bisherigen rechtlichen Gleichstellungen auch vollauf angemessen – im Erbrecht, im Rentenrecht, im Versicherungsrecht, im Betreuungsrecht und auch im Steuerrecht.

Die Logik freilich sagt: In vielen anderen Beziehungen wird ebenfalls dauerhafte Verantwortung übernommen, ohne dass den Beteiligten alle diese finanziellen Vorteile zuwachsen. Sie werden gegenwärtig gegenüber gleichgeschlechtlichen eingetragenen Lebenspartnerschaften diskriminiert. Was ist mit der alleinstehenden Tochter, die jahrzehntelang ihre Mutter oder die Großeltern pflegt? Was ist mit Menschen, die sich hingebungsvoll um Nachbarn kümmern? Was ist bei Lebensgemeinschaften, die mehr als zwei Menschen umfassen? Hätten die alle mit jenem Argument nicht den gleichen Anspruch auf eine „eingetragene Lebenspartnerschaft“ mit allen ihren finanziellen Vorteilen? Oder eben auf die Schließung einer „Ehe“, wie sie gegenwärtig so lautstark gefordert wird?

Es muss möglich sein, alle diese Fragen zu stellen und vor allem jene nach der besonderen Verantwortung des Staates in dieser Situation: Er darf nicht dem Zeitgeist hinterherlaufen, sondern muss sich auf den Grundauftrag staatlichen Handelns besinnen, der in der auf Zukunft gerichteten Entwicklung liegen muss. Es ist naheliegend, dass der Aspekt der Geburtenrate hier den wichtigsten Faktor darstellt. Deshalb wird auch so intensiv darüber gesprochen und über Möglichkeiten, die Zahl der Geburten zu erhöhen: Deutschland ist ja Schlusslicht in Europa, die Milliardenausgaben der Familienpolitik haben bisher nur unzureichende (oder muss man sagen: keine?) Wirkung gezeigt. Dennoch bleibt es dabei: Aus allen diesen Gründen ist die auf Familiengründung gerichtete Ehe hervorgehoben zu fördern.

In einem Klima der Meinungsfreiheit, die wir ja lautstark für uns beanspruchen, muss über all das offen diskutiert werden

dürfen. Frau Kramp-Karrenbauer aber erntete nicht etwa bedachte Gegenargumente, sondern „Empörung“; man zeigte sie wegen Beleidigung und Volksverhetzung an, warf ihr vor, sie betreibe „ein gefährliches Spiel mit bösen Ressentiments und Vorurteilen“ (Katja Suding, FDP), sie begeben sich „in zutiefst homophobe und menschenfeindliche Fahrwasser“, sie „verlasse den politisch statthaften Diskurs“ (Johannes Kahrs, SPD), und Baden-Württembergs SPD-Chef Nils Schmid behauptete gar, Frau Kramp-Karrenbauer setze Homosexualität mit Inzest gleich – nichts davon hat sie gesagt.

Wieso muss eine abweichende Meinung mit persönlich verletzenden Angriffen beantwortet werden? Was an den Argumenten von Frau Kramp-Karrenbauer ist „politisch nicht statthaft“? Welche Zensoren schwingen sich da auf? Wohin ist unsere Demokratie geraten, wenn Minderheitenmeinungen nicht mehr angezweifelt werden dürfen?

Der saarländische Staatsrechtler Christoph Gröpl zeigte sich zu Recht entsetzt über dieses Debattenklima und wies darauf hin: „Seit einiger Zeit geht es im Recht nicht mehr um Freiheit für und Toleranz gegenüber Minderheiten, die haben wir längst. Es geht auch nicht mehr um Gleichbehandlung von Gleichem, sondern es geht um die Gleichbehandlung von Ungleichen unter dem Deckmantel der Gleichstellung. Ungleiche Sachverhalte werden verglichen und sollen rechtlich gleichgestellt werden. Ich kann nicht ausschließen, dass irgendwann auch andere Lebensformen besonders geschützt werden sollen.“

Frau Kramp-Karrenbauers das Interview beschließende Anmerkung greift diesen Grundgedanken lediglich auf.

Der Beitritt vor 25 Jahren

Deutschlands Wiedervereinigung aus verfassungsrechtlicher Sicht

JOSEF ISENSEE

Geboren 1937 in Hildesheim, Staatsrechtler, Staatsphilosoph, emeritierter Professor an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Niemand hatte mehr mit ihr gerechnet. Die Hoffnung war in den langen Jahrzehnten des Wartens nahezu verdunstet. Als sie kam, die deutsche Einheit, traf sie die alte Bundesrepublik fast unvorbereitet. Nur das Verfassungsrecht hatte schon früh Vorsorge getroffen. Das Grundgesetz von 1949 zeichnete dem deutschen Volk zwei Wege vor, um „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“: zum einen den Beitritt der getrennten Teile Deutschlands, zum anderen die Schaffung einer

neuen gesamtdeutschen Verfassung. Der erste Weg bedeutete eine räumliche Ausdehnung des Grundgesetzes, der zweite dessen zeitliches Ende. Dort seine Kontinuität, hier seine Ablösung.

In der Urfassung führte das Grundgesetz die Länder der drei westlichen Besatzungszonen auf, in denen es *zunächst* gelten wollte. „In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen“ (Artikel 23 Satz 2 Grundgesetz alte Fassung). Das Beitrittsverfahren hatte sich in der kleinen Wiedervereinigung mit dem Saarland 1957 bereits bewährt. Nun bot es sich für die große an. Als der beitragsberechtigten „andere Teil Deutschlands“ kam die DDR in Betracht, die kraft ihrer staatlichen Organisation handlungsfähig, aufgrund der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 demokratisch legitimiert (nunmehr nicht bloß dem Namen nach

eine „Demokratische Republik“) und aufgrund der Zurückhaltung der sowjetischen Okkupationsmacht in der Lage war, selbst über ihr staatliches Schicksal zu bestimmen.

Ihr fiel der aktive Part im Beitrittsverfahren zu. Denn der Beitritt hatte durch einseitige Erklärung des beitretenden gegenüber dem aufnehmenden Staat zu erfolgen, also der DDR gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Die DDR entschied darüber, ob sie die Option wahrnehmen wollte, in deren Haus einzutreten und damit auch deren Hausordnung, das Grundgesetz, anzunehmen. Die Rolle der Bundesrepublik war passiv, weil sie von Verfassungs wegen verpflichtet war, die staatliche Einheit Deutschlands zu vollenden. Mit Wirksamwerden des Beitritts ging die DDR in der Bundesrepublik auf und verlor ihre staats- und völkerrechtliche Existenz, indes blieb die Rechtspersönlichkeit der Bundesrepublik unverändert bestehen. Mit der Inkorporation in den bundesdeutschen Staatsverband übernahm der „andere Teil Deutschlands“ auch dessen Verfassung. Das Grundgesetz erweiterte so seinen räumlichen Geltungsbereich. Doch es blieb bis auf einzelne Passagen dieselbe Verfassung, die es zuvor gewesen war.

Zuweilen ist die Rede davon, die DDR sei „dem Grundgesetz beigetreten“. Hier wird die Verfassung verwechselt mit dem Staat, deren Gegenstand sie ist. Die Übernahme des Grundgesetzes war Folge, nicht Inhalt des Beitritts. Wenn die DDR sich mit der Rezeption des Grundgesetzes begnügt hätte, wäre es bei der deutschen Teilung geblieben: Es hätte dann zwei Staaten mit zwei textidentischen Verfassungen gegeben.

VORBEREITUNG DES BEITRITTS

Der Weg bis zum Beitritt war mit Schwierigkeiten gepflastert. In der langen Trennungszeit hatte sich eine tiefe Kluft zwischen Ost und West aufgetan. Die sozialistische Diktatur hatte zwar ihr Endziel verfehlt, das kommunistische Endreich der Freiheit, doch ihr Zwischenziel weithin erreicht: die Zerstörung der bürgerlichen Gesellschaft. Am Ende erwiesen sich die politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Systeme als unvereinbar. Elementare Voraussetzungen des staatlichen Zusammenlebens und einer gemeinsamen freiheitlichen Verfassung waren verkümmert und mussten wiederhergestellt werden.

Selbst wenn die Erklärung und die Terminierung des Beitritts allein der DDR zukamen, bedurfte die Vorbereitung der gemeinsamen Anstrengung beider deutscher Staaten. Die Bundesrepublik leistete Aufbauhilfe in Rat und Tat, durch sachverständige Beratung wie durch Finanzaufwendungen. Die wesentlichen Grundlagen der künftigen Einheit wurden staatsvertraglich geregelt, so die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, die am 30. Juni 1990 ins Leben trat und einen Grad an Integrationsdichte herstellte, wie er heute zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union besteht. Dem Beitritt unmittelbar vorausging der Vertrag der beiden Staaten über die Herstellung der Einheit Deutschlands, der die Wirkungen und Folgen des Beitritts regelte: die Überleitung des bundesdeutschen Rechts und den Fortbestand des DDR-Rechts, den Übergang der Verwaltung und Rechtspflege, des Vermögens und der Schulden sowie künftige

Gesetzgebungs-, Privatisierungs-, Förderungsaufgaben, die Rehabilitierung der SED-Opfer, den Bestandsschutz für Enteignungen durch die Sowjetmacht. Der Einigungsvertrag sah auch beitriffsbedingte Änderungen des Grundgesetzes vor, darunter die Streichung aller auf Wiedervereinigung gerichteten Passagen, einschließlich der Ablösungsklausel des Artikel 146 Grundgesetz, an deren Stelle eine andere Regelung trat. Damit entsagte das Grundgesetz allen Vorläufigkeitsvorbehalten und erhob sich zur endgültigen Verfassung für das vereinte Deutschland.

Der Verzicht auf weitere Gebietsansprüche vollzog sich im Zwei-plus-Vier-Vertrag der beiden deutschen Staaten mit den vier Siegermächten, deren bis dahin verbliebene Verantwortung für Deutschland als Ganzes endete. Weitere völkerrechtliche Verträge wie der mit der Sowjetunion über den Truppenabzug und mit Polen über die Oder-Neiße-Grenze zeigten ebenfalls, dass die Herstellung der nationalen Einheit international bedingt war und der Einbettung in ein völkerrechtliches Vertragssystem bedurfte. Dennoch mussten die Deutschen der DDR alles Wesentliche selber leisten: den Mut zur bürgerlichen Freiheit, den Sturz der Diktatur, die Prozedur der Runden Tische, den Aufbau demokratischer Institutionen, die Wiederherstellung der Länder.

DER DDR ENTSPROSSEN: DIE „NEUEN“ LÄNDER

Zur Liquidation des SED-Systems gehörten die Abkehr vom sozialistischen Zentralismus und die Hinwendung zum Föderalismus. Am 22. Juli 1990 beschloss

die Volkskammer durch Verfassungsgesetz die Wiedererrichtung der fünf Länder, welche die Sowjetmacht 1945/46 in ihrer Zone geschaffen hatte, weithin anknüpfend an die Grenzen vormaliger Länder und (preußischer) Provinzen. Doch im sich beschleunigenden Einigungsprozess kam die DDR über die Planung nicht hinaus. Zu rechtlicher Existenz gelangten die Länder erst mit dem Beitritt am 3. Oktober 1990, Null Uhr: Die DDR erklärte den Beitritt, die Länder sind dem Beitritt entsprossen – im Augenblick zwischen Über- und Untergang der DDR! Strenge Rechtslogik müsste eigentlich den chronologisch identischen Zeitpunkt in zwei juristische Sekunden zerlegen: die erste, in der die Länder als Rechtsgeschöpfe der DDR noch unter ihrer Ägide ins Leben traten, die zweite, in der die DDR mitsamt ihrer Rechtsordnung erlosch.

So hat sich die DDR nicht als Ganzheit, nicht als massiver Block, dem gesamtdeutschen Verband eingegliedert, sondern in der Vielheit der „neuen“ Länder, die sich ihrer Eigenart gemäß entwickeln, je auf ihre Weise mit ihrem DDR-Erbe umgehen, ihre besonderen (partei-)politischen Prioritäten setzen und nach eigener Fassung als Thüringen, Sachsen et cetera sich in das vergrößerte Ganze fügen. Der Föderalismus vermag, Härten der Wiedervereinigungsfolgen abzufedern, regionale Besonderheit zu hegen und Integration zu erleichtern.

Das Volk der DDR brachte seinen Willen in den spontan-anarchischen Massenkundgebungen zur Geltung, in denen es seine „volksdemokratische“ Herrschaft abschüttelte, sowie in der Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990, der ersten freien Wahl, in der es – mit der spektakulären Wahlbeteiligung von 93,39 Pro-

zent – der Parteiengruppe, die sich klar für eine rasche Vereinigung einsetzte, der Allianz für Deutschland, mit 47,79 Prozent der Stimmen den klaren Sieg verschaffte, der zögerlichen SPD 21,76 Prozent und den liberalen Parteien 5,61 Prozent zusprach; indes musste sich die alte Alleinherrschaftsgarde unter neuer Firma, die PDS, mit kläglichen 16,32 Prozent begnügen. Ähnlich fielen elf Tage nach dem Beitritt die Wahlen zu den Landtagen der neu gebildeten Länder am 14. Oktober 1990 aus sowie zwei Monate nach dem Beitritt die Wahl zum nunmehr gesamtdeutschen Bundestag.

Unwiderstehlich war die Abstimmung mit den Füßen. Seit sich die Grenze der DDR nach Westen geöffnet hatte, fand ein Massenexodus statt, der die Regierungen beider Staaten unter immer stärkeren Druck setzte, den Einigungsprozess zu beschleunigen, sodass er, entgegen den anfänglichen Vorstellungen von einem allmählichen Zusammenwachsen, schon am 3. Oktober 1990 sein Ziel erreichte. Der Ursprung der Entwicklung lag also im Volk. Alle entscheidenden Impulse, die revolutionären wie die rechtlich organisierten, kamen „von unten“.

HYPOTHETISCHE ALTERNATIVE

Das Grundgesetz hatte eine Alternative zum Beitritt bereitgestellt: seine Ablösung durch eine neue Verfassung, „die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung“ hätte beschlossen werden müssen (Artikel 146 Grundgesetz alte Fassung). Die staatliche Einigung wäre somit an die Schaffung einer neuen Verfassung gebunden worden. Der Inhalt des Grund-

gesetzes hätte nicht geändert werden müssen. Wohl aber hätte es eines neuen Geltungsbefehls bedurft, den der gesamtdeutsche Verfassungsgeber direkt durch Referendum oder indirekt durch eine Nationalversammlung hätte erteilen müssen. Dieser gesamtdeutschen Verfassung wäre das Grundgesetz gewichen.

Allerdings wäre das Volk als der originäre Verfassungsgeber nicht an die Vorgaben der weichenden Verfassung gebunden gewesen, nicht an die unberührbaren Grundsätze ihrer „Ewigkeitsgarantie“, nicht an die Verfahrenserfordernisse ihrer Revision. Die (einfache oder qualifizierte) Mehrheit des gesamtdeutschen Volkes hätte freilich nicht genügt. Vielmehr hätte es auch der separaten Mehrheit der DDR-Deutschen bedurft. Hätten diese nicht mehrheitlich zugestimmt, so wäre wohl auch die staatliche Vereinigung gescheitert.

In dieser „ungeschehenen Geschichte“ im Sinne Alexander Demandts wäre der ohnehin schwierige Prozess der Zusammenführung zweier heterogener Staaten noch um vieles schwieriger ausgefallen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit hätten sich die Beratungen so lange gedehnt, bis der Kairos, in dem die innere wie die äußere Lage Deutschlands eine Wiedervereinigung ermöglichte, verstrichen wäre – wie 1848, als die deutsche Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche den gelehrten Verfassungsdiskurs so lange und so gründlich führte, dass darüber die Chance der staatlichen Einheit und mit ihr die Chance der Verwirklichung des hochachtbaren Verfassungswerks dahin war. 1990 hätte der Streit um die neue Verfassung fundamentale Gegensätze zwischen rechts und links aufgerissen, über denen der Konsens zwischen West und Ost hätte zerbrechen können. Im

Übrigen hätten Zweifel an der staats- und völkerrechtlichen Kontinuität Deutschlands als Staat auftreten können. Dagegen hat der Beitritt den Deutschen diesen Rattenschwanz an Problemen erspart, indem er nicht an die Identität der Bundesrepublik Deutschland als Rechtssubjekt rührte.

Das alles hinderte jedoch Verfechter demokratischer Schulweisheiten nicht, auf ein Verfassungsplebiszit zu dringen, um einen vermeintlichen Geburtsfehler des Grundgesetzes zu heilen, und auf das nimmer endende Verfahren eines herrschaftsfreien Diskurses über die beste aller möglichen Verfassungen im Wolkenreich der Habermasiaden zu setzen. Die politische Linke in beiden Teilen Deutschlands plädierte für eine neue Verfassung, mit dem Hintergedanken, dass die Wiedervereinigung auf dem langen, unsicheren Wege leicht stecken bleiben könnte und, wenn die staatliche Einheit schon nicht zu verhindern gewesen wäre, dass sich wenigstens eine genehmere, stärker sozialistisch imprägnierte Verfassung hätte erreichen lassen.

Die politische Führung der DDR unter Ministerpräsident Lothar de Maizière und die der Bundesrepublik unter Bundeskanzler Helmut Kohl ließen sich nicht beirren. Sie entschieden sich für den kurzen Weg. Ein Jahr später wäre die einzigartige Chance zerstoßen. Selbst SPD-Politiker, die wie Willy Brandt die deutsche Einheit noch kurz zuvor als Lebenslüge geschmäht hatten, stimmten am Ende der Beitrittslösung in der Einsicht zu, dass man dort, wo das Eis dünn ist, schnell darübergehen muss.

NACH DEM BEITRITT

Mit Wirksamwerden der Beitrittserklärung am 3. Oktober 1990, Null Uhr war die deutsche Einheit rechtlich hergestellt. Die praktischen Probleme der Vereinigung erledigten sich damit freilich nicht, sondern brachen nachher auf, als die Illusion platzte, dass sich die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse rasch und mühelos ergeben werde, als die volle Wahrheit über die strukturelle Schwäche der DDR-Wirtschaft zutage trat und die Arbeitslosigkeit aufschoss. Auf der linken Seite des geeinten Deutschland regte sich Enttäuschung darüber, dass sozialistische „Errungenschaften“ zu Ende gingen, auf der rechten Seite, dass Alteigentum nicht restituiert wurde. Nun erwies es sich als fatal, dass die demokratische Phase der DDR zu kurz war, um ihre SED-Vergangenheit für sich zu „bewältigen“, das Unrecht zu ahnden, den Opfern Genugtuung zu verschaffen. Diese undankbare Aufgabe fiel der vereinten Bundesrepublik zu, die sich als Rechtsstaat hier überaus schwertat.

Trotz allem steht die deutsche Einheit außer Streit. Sie weckt keine Emphase mehr, aber auch keinen Protest. Sie ist selbstverständliche Lebensform geworden. Doch täte es den Deutschen wohl, sich zuweilen daran zu erinnern, dass die Geschichte es einmal sehr gut mit ihnen gemeint hat und sie klug genug gewesen sind, die Gunst der historischen Stunde zu nutzen.

„Der härteste Partner“

Der streitbare Bürger, Katholik und Bildungspolitiker
Hans Joachim Meyer zieht Bilanz

FRIEDRICH KRONENBERG

Geboren 1933 in Gelsenkirchen, von 1966 bis 1999 Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und von 1983 bis 1990 Abgeordneter der CDU im Deutschen Bundestag.

Hans Joachim Meyer: *In keiner Schublade – Erfahrungen im geteilten und geeinten Deutschland*, Herder Verlag, Freiburg i. Br. 2015, 775 Seiten, 36,00 Euro.

Hans Joachim Meyer hat seiner Autobiografie den Titel „In keiner Schublade“ gegeben. Hier schreibt ein Laienchrist, der in der Tat in keine der üblichen

Schubladen passt, dessen Erfahrungen im geteilten Deutschland zwar Erfahrungen in der damaligen DDR waren, aber Erfahrungen, die mit präzisen Kenntnissen der kirchlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in der damaligen Bundesrepublik Deutschland verknüpft waren. Das war ungewöhnlich, denn die Unterdrückung durch das staatliche Unrechtssystem sorgte in der Regel dafür, dass katholische Laienchristen in der DDR nur sehr begrenzt über Gesellschaft, Kirche und Politik in ganz Deutschland Bescheid wussten.

Die nach der Wiedervereinigung um sich greifende Unterscheidung nach „Wessis“ und „Ossis“ perlte gleichsam an

ihm ab. Hans Joachim Meyer lebte und wirkte zwar in der DDR, aber er war vor allem ein überzeugter, bestens informierter und kompetenter Christ. Und er war ein deutscher Bürger, der seine kirchliche, gesellschaftliche und politische Verantwortung sah und diese unter den Bedingungen des Unrechtssystems wahrnahm. Im herrschenden Unterdrückungssystem zeichnete er sich durch eine überragende Souveränität aus. Deshalb spielte er auch eine einzigartige Rolle im Prozess der Wiedervereinigung – als Minister für Bildung und Wissenschaft der letzten DDR-Regierung, als Minister für Wissenschaft und Kunst in Sachsen und als Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK).

Präsident des ZdK war er von 1997 bis 2009. Etwa ein Viertel des letzten halben Jahrhunderts hatte also ein Laienchrist, der aus der DDR kam, dieses Amt inne. Die Lektüre der Biografie zeigt, warum dies ein ganz normaler Sachverhalt ist. Meyer hatte sich schon in jungen Jahren kirchlich engagiert: Er arbeitete in der katholischen Studentengemeinde und in der Pfarrgemeinde mit; er war Pfarrgemeinderat, Dekanatsrat, Vorstandsmitglied des Berliner Pastoralrats und gewähltes Mitglied der Dresdner Pastoralssynode (1973 bis 1975) – das war für ihn „eine kostbare und weiterwirkende Lektion in praktizierter Freiheit“ (S. 26). Ferner engagierte er sich im Prozess der „Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ (1988 bis 1989) und leistete einen entscheidenden Beitrag zum Wiedererstehen einer katholischen Laienbewegung im östlichen Teil Deutschlands während der „Zeit des großen Umschwungs in das

vereinte Deutschland“ (S. 10). Und nicht zuletzt war er 1990 Vorsitzender des „Gemeinsamen Aktionsausschusses katholischer Christen in der DDR“. Das alles sind Stationen auf einem Weg, den Meyer mit allen seinen Schwierigkeiten und Chancen schildert, „ein Weg aus der ostdeutschen christlichen Diasporasituation in die sich verschärfende christliche Diaspora in der bundesdeutschen Gesellschaft“ (S. 11), ein Weg, der schließlich in das Zentralkomitee der deutschen Katholiken mündet. Die Autobiografie ist eine spannende, umfassend informierende Schilderung dieses christlichen Lebensweges und dabei ein Beitrag zur Kirchengeschichte unseres Landes.

Beeindruckend ist auch sein „politischer Werdegang“: 1952 trat er der CDU der DDR bei, in der Hoffnung, eine Möglichkeit zur verändernden Mitarbeit zu finden. Dann – ab 1955 – studierte er Rechts- und Staatswissenschaft in Potsdam-Babelsberg – in der naiven Annahme, ein praktizierender Katholik könne in der DDR ein solches Studium abschließen. 1958 erfolgte die Exmatrikulation aus politischen Gründen. Meyer wurde zur „Bewährung in die Produktion“ geschickt. Dort verdiente er als Hilfsarbeiter im Lokomotivbau seinen Lebensunterhalt. Seit 1959 studierte er Anglistik und Geschichte, nunmehr an der Humboldt-Universität zu Berlin. Dann – 1961 – trat er aus der CDU aus. Im selben Jahr – zwei Wochen vor dem Mauerbau – heiratete er. Verwurzelt in dieser ehelichen Partnerschaft mit seiner Frau Irmgard und der daraus wachsenden Familie, wirkte er in den kommenden Jahren gesellschaftlich und politisch, engagierte sich weiter im kirchlichen Bereich.

Die Lektüre der Biografie vermittelt einen guten Einblick in das Wachsen der politischen Überzeugungen und Orientierungen des Autors. Seine Distanz zur staatlich verordneten Ideologie und sein kirchliches Engagement schufen die Basis für sein Handeln aus politischer Verantwortung, das 1989/90 möglich und erforderlich wurde.

GEHEIME TREFFEN MIT DEN BISCHÖFEN

1990: Aufruf des „Gemeinsamen Aktionsausschusses katholischer Christen in der DDR“ zur Volkskammerwahl am 18. März. Der Text stammte im Wesentlichen aus der Feder von Meyer und ist auch heute noch lesenswert. Schließlich die „Berliner Erklärung deutscher Katholiken: Für eine gemeinsame Zukunft in Deutschland, in Europa und in der Einen Welt“, die am 23. Mai 1990 vor Beginn des Katholikentages von der Vollversammlung des ZdK und von Mitgliedern des Gemeinsamen Aktionsausschusses katholischer Christen in der DDR sowie Vertretern des Laienapostolats aus den Jurisdiktionsbezirken der Berliner Bischofskonferenz beschlossen wurde. Am 1. März 1990 nahm Meyer mit weiteren Vertretern des Gemeinsamen Aktionsausschusses „zum ersten Mal an der zum letzten Mal stattfindenden sogenannten ‚Dienstbesprechung‘ teil, jenem klandestinen, aber dem MfS natürlich nicht verborgen gebliebenen, regelmäßigen Treffen von Spitzen des ZdK mit Bischöfen aus der DDR in Ost-Berlin“ (S. 60). Diese „Dienstbesprechung“ diente als Ersatz für die aus politischen Gründen

jahrzehntelang nicht mehr praktizierte ostdeutsche Mitgliedschaft im ZdK, obwohl sich dieses nach wie vor als gesamtdeutsche Einrichtung verstand. Mit der Gründung freier Initiativen katholischer Laienarbeit und ihrem politischen Wirken waren die „Dienstbesprechungen“ Geschichte.

Bis Meyer formulieren konnte: „Salopp gesagt, war ich nun für eine bessere Bundesrepublik“ (S. 108), ehe die Entscheidung, zur „asymmetrischen Einheit“ getroffen werden konnte (S. 167) und die DDR der Bundesrepublik beitrug, waren einander widerstreitende Überlegungen und schwierige Diskussionen zu bewältigen. „Von Einheitstraum zum Beitritt“, so beschreibt er diese Entwicklung, die er tatkräftig mit beförderte. Er tat dies in der Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs an der Humboldt-Universität zu Berlin, am zentralen Runden Tisch und als letzter Minister für Bildung und Wissenschaft einer DDR-Regierung unter Lothar de Maizière. Als Ergebnis sieht er: „Das Gemeinsame wächst doch. Es gab keinen Weg, der Asymmetrie des Einigungsprozesses zu entkommen“ (S. 209).

Das Wirken von Meyer als Minister für Wissenschaft und Kunst des Freistaates Sachsen füllt die Hälfte der umfangreichen Biografie und lässt sich auf knappem Raum kaum hinreichend würdigen. Eine befriedigende Würdigung setzt auch eine größere Nähe zu Sachsen voraus. Hinzu kommt, dass Meyers zwölf Jahre in Sachsen wegen ihrer Erfolge und Misserfolge Jahre ausgesprochenen Streits waren, im Kabinett und in der Fraktion, auf dem Feld der Hochschulpolitik, der Bildungspolitik und der Kulturpolitik. Aber: „Politik ist Konflikt. Wer konfliktscheu ist,

sollte nicht in die Politik gehen“ (S. 548), schreibt der Minister. So sind auch seine Berichte – überwiegend Schilderungen politischen Handelns in Konflikten und Auseinandersetzungen – so spannend zu lesen, dass man unwillkürlich den Wunsch verspürt, alle Beteiligten zu Streitgesprächen einzuladen, damit die erzählte Geschichte noch lebendiger wird. Trotzdem wird deutlich, welche politischen Leistungen in diesen Jahren in Sachsen erbracht wurden.

„SICH WECHSELSEITIG WERTSCHÄTZENDE IGEL“

Kurt Biedenkopf hat Hans Joachim Meyer nach Sachsen geholt, nachdem jener selbst frühzeitig in Sachsen politisch Fuß gefasst hatte und sich anschickte, sein politisches Wirken in der alten Bundesrepublik durch das Amt des sächsischen Ministerpräsidenten zu krönen – ein Wirken, das durch überzeugende Leistungen und personell widrige Umstände gekennzeichnet war. „Für Sachsen war Biedenkopf jedenfalls ein Glücksfall. Wie denn auch Sachsen für Biedenkopf ein Glücksfall war“, schreibt Meyer (S. 215). Er würdigt ausdrücklich die geschichtliche Leistung Kurt Biedenkopfs und stellt fest: „Ich bin davon überzeugt, dass diese Zeit in der Geschichte mit dem Namen Kurt Biedenkopf verbunden bleibt“ (S. 617). Allerdings legt er auch Wert auf die Feststellung, dass „unsere Beziehung nie den Punkt verlässlicher Vertraulichkeit erreichte, sondern eher dem Verhältnis sich wechselseitig wertschätzender Igel glich“ (S. 560).

Entscheidender Widerpart wurde der Finanzminister, der „Münsteraner Stadtkämmerer Prof. Georg Milbradt“, den Biedenkopf ebenfalls nach Sachsen geholt hatte. „Für die kommenden fünfzehn Jahre sollte er, zunächst neben Biedenkopf und dann nach ihm, die bestimmende Figur für Sachsen werden, jedenfalls, was die finanziellen Rahmenbedingungen der Politik betrifft, aber nach seinem Willen auch für deren Inhalt. Damit wurde er ganz zwangsläufig zu meinem eigentlichen Gegenspieler ...“ (S. 227). Bei allen selbstverständlichen Auseinandersetzungen mit anderen Kollegen im Kabinett und bei allen „Igeleien“ mit dem Ministerpräsidenten spielte sich der politische Streit hauptsächlich zwischen Meyer und Milbradt ab. Trotzdem findet Meyer würdige Worte über die unverkennbaren Leistungen Milbradts. Beim Ausscheiden aus dem Ministeramt meinte Ministerpräsident Georg Milbradt, Meyer „sei der härteste Partner gewesen, mit dem er es in seinem politischen Leben zu tun gehabt hätte“. Für Meyer war das, wie er schreibt, „mehr als ein Orden“ (S. 609).

Meyer schließt seine Autobiografie von beinahe 800 Seiten mit einem „Ausklang in Moll“. Er fragt: „Was für ein Deutschland, was für ein Europa wird das sein, in dem in absehbarer Zukunft unsere Enkel ihren Weg gehen werden?“ Mit seiner „Geschichte in der Geschichte“ hat er unseren Enkeln, die nach den Grundlagen und Quellen ihrer Verantwortung für Kirche, Gesellschaft und Staat suchen, ein in vielfältiger Hinsicht erhellendes Studienobjekt an die Hand gegeben. Je mehr junge Menschen in diesem Buch lesen, desto mehr schwindet die Sorge vor einer Zukunftsaussicht in Moll.

Die nächste Ausgabe erscheint im Oktober 2015
zum Thema

Flucht

Ursachen, Blickwinkel, Konzepte

Hierzu schreiben unter anderen Thomas de Maizière,
Gerd Müller und Serap Güler.

IMPRESSUM

Nr. 533, Juli/August 2015, 60. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad
Adenauer
Stiftung

Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von

Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering,
Bernhard Vogel

Begründet 1956 von

Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Geschäftsführung

Walter Bajohr

Redaktion der vorliegenden Ausgabe

Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Rita Anna Tüpper-Fotiadis (Redakteurin)
Michael Böhm (Redakteur)
Redaktionsassistentz: Cornelia Wurm

Anschrift

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10
rita.tuepper-fotiadis@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34
Faxnummer: (05 41) 31 04 11
C.Brinkmann@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 € zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.

Ein außergewöhnlicher Mensch – ein großes politisches Talent

Philipp Mißfelder wird uns fehlen

Wir stehen fassungslos davor, wenn ein Mensch schon in jungen Jahren aus dem Leben scheiden muss. Die Nachricht vom plötzlichen Tod Philipp Mißfelders hat die Fraktion und mich tief getroffen. Mir persönlich war er ein guter Freund und politischer Weggefährte. Natürlich gab es Phasen, in denen wir es nicht leicht miteinander hatten. Doch das konnte unsere Freundschaft aushalten.

Als ich von seinem Tod erfuhr, ging mir vieles durch den Kopf – die Gespräche, die wir geführt haben, die Reisen, die wir zusammen unternommen haben, die Augenblicke, die wir miteinander geteilt haben. Philipp Mißfelder war ein außergewöhnlicher Mensch, ein großes politisches Talent.

Mit Philipp Mißfelder war ich zusammen in China und in Japan, in Indien und in Malaysia. Wenn man nach einem langen Tag in einem anderen Land abends zusammensitzt und Eindrücke austauscht, dann lernt man sich kennen und schätzen. Dabei habe ich immer wieder festgestellt, welch große Kompetenz sich Philipp Mißfelder in seinen jungen Jahren schon erworben hatte, wie fundiert seine Kenntnis außenpolitischer Zusammenhänge war.

Auf außenpolitischem Gebiet hat mich besonders sein Eintreten für Israel beeindruckt. Die Pflege des deutsch-israelischen Verhältnisses lag Philipp Mißfelder am Herzen. Für ihn – wie für mich übrigens auch – gehörte das Existenzrecht Israels zur deutschen Staatsräson. Der Schutz des jüdischen Staates vor Angriffen stand immer an erster Stelle.

Beeindruckt hat mich auch sein Engagement für die Junge Union. Ihm ist es zu verdanken, dass die Junge Union, deren Vorsitzender er zwölf Jahre war, wieder zu einem bedeutenden Faktor innerhalb der CDU wurde. Unter Philipp Mißfelder hat sich die Junge Union programmatisch erneuert, ist zum Interessenvertreter der jüngeren Generation geworden. Heute ist sie eine der Vereinigungen innerhalb der Partei, die die Wahlkämpfe prägen und so maßgeblich zu unserem Erfolg bei den Bundestagswahlen beitragen.

Philipp Mißfelder ist aber nicht nur aufgrund seiner politischen Leistungen ein Verlust für mich und die Fraktion. Ich vermisse ihn auch als Menschen, als einen, der bierernste Diskussionen mit ironischen Bemerkungen aufheitern konnte, der nie den Blick für das rechte Maß verlor. Auch wenn er politische Meinungen entschieden und hartnäckig vertreten hat, ihm lag gleichzeitig immer daran, Brücken zu bauen. Philipp wird mir fehlen.

*Volker Kauder,
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion*

Philipp Mißfelder

* 25. August 1979, † 13. Juli 2015



Weil wir die
beste Bank für
den Mittelstand
bleiben wollen.

Mittelstandsbank

COMMERZBANK 

Die Bank an Ihrer Seite